

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XVIII. JAHRGANG 1941

4.

HEFT/APRIL

NEUE WELT — AUF ALTEN BAHNEN

***: Berichte aus der westlichen Hemisphäre

Tichy: Alaska — seine Bedeutung und Lage im pazifischen Raum

Kloß: Portoriko

Becker: Die Eroberung der Philippinen

Schmitt: Der Osthang der südamerikanischen Anden

Barten: Die territorialen Probleme Bulgariens

Haushofer: Reichsgenick oder Fluchtröhre?

Berichte — Kurznachrichten — Späne

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

Dr. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

SCHRIFTLEITUNG:

Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36

Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten

XVIII. JAHRGANG / HEFT 4 / APRIL 1941

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- ***: *Wie macht USA Kriegsstimmung? Berichte aus der westlichen Hemisphäre I* 181—187
Herbert Tichy: *Alaska — seine Bedeutung und Lage im pazifischen Raum* 188—194
Heinz Kloth: *Portoriko* 195—198
O. E. H. Becker: *Die Eroberung der Philippinen. Auch eine Anwendung der Monroe-Doktrin* 199—204
Ernst Schmitt: *Der Osthang der südamerikanischen Anden* 205—215
H. Barten: *Die territorialen Probleme Bulgariens* 216—227

BERICHTE

- ***: *Streifblicke auf den atlantischen Raum* 228—231
Karl Haushofer: *Bericht aus dem indopazifischen Raum* 232—236
Karl Haushofer: *Reichsgenick oder Fluchtröhre?* 237—239
Kurznachrichten 239—242

SPÄNE

- Empire — ein „Lebensraum“* 242
Wer hat wohl angefangen? 242—243
Südeuropäische Raumgedanken 243—244
Der Marschall und sein Admiral 244

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER DIESES HEFTES:

Dr. H. Barten, Warna, Deutsche Schule — O. E. H. Becker, Berlin-Friedenau, Fröaufstr. 8/II — Prof. Dr. Karl Haushofer (AfG), München O 27, Kolberger Str. 18 — Dr. H. Kloth, Stuttgart-Degerloch, Hainbuchenweg 47 — Gesandter z. Dr. Dr. Schmitt, München, Elisabethstr. 16 — Wolfgang Schwarz, Berlin W 35, Graf-Spee-Str. 20 — Dr. Herbert Tichy, Wien XVIII, Hockegasse 95 — *** Anschrift durch den Verlag

Die Bezeichnung der (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik

Preis: Vierteljahr RM 5.50 / Studenten u. Mitglieder d. AfG. RM 4.40 / Einzel RM 2.— / Jahrg. m. Inhaltsv. RM 22.—
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag / LUDWIGSHAFEN 124 61 / Wien 559 18

KURT VOWINKEL VERLAG / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

* * *

Wie macht USA Kriegsstimmung? Berichte aus der westlichen Hemisphäre I

I

Mit der Regierung Herbert Hoover schloß eine Periode der amerikanischen Politik ab; sie ist unter dem Namen „Dollar-Diplomatie“ bekannt. Unter Präsident Franklin D. Roosevelt wurde sie innenpolitisch durch den „New Deal“, außenpolitisch durch die „Gute Nachbar-Politik“ des Panamerikanismus ersetzt, die im Zeichen von Gleichstellung und Zusammenarbeit der 21 amerikanischen Republiken stand. In den letzten zwei Jahren wird diese wieder abgelöst durch eine neue Phase: die panamerikanische Nebeneinanderschaltung der gleichberechtigten amerikanischen Staaten weicht einem immer deutlicheren und schärferen Druck der USA. auf Iberoamerika mit der Begründung, daß die USA. zur Verteidigung nicht nur des ganzen Kontinents, sondern gleich der ganzen „Westlichen Hemisphäre“ berufen seien.

Es bestätigt sich damit: welches Aushängeschild sich auch die usamerikanische Politik gegenüber Iberoamerika gibt — sie ist im Grunde immer dieselbe geblieben: ein Imperialismus, der sich den Kontinent wirtschaftlich, politisch und strategisch unterwerfen will.

Unsere früheren Betrachtungen schlossen mit den Panamerikanischen Konferenzen und der Finanzministerkonferenz von Guatemala ab, der eine weitere Wirtschaftskonferenz demnächst in Quito folgen wird. Diese beiden Konferenzen sind aber eher als Anhängsel an die Konferenz von Lima zu betrachten; denn als Überleitung oder Einleitung der neuen Phase, wie wir nachher sehen werden, haben die United States in den zwischen beiden liegenden Konferenzen von Panama und Habana bereits den südamerikanischen Staaten das Heft wieder aus der Hand genommen. Auch die wirtschaftlichen Belange Panamerikas sind jetzt vollkommen der Politik der United States unterstellt, und nicht mehr Sache gemeinsamer Beratungen und Entschließungen.

Die neue Periode, die wir als die der „Hemisphärenpolitik“ bezeichnen können, wird etwa mit dem Besuch des englischen Königspaares beim Präsidenten Roosevelt sichtbar, während bereits seit 1938 Redner wie Ickes und Laguardia die Vorpostengefechte dafür lieferten. Sie erreicht mit den amerikanisch-englischen Vereinbarungen, die von der britischen Insel bis Singapur reichen, ihren Ausdruck. Ihr Träger ist Franklin Delano Roosevelt.

Es würde hier zu weit führen, zu untersuchen, ob der amerikanische Kongreß in der Außenpolitik der USA. überhaupt etwas zu sagen hat; auch inwieweit er eine Vertretung des amerikanischen Volkes ist. Daß die Politik, die im Weißen Hause gemacht wird, nicht ohne weiteres als Ausdruck des Willens der Bevölkerung der United States angesehen werden kann, geht aus den „Tests“ amerikanischer Zeitschriften gelegentlich der Wahlkampagne zur zweiten Wiederwahl Roosevelts hervor; sie beweisen, daß dessen Politik nur von 40—60% der Nation gedeckt wird.

Wir haben in den United States den ganz typischen Fall, daß die Geschicke der Nation von einer Parlamentariengruppe geleitet werden, die nur etwas mehr als die Hälfte des Volkes vertritt und gegen welche die Minderheitsvertretung von etwas weniger als der Hälfte nichts mehr ausrichten kann, und daß jene dominierende Hälfte wiederum von dem kleinen Kreis beherrscht wird, durch welchen der Präsident seinen Willen ins Parlament leitet. Wobei noch

besonders auffällt, daß der Präsident wichtigste Entschlüsse der Außenpolitik faßt und durchführt, ohne das Parlament zu befragen, und auch von ihm selbst gegebene Gesetze (Neutralitätsgesetz) willkürlich umgeht (Lieferung von Heeresmaterial an England).

Diese ganz persönliche Politik Präsident Roosevelts charakterisiert sich darin, daß er, entgegen den Traditionen der United States und der von ihm selbst häufig zitierten Monroe-Doktrin, von jeher auf dem Standpunkt stand, in Europa mitreden und in innerpolitische Belange des europäischen Kontinents hineinreden zu müssen. Zum Beispiel hat gerade in diesen Tagen die „New York Sun“, unter Belegung durch die Wiedergabe damaliger Aussprüche Roosevelts und seiner Gefolgsleute, festgestellt, daß Roosevelt sogar die Münchener Regelung als Erfolg seiner Friedensbemühungen in Europa für sich gebucht hat, wie überhaupt seine Beteiligung in europäischen Angelegenheiten hinlänglich bekannt, und durch die Entsendung seines Sondergesandten Tailor in den Vatikan und Sumner Welles zur bekannten Rundreise, sowie durch das Verhalten seines Intimus Bullit, offen genug belegt ist. Es besteht in dieser Hinsicht auch eine grundsätzliche Verschiedenheit zu seinem, zur Zeit häufig zum Vergleich herangezogenen Vorgänger Woodrow Wilson: Wilson ist, als Friedensengel gewählt, schließlich unter dem Druck von Wallstreet in den Krieg hineingeschlittert, um deren Kriegsanlagen zu retten, während F. D. Roosevelt absichtlich und bewußt sein Volk in den Krieg hineinführt und zu diesem Zweck Staatsgelder in immer astronomischeren Summen in seine Kriegsspekulation hineinsteckt. Die Entschuldigung, daß er nicht anders konnte, trifft vielleicht bei Wilson zu, bei Roosevelt hingegen nicht; ganz im Gegenteil: Wenn Roosevelt nicht fortwährend Großbritannien den Rücken deckte und ihm die Hilfe der USA. fürs nächste Jahr verspräche, wäre der Krieg in Europa längst aus. Aus demselben Grunde kann auch keiner seiner Beteuerungen, daß er sich um den Frieden bemühe, Glauben geschenkt werden.

Die andere Komponente der Rooseveltischen Europapolitik, die ihm wiederholt in der Presse und in Senatsdebatten vorgehalten worden ist, ist die, an sich unamerikanische, Einführung ideologischer Werte in die Staatsraison. Es ist verständlich, wenn beim „Volke der Dichter und Denker“ Ideale sozialer Art zu wichtigen und positiven Faktoren der Kriegsführung werden; es ist aber weniger glaublich, daß eine Nation von Rechnern und Händlern plötzlich zum Schwert greift, „um die kulturellen Werte der westlichen Zivilisation zu retten“. In der Tat ist ja auch diese Kampagne ursprünglich zuerst von „Roosevelts linker Hand“, dem Neuyorker Bürgermeister Laguardia, ausgegangen, und erst später in Roosevelts ausfällige Reden gegen die totalitären Regimes europäischer Länder übergegangen, um letztlich fester Bestandteil der amerikanischen Kriegsführung gegen Deutschland zu werden.

Mit Bezug auf diese ideologische Außenpolitik, die sich lange schon in wirtschaftlichen Realitäten äußerte, nämlich in dem Boykott deutscher Ware (und als Folge davon dem Ausfall des deutschen Marktes für amerikanische Baumwolle), später in der Brückierung Japans, eines des besten Kunden der USA., sowie der parteiischen Handhabung der Ausfuhrbeschränkungen auf wehrwichtige Stoffe und Güter, stellte der republikanische Präsidentschaftskandidat Wendell Willkie fest, daß die USA. unter Roosevelts Führung es verstanden hätte, sich mit aller Welt zu verfeinden. Es ist also wohl doch nicht die Schuld Deutschlands oder Italiens oder Japans oder Rußlands, wenn sich die USA. heute genötigt sehen, alles auf die eng-

liche Karte zu setzen. Jedenfalls ist auch in Amerika nichts darüber bekannt, daß etwa Deutschland den Vereinigten Staaten jemals ihre Staats- oder Regierungsform hätte vorschreiben wollen, oder daß es in deren Politik auf dem amerikanischen Kontinent das Geringste hineingeredet hätte. Wenn in einem solchen Zusammenhang von Angriffen gesprochen wird, so sind sie bisher ausschließlich von Washington und Neuyork auf Berlin und Rom, und nicht umgekehrt, erfolgt!

Wie windig, aber auch wendig diese ganze ideologische Kampagne ist, zeigt sich darin, daß neuerdings auch wirtschaftliche Belange hineinverflochten werden; einerseits muß die „wirtschaftliche Bedrohung Südamerikas durch Nazideutschland“ herhalten, um den USA. die gewünschte wirtschaftliche Monopolstellung in Lateinamerika zu sichern, während andererseits die „Rettung der westlichen Zivilisation“ durch Stärkung eines anderen, in vielen Ländern Südamerikas viel einflußreicheren europäischen Staates, Englands, auf dem Programm steht, und drittens die „Sicherheit der westlichen Hemisphäre“, gummiartig bis Grönland und Singapur ausgedehnt, oberstes Ideal jeden Amerikaners sein soll.

Wenn man diesen „weltweiten“ Schlagworten gegenüberstellt, daß bislang Deutschland an Panamerika und der „westlichen Hemisphäre“ doch wohl nichts anderes verbrochen hat, als daß es Amerika seine Waren abnahm und ihm andere dafür lieferte, dazu in Europa die Folgen der letzten Einmischung Amerikas und des Wilsonschen Waffenstillstandes wieder in Ordnung brachte, dann kann man wohl feststellen, daß ein Grund für den Krieg Amerikas gegen Deutschland nicht zu finden ist. „Wenn Amerika sich heute als Gegner und Feind Deutschlands gebärdet, tut es dies vollkommen aus eigener Willkür, ohne jede Veranlassung, unter selbstgesuchten Bannern, und somit auf seine eigene Rechnung und Gefahr; die Entscheidung darüber, ob Deutschland die Herausforderung annehmen will oder nicht, liegt vorerst in deutscher Hand.“

Dieser Schluß wurde nicht etwa von uns, sondern von einem Sprecher des USA.-Senats gezogen, — was wir ausdrücklich erwähnen, um nicht „unamerikanischer Äußerungen“ geziehen zu werden.

II

Erst nach der Feststellung der Lage, in welcher sich die United States, und damit in gewissem Maße ganz Amerika, Europa gegenüber heute befinden, läßt sich das Bild entrollen von der Entwicklung, die politisch, und auch wirtschaftlich, in diesen letzten zwei Jahren vor sich gegangen ist.

Vor zwei Jahren dachte noch niemand in Amerika an Krieg; die damals von Präsident Roosevelt gegen das nationalsozialistische Deutschland eingenommene Haltung war nicht so zugespitzt, daß man hätte auf spätere ernste Verwicklungen schließen können. Amerika teilte die Abneigung gegen totalitäre Regimes mit anderen nicht-totalitären Ländern, ohne daß jemand auf den Gedanken gekommen wäre, daß man deswegen in Amerika zu den Waffen greifen müsse.

Erst heute ist zu erkennen, daß schon damals bewußt der erste Zündstoff gelegt, und wie von Leuten aus dem Hintergrund die Stimmungsmache vorbereitet wurde, welche Lateinamerika in die Arme der United States, und dieses in die Arme Englands treiben sollte.

Den Krieg gegen Deutschland eröffnete Amerika nämlich bereits 1938.

Er begann in den United States mit den Naziverfolgungen, mit dem Newyorker Flaggenzwischenfall, mit dem Geschrei um angebliche Naziumtriebe in Lateinamerika, mit dem Alarm, daß man den Feind im Hause habe.

Es kann eindeutig belegt werden, daß sich keine der in Amerika gegründeten Ortsgruppen der AO. der NSDAP. irgendwie um die innere Politik in Amerika kümmerte oder Proselyten unter der dort einheimischen Bevölkerung zu machen versuchte. Es ist kein Fall nachgewiesen worden, der sich darauf bezog. Vielmehr richtete sich sogar die Kampagne gegen diese Parteigruppen anfangs ausschließlich gegen deren Betätigung innerhalb der deutschen Kolonien und die Ausrichtung des Deutschtums nach der Heimat, sowie gegen die nationalsozialistischen Anschauungen im allgemeinen. Wo Maßnahmen gegen das Deutschtum erfolgten, sollten sie den Zusammenhang der auslandsdeutschen Kolonien mit Deutschland abschneiden. Sie waren gegen die politische Betätigung der Partei innerhalb der deutschen Kolonien gerichtet, sowie vor allem auf die Trennung naturalisierter Deutscher und Deutschstämmiger aus der Verbindung zum Deutschtum.

Was gebraucht wurde, waren Skandale; dazu mußten die an den Haaren herbeigezogenen Newyorker Prozesse herhalten, und dann, als erste Bombe in Südamerika, die bekannte Patagonienaffäre.

Da diese für alle späteren, mehr oder weniger nach demselben Schema angelegten Sensationen typisch ist, sei sie kurz geschildert: Ein Individuum namens Jürges, in Deutschland strafrechtlich verfolgt, ausgewandert und ausgebürgert, spielte dem argentinischen Staatspräsidenten ein angeblich vom stellvertretenden Landesgruppenleiter der NSDAP. in Buenos Aires, Müller, und einem Gesandtschaftsrat unterzeichnetes Schreiben in die Hand, das an eine für solche Belange überhaupt nicht zuständige Stelle im Reich gerichtet war, und in welchem Müller angeblich auf die Besiedlungsmöglichkeiten Patagoniens für deutsche Landwirte hinwies, da dieser Landesteil von dem an sich noch immer schwach bevölkerten Argentinien doch niemals richtig besiedelt werden könne. Später stellte sich heraus, daß es sich nicht einmal um ein Originalschreiben, sondern um eine Photokopie handelte.

Es ist niemals aufgeklärt worden, wieso Jürges diese Kopie überhaupt in die Hände des Präsidenten bringen konnte, und warum ihm dieser Glauben schenkte.

Es ist auch niemals eine Aufklärung darüber gegeben worden, warum — angenommen, daß ein solcher Brief wirklich von Müller geschrieben wäre —, dieser an sich belanglose Fall nicht auf dem Amtswege behandelt, sondern unmittelbar der Presse und dem Kongreß zugeleitet wurde. Bekannt ist, daß die Presse sofort ein ungeheures Geschrei erhob, das von der New Yorker Presse aufgenommen wurde, daß der Kongreß eine Staatsaktion aus der Angelegenheit machte und eine Untersuchungskommission einsetzte. Müller wurde verhaftet, unter Anklage der Verächtlichmachung der argentinischen Regierung und umstürzlerischer Betätigung, und die Presse des ganzen Kontinents machte aus der Sache den „Fall der deutschen Invasionspläne nach Patagonien“.

Und der Ausgang der Sache? Müller wurde von einem ordentlichen Gericht freigesprochen, Jürges gab im Verlauf des Prozesses zu, das „Dokument“ gefälscht zu haben, und wurde wegen Fälschung eines, nun allerdings „öffentlichen“ Dokuments eingesteckt. Die amerikanische Presse schwieg diese Richtigstellung vollkommen tot; im Jahre 1940 nehmen mittelamerikanische Zeitungen auf den Fall als „die bekannten Vorfälle in Argentinien“ und „die bekannten Absichten Hitlers auf Patagonien“ wieder Bezug.

Der Fall ist typisch: Ausbeutung der konstruierten Veranlassung trotz absoluter Hinfälligkeit, Verschweigen der Dementi, skrupellose Sensationsmache, Auftreten von Emigranten und deren Verwendung gegenüber Deutschen in Lateinamerika.

Ihm folgten ein sozialistischer Putsch in Chile, der wiederum den „Nazis“ in die Schuhe geschoben wurde, und der trotz des klaren Dementis der amtlichen chilenischen Stellen noch

1940 von der Hetzpresse weiter zitiert wurde. Sodann der Putschversuch in Brasilien, der wieder ein klassisches Beispiel für die von den USA. aus geleitete Hetze ist: Eine Gruppe Oppositioneller, wie sie offen oder geheim in jedem lateinamerikanischen Lande besteht, versucht die Regierung zu stürzen, revoltiert, versucht ein Attentat oder dergleichen, wie es seit 150 Jahren immer wieder mal vorkommt. Jetzt auf einmal wird unter ihnen nach Deutschstämmigen, nach einem deutsch klingenden Namen, nach irgendeiner Verbindung oder wenigstens Bekanntschaft mit irgendwelchen Mitgliedern der deutschen Kolonie gefahndet. Ob etwas gefunden wird oder nicht —, die Sache wird erst einmal den Deutschen in die Schuhe geschoben und groß aufgemacht. Bei dem Putsch in Brasilien stellte Präsident Vargas, auf den ein Attentatsversuch erfolgt war, selbst ausdrücklich fest, daß die Revolte in keinerlei Verbindung mit Deutschen stand; ein amerikanischer Senator begab sich sogar persönlich nach Brasilien, stellte das gleiche fest, hielt sich noch in Mittelamerika auf und gab ein entsprechendes Dementi in Costa Rica in die Presse — damit zwei Jahre später dieselbe mittelamerikanische Presse „die Vorfälle in Rio“ als Beweis für das Bestehen einer deutschen fünften Kolonne in Brasilien anführt!

Überall in Lateinamerika werden „Fälle“ konstruiert und ausgeschlachtet. In Panama werden Deutsche verhaftet und wegen Spionage verurteilt, weil sie eine Landschaft photographiert haben, in welcher die usamerikanischen Behörden beabsichtigten, später einmal eine Kanone aufzustellen. In Costa Rica steht in der Zeitung zu lesen, daß „deutsche Ingenieure die Stellungen ausgesucht und vorbereitet haben, von wo aus der Panamakanal mit Dicken Bertas beschossen werden soll“ (die Behauptung war so töricht, daß selbst costaricensische Minister darüber lachten). Von Neuyork aus gehen gratis gelieferte Korrespondenzen an alle lateinamerikanischen Zeitungen, in welchen die Gefahr einer deutschen Invasion nach Patagonien, Brasilien, Mittelamerika, Karibien, deutsche Absichten auf Mexiko usw. ausgemalt werden. Gleichzeitig besorgen Emigranten eine ausgiebige Unterrichtung des lateinamerikanischen Publikums über die Absichten Hitlers bezüglich Lateinamerikas, über die deutschen Rassenanschauungen, wie sie sie verstehen, über Greuel in deutschen Konzentrationslagern, über die „geopolitischen Welteroberungspläne des Ratgebers von Hitler, Generalmajor Haushofer“. Entsprechende Kartenskizzen und Photomontagen erläutern die angeblichen deutschen Invasionspläne auf Amerika.

In Washington wird das berüchtigte Comité Diez zur Denunziation und Untersuchung nazi-faszi-kommunistischer Umtriebe auf dem Kontinent gegründet, dessen Agenten sich über ganz Amerika ergießen und überall herumschnüffeln.

Dies alles geschah bereits vor dem 1. September 1939, während der Präsident Roosevelt noch als „Friedensstifter“ in Europa agierte. Das ist besonders bemerkenswert, weil diese Kampagne nachher im Verein mit den britischen Amtsstellen in Lateinamerika mit dem Ziel moralischer Unterstützung der kriegführenden Westmächte weiterging, und, nach der Besetzung Norwegens, in die „Fünfte Kolonnen-Hetze“ überwechselte. Die ganze Arbeit war von vornherein aus einem Guß und „Made in USA.“. In Deutschland hat man sie oft als Aktion des Britischen Secret Service aufgefaßt, und noch im Jahre 1940 Amerika vor dessen Organen gewarnt. In Wirklichkeit lagen die Verhältnisse eher umgekehrt: Was in dieser Hinsicht geleistet wurde, ging meist von den USA. aus, und erst später bezahlten die britischen Gesandtschaften die Arbeit ortsansässiger Hetzer und Provokateure, neben der Tätigkeit der von Washington aus entsandten Agenten.

Dann allerdings wurde sie auch mit voller Kraft, mit vereinten Kräften als „Bekämpfung der Fünften Kolonne“ fortgesetzt.

Das Schlagwort von der Fünften Kolonne geht auf den spanischen Bürgerkrieg zurück. General Mola sagte damals, daß er mit vier Kolonnen auf Madrid marschiere, während eine fünfte Kolonne in Madrid selbst helfen würde. Fünfte Kolonne bezeichnet in diesem Zusammenhang also eine Gruppe, die von innerhalb aufspalten soll, während der Feind von außen anrückt. Das Wort wurde von Churchill dann für das Wirken von Quisling in Oslo gebraucht, und wurde in Amerika sensationell aufgenommen, als Königin Wilhelmina, die sich das Erscheinen deutscher Luftlandetruppen im Innern Hollands nicht erklären konnte, ihr Volk gegen die angeblichen Verräter im Rücken aufrief, was dann auch Anlaß zur Verschleppung und Ermordung von Angehörigen aller möglichen Nationen in Belgien usw. Anlaß gab.

In Amerika wird als fünfte Kolonne alles Deutsche bezeichnet, weiter aber auch, wie dies der Führer in seinem Interview mit Wiegand feststellte, alles, was Opposition schlechthin ist. Damit wurde eine Gedankenverbindung hergestellt, die in jedem Deutschen gleichzeitig einen Gegner der betreffenden amerikanischen Regierung sieht, und in jedem einheimischen Gegner der betreffenden Regierung gleichzeitig einen Freund der totalitären Invasoren. Dieses geschickte Jonglieren mit dem Begriff Fünfter Kolumnist stempelt also den damit Bezeichneten gleichzeitig zum Staatsverbrecher.

Das Bestehen dieser „Fünften Kolonne“ wird von den deutschfeindlichen Kreisen Panamerikas behauptet und geglaubt, man kann also sagen, von mindestens der Hälfte der Bevölkerung des amerikanischen Doppelkontinents. Die andere Hälfte glaubt nicht daran. Die „Fünfte Kolonne“ existiert nicht; sie ist auch in einem Jahr eifrigsten Suchens in Amerika nicht gefunden worden.

Nach der Ansicht der amerikanischen Fünfte-Kolonne-Fachleute besteht sie aus „Gestapoagenten, Spionen, Beobachtern, Korrespondenten, gefährlich nicht durch ihre Zahl, sondern durch ihre eventuellen, gegen den Panamakanal gerichteten Aktivitäten¹⁾, oder aus den Gliederungen der AO. der NSDAP.²⁾, oder aus überhaupt allen Deutschen in Amerika, weil ja „jeder Deutsche im Ausland ein Kämpfer in vorderster Linie, und jeder Deutsche Nationalsozialist ist“¹⁾. Den Vogel jedoch schießt ein, angeblich aus dem United States Secret Service Department stammendes Plandiagramm der „Fünften Kolonne im Ausland“ ab³⁾, das mit Adolf Hitler beginnend und mit dem Deutschen Hilfsverein für Elsaß Lothringen und den deutschen Geographischen Gesellschaften im Ausland endigend, in 101 Kästchen sämtliche deutschen Stellen, Vereine usw., von der Reichsbahnzentrale für den Fremdenverkehr und dem Kurzwellensender bis zum „Antisemitischen Weltverband“ und dem „Deutschen Willkommenklub“ aufzählt, wobei laut besonderer Fußnote die „Wirtschaftsverbände, Handelskammern, Exportvertreter, Handelsfilialen, Fluggesellschaften, Schifffahrtslinien, und durch deutsches Kapital kontrollierten ausländischen Handelsunternehmungen usw. noch fehlen, weil sie „keinen Platz mehr auf dem Papier gehabt haben“. Gerade diese totalitäre Aufzählung belegt, daß der Kampf überhaupt allem Deutschen gilt und man jeden Deutschen irgendwie in dieses Fünfte-Kolonne-Schema einreihen können will. Es ist unglaublich, was innerhalb dieser Fünfte-Kolonnen-Hetze in Panamerika zusammengeschmiert worden ist. Hoffentlich hat es jemand gesammelt, damit man daraus einmal später ein Museum füllen kann.

Tatsache ist, daß als Ergebnis des einjährigen gemeinsamen Suchens der Sechsten

1) Alfredo Schlesinger, *El arma Secreta: La Quinta Columna*. Guatemala, 1940.

2) Die Presse von Montevideo, 1940.

3) *Wir waren in der Lage, es in Heft 11, Seite 558 des Jahrgangs 1940 zu veröffentlichen. Die Schriftleitung.*

Kolonne (auf die wir noch zurückkommen werden), der Organe der Kommission Diez, der Geheimpolizei der USA. und sämtlicher lateinamerikanischen Länder, der GEheimen STAats-Polizei der 21 amerikanischen Republiken, des britischen Secret Service, der britischen und USA.-Spionage sowie der Amtsvertretungen in Lateinamerika, nicht in einem einzigen Falle das Vorhandensein irgendeiner deutschen Organisation oder Gruppe bewiesen werden konnte, auf welche dieser Begriff Fünfte Kolonne passen würde.

Tatsächlich gefunden wurde vom 1. September 1939 bis zum 31. August 1940 im Verlauf dieser Riesenkampagne:

1. Daß in Uruguay, Argentinien und anderen Ländern mit voller Kenntnis der zuständigen Behörden Gliederungen der AO. der NSDAP. bestehen oder bestanden, welche sich keinerlei subversiver Aktivitäten schuldig gemacht haben.

2. Daß deutsche Pflanzler, besonders in so unkultivierten Gegenden wie Misiones in Argentinien, gelegentlich Jagd- und Schrotflinten oder wenigstens einen Revolver im Farmhaus haben, genau wie ihre einheimischen Nachbarn.

3. Daß gelegentlich deutsche Presseattachés Gelder für deutsche Werbung ausgegeben haben, wie dies ihre Kollegen der anderen Vertretungen ebenfalls tun, jedoch nicht entfernt in dem Maße, wie dies zur Zeit z. B. von den britischen Gesandtschaften in Lateinamerika geschieht.

That's all.

Dem kärglichen Ergebnis entsprechend hat sich die Fünfte-Kolonne-Hetze in Lateinamerika schon ziemlich totgelaufen, was jedoch nicht hindert, daß sie von Washington und Neuyork aus weiterbetrieben wird, und daß zur „Bekämpfung“ der Fünften Kolonne weiterhin ein großer Apparat unterhalten wird, der nun also scherzweise in Lateinamerika als die „Sechste Kolonne“ bezeichnet wird. Ihr gehören außer den bereits genannten Organen noch eine Unzahl „Freiwilliger“ an. Diese unsichtbaren Helfer aus allen Beamten- und Gesellschaftsklassen sehen es als ihre nationale Pflicht an, in ihrer näheren und weiteren Umgebung nach Gesinnungsanhängern der totalitären Staaten zu schnüffeln und bei gewissen Zentralstellen alles zu denunzieren, was ihnen in dieser Hinsicht verdächtig erscheint.

Daß sich in diesem Sinne vorwiegend Freimaurer, Juden und Emigranten betätigen, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Hingegen ist bemerkenswert, daß auch viele Personen beiderlei Geschlechts mit voller Überzeugung, damit ihrem Vaterlande einen Dienst zu tun, sich in dieses Denunziantentum — in einigen Ländern ist es sogar mit Formularen, Vorstehern und Sitzungen fast parteimäßig organisiert — eingereiht haben.

Der Erfolg ist, daß in diesem „Ambiente“ heute niemand mehr niemand traut, und daß jeder gewärtig sein muß, durch derartige Denunziationen vom Konkurrenten aus Amt und Lieferungen verdrängt zu werden. Der Erfolg ist weiter die Bspitzelung, gelegentlich auch Provokation, und häufige Denunziation friedlich lebender Deutscher in diesen Ländern.

Es steht zu hoffen, daß auch diese Sechste Kolonne sich bald gegenseitig aufgefressen haben wird, nachdem ihre Tätigkeit bereits soweit ging, selbst Minister und Deputierte als „Fünfte-Kolonnnisten“ zu zeihen, und in USA. Lindbergh, Ford und Willkie von ihr als „Häuptlinge der Fünften Kolonne“ beschrien worden sind.

Soweit beschrieben, ist diese ganze lächerliche Verdächtigungskampagne darauf abgestellt, das Vertrauen zwischen den Lateinamerikanern und den in ihren Ländern lebenden Deutschen zu zerstören und den Boden für die Entwicklung reif zu machen, auf die wir im nächsten Heft eingehen werden.

Mittelamerika, abgeschlossen am 25. September 1940.

(Fortsetzung in Heft 5)

HERBERT TICHY

Alaska — seine Bedeutung und Lage im pazifischen Raum

Vor mir liegt eine amerikanische illustrierte Zeitung vom Herbst 1940. Ein groß aufgemachter Bildbericht fesselt meine Aufmerksamkeit „How to fight in Alaska“ (Wie wird man in Alaska Krieg führen). Daneben liegen einige Zeitungsausschnitte aus kleinen alaskischen Blättern, die mir ein Freund aus Fairbanks zugeschickt hat, „wir Flieger werden unser Bestes tun, um Alaska zu verteidigen“, erklärt ein bekannter Pilot des Nordens. Ein alter und erfahrener Trapper verrät den neu nach Alaska gesandten amerikanischen Truppen verschiedene Kniffe, wie man sich in dem arktischen Land trotz Blizzards und 50 Grad unter Null das Leben angenehm machen kann.

Kriegsstimmung liegt über dem äußersten amerikanischen Norden — welch ein Unterschied gegen das Alaska, das ich 1938 kennenlernte. Es wählte sich weit ab von den gefährvollen Zentren der Weltpolitik und lächelte mitleidig und nachsichtig über das kriegsschwangere Europa. Nun ist es selbst zum strategisch wichtigsten Gebiet der USA. gegen Osten geworden und wird, sobald die Auseinandersetzung im Pazifik beginnt, zur Kriegsfront werden.

Alaska, heute „eine unerläßliche Voraussetzung für Amerikas Sicherheit gegen Osten“, wurde lange Zeit, eigentlich bis vor wenigen Monaten, vom amerikanischen Volk recht verächtlich behandelt. Als der Staatssekretär Seward 1867 Alaska um einen Betrag von 7,2 Mill. Dollar von Rußland kaufte, hatte er große Mühe, den amerikanischen Widerstand zu überwinden. Was sollen wir mit diesem Eisschrank im Norden? fragten die Kritiker, wofür brauchen wir dieses Land „Walrossia“? Als der Kauf aber trotzdem durchgeführt wurde, nannte man Alaska lange Zeit „Sewards Dummheit“. Es war immerhin eine Dummheit, die sich bezahlt gemacht hat, und eines der besten Geschäfte der Weltpolitik. Der Kaufpreis betrug, wie schon erwähnt, 7 200 000 Dollar. Der Wert der in Alaska seit 1867 geförderten Minerale, des Fischfangs und anderer Produkte beträgt 2 037 000 000 Dollar. Und erst die modernen Verteidigungsstrategen der USA. sind überglücklich, daß Seward seine Dummheit durchführen konnte!

Die Russen waren auf der Jagd nach dem wertvollen Pelz nach Alaska gekommen. Sie hatten zuerst Sibirien durchstreift, bis sie die Küste des pazifischen Ozeans erreicht hatten. Später trieben sie ihren Pelzfang auf den Inseln der Beringsee, um schließlich in Alaska festen Fuß zu fassen. 1799 erteilte Zar Paul der neugeschaffenen Russisch-Amerikanischen Handelsgesellschaft für zwanzig Jahre das Handelsmonopol und die Oberhoheit über Alaska, das „Russisch-Amerika“ genannt wurde.

Damals erlebte Alaska seinen ersten Rausch, den Pelzrausch. Aber der Tierreichtum nahm rasch ab, es wurde immer stiller um Alaska, und schließlich waren die Russen froh, in Seward einen Käufer zu finden.

Wenn nun auch das amerikanische Sternenbanner über Alaska wehte, es schlief weiter in seinem Dornröschenschlaf. Da fand im Sommer 1896 ein Prospektor namens George Cormack am Klondike, einem Nebenfluß des Yukon, Gold in solchen Mengen, daß man glaubte, es würde seinen Wert verlieren.

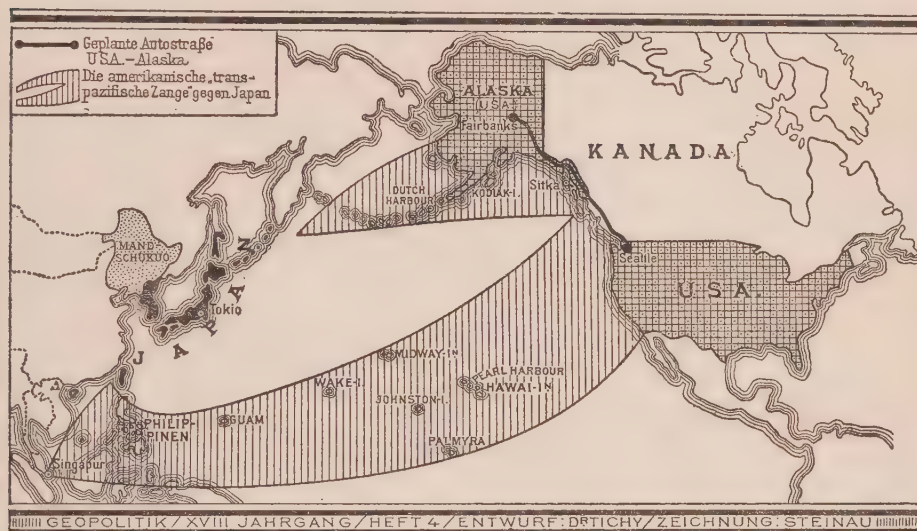
Damit begann der Goldrausch, der Alaska weltberühmt machte und uns aus den Büchern Jack Londons so gut bekannt ist. Aber auch dieser Rausch endete ziemlich rasch. Als die Goldgräber merkten, daß man auch in Alaska nicht mehr über Nacht reich werden konnte, begannen sie das Land wieder zu verlassen, es wurde still und stiller in den Goldgräber-

städten, die einst von dem Lärm zehntausender Glücksucher widerhallt hatten. Es wurde romantisch und menschenleer in Alaska.

Jetzt scheint der dritte Rausch für Alaska zu beginnen, es wird ein Kriegerausch sein.

Aber schon in dem Alaska von 1938, das von dem kommenden Rausch noch nichts zu ahnen schien, zeigten sich einige Andeutungen der kommenden Entwicklung. Die wichtigste war Matanuska.

Matanuska (indianisch: schlammige Wasser) ist ein Tal im südöstlichen Alaska, nahe von Anchorage. Dort wurden mit Unterstützung der USA. zweihundert Familien aus den Staaten angesiedelt und so zum ersten Male in größerem Maßstab der Versuch unternommen, Alaska als Farmland zu erproben.



Ackerbau in Alaska? wird man fragen. Lassen wir John Dimond, Abgeordneten von Alaska, die Antwort geben. Er sagte im amerikanischen Kongreß: „Nahezu jede Gemüseart, die in den nördlichen Teilen Amerikas gedeiht, kann auch in Alaska gepflanzt werden. Wir können Hafer, Gerste, Roggen und Weizen anbauen. Mais reift völlig im größeren Teile von Alaska. Gemüse erreichen eine größere Fülle und einen besseren Geschmack als das durchschnittliche Gemüse in den Vereinigten Staaten.“

So hart der alaskische Winter ist, der Sommer steht ihm im anderen Extrem um nichts nach — 30 Grad Wärme sind in Fairbanks während der Sommermonate keine Seltenheit. Die Niederschlagsmenge ist während des kurzen und konzentrierten Sommers zu gering, um ergiebigen Ackerbau zu ermöglichen, aber der Boden selbst sorgt für eine regelmäßige Bewässerung. Er ist bis in große Tiefe gefroren, wird jedoch durch die langandauernde Sonnenbestrahlung rasch oberflächlich aufgetaut. Die Geschwindigkeit und Intensität des Taus entspricht der Dauer der Sonnenbestrahlung. Das freigewordene Wasser kann durch den noch gefrorenen Boden nicht abfließen, sondern steigt dank der Kapillarwirkung an die Oberfläche, wo es die Wurzeln aufnehmen.

Fachleute haben berechnet, daß sich in Alaska 168 000 qkm Ackerland befinden und überdies 90 000 qkm, die sich als Weideland verwenden lassen. Vergleicht man diese Zahlen mit Skandinavien, das ungefähr gleichartige klimatische Bedingungen zeigt, so ergibt sich daraus, daß Alaska 10 bis 18 Mill. Menschen ernähren kann. Seine Bevölkerung beträgt heute aber nur 65 000 Menschen.

Alaska ist um ein Viertel größer als Skandinavien und ernährt — obwohl es die gleichen Lebensmöglichkeiten bietet — gerade ein Zweihundertstel der Bevölkerung Skandinaviens:

Land	Größe in qkm	Bewohner	Bewohner pro 1 qkm
Finnland ...	388 451	3 785 000	9,7
Schweden...	448 961	6 249 000	14
Norwegen..	322 122	2 885 000	9
Skandinavien	1 159 534	12 919 000	10,9
Alaska	1 518 000	60 000	0,04

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache von den Zukunftsmöglichkeiten Alaskas. Wenn man die wogenden Getreidefelder in Südalaska, die riesigen Tomaten und Erdbeeren, die in den windgeschützten Tälern reifen, und die überschäumende Fülle von Blumen in den Gärten Fairbanks' gesehen hat, dann weiß man, daß diese großen Zukunftsmöglichkeiten, die von den Theoretikern zahlenmäßig ausgerechnet wurden, auf Tatsachen beruhen und eines Tages Wirklichkeit sein werden.

Ist sich Amerika des Wertes, den Alaska darstellt, bewußt? Vielleicht sind die Amerikaner in allerletzter Zeit etwas mehr „alskaminded“ geworden, 1938 zeigten sie jedenfalls noch überraschend geringes Interesse für ihr nördlichstes Territorium. Ein Student in Neuyork, dem ich erzählte, daß ich von Alaska käme, fragte nachdenklich und grüblerisch: „Alaska? Ich hab' den Namen bestimmt schon wo gehört. Ist das nicht eine dänische Kolonie bei Grönland?“

Eine amerikanische Dame aus Boston schrieb mir nach Alaska:

„... Und es tut mir wirklich leid, daß Sie, anstatt unsere schönen Staaten zu besuchen, in das eisige, unfreundliche Alaska gefahren sind.“

Alaskas Ruf als unwirtlicher Eisschrank hat weite Verbreitung erlangt und der japanische Gesandte in USA. machte sich diesen amerikanischen Gedankengang zu eigen, als er auf die Frage eines Journalisten, ob Japan irgendwelche Absichten gegen Alaska habe, lächelnd und beruhigend antwortete: „Was würden wir mit diesem Stück gefrorenen Landes tun?“

Es sind noch keine zwei Jahre her, da behandelte der Bürgermeister Frank Hague von New Jersey bei New York in einer Rede das Verbrecherproblem in den Vereinigten Staaten. Er kam auch auf die Frage zu sprechen, wohin man die Verbrecher schaffen solle. „Schicken wir sie nach Alaska, wo sie fern von Amerikanern kein Unheil stiften können“, riet er.

Dieser Vorschlag erregte in Alaska helle Empörung, denn die 30 000 Weißen (die übrige Bevölkerung besteht je zur Hälfte aus Indianern und Eskimos) fühlen sich als gute Amerikaner und waren über das „fern von Amerikanern“ etwas verblüfft.

Das war die Einstellung der Amerikaner zu Alaska im Jahre 1938. Heute ist sie grundlegend geändert, als Beweis dienen die anfangs erwähnten Zeitungsartikel. Die letzten Ereignisse und die „Kaminplaudereien“ Roosevelts, der seinen Landsleuten drastisch schildert, sie lebten vor den Mündungen diktatorischer Kanonen, die mit gefährlichen wirtschaftlichen und militärischen Explosivstoffen geladen seien und jeden Augenblick losgehen könnten, haben Alaska als „Bollwerk gegen Japan“ größte Bedeutung verliehen.

„Sewards Dummheit“ ist den Amerikanern heute von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet sehr nützlich. Vor allem ist es eine noch kaum angegriffene Wirtschaftsreserve, die nur auf ihre Ausbeutung wartet. Die reichen Wälder Süd-Alaskas können der Papierindustrie Amerikas lange Zeit genügend Rohstoff bieten, Lachse und andere Fische können eine recht beachtliche Rolle für die Ernährung des amerikanischen Volkes übernehmen.

Gold, von dem das Innere Alaskas auch heute noch zum größten Teil direkt oder indirekt lebt, ist ein etwas problematischer Wert geworden und besonders in Kriegzeiten können Metalle, die für die Rüstungsindustrie notwendig sind, das Gold in den Hintergrund drängen.

Das amerikanische Kriegsministerium hat zwischen „strategischen“ und „kritischen“ Rohstoffen unterschieden. Die erste Gruppe umfaßt 21 verschiedene Rohstoffe, die Amerika unbedingt braucht, die es aber im Lande nicht in entsprechender Menge erzeugen kann. Es ist also auf die Einfuhr dieser Rohstoffe angewiesen. Unter ihnen befindet sich auch Zinn.

An der Küste der Beringsee, dort wo sich Alaska und Sibirien am nächsten kommen, liegt die kleine Bergmannsstadt Tin City (Zinnstadt). Hier wird nahezu das gesamte Zinn, das Nordamerika produziert, gefördert. Außer bei Tin City gibt es nur noch geringe Vorkommen bei Harney Peak in Süd Dakota und im Yukontal, die Hauptmasse der nordamerikanischen Zinns aber kommt von der nebligen Küste der Beringsee.

Kupfer, Antimon, Platin und viele andere Metalle kommen reichlich vor. Alaska wurde nur zum geringen Teil systematisch geologisch untersucht, die meisten Funde wurden rein zufällig gemacht, ihre Reichhaltigkeit läßt aber darauf schließen, daß Alaska als Metallieferant noch eine große Zukunft vor sich hat.

Wichtiger aber vielleicht als diese mineralischen Vorkommen könnte das Ölfeld von Point Barrow sein und vor allem für die Zukunft werden. Etwas südlich dieses nördlichsten Punktes Alaska liegt ein weit ausgedehntes Ölfeld, das von der amerikanischen Regierung als „naval reserve“ („Flottenreserve“) erklärt wurde und auf dem einstweilen nicht gebohrt werden darf. Nun ist es etwas problematisch, die Ergiebigkeit eines Ölgebiets im Vorhinein festzulegen, man kann aber annehmen, daß dieses Ölfeld sehr reich ist, sonst hätten es die USA., die doch über einige Erfahrung in Ölangelegenheiten verfügen, nicht für die Flotte beschlagnahmt und reserviert.

Der wahre Wert Alaskas für die USA. sind aber nicht seine Rohstoffe, so reich sie auch sein mögen, sondern seine strategische Lage.

Wir haben gewöhnlich, wenn wir eine Landkarte oder einen Globus betrachten, den Eindruck, daß Alaska sich irgendwo am „oberen Ende“ der Welt befinde. Diese Anschauung ist nur auf die ziemlich einseitige Darstellung der Atlanten zurückzuführen, die gerne die dichtbesiedelten Gebiete Europas und Amerikas im Zentrum zeigen. In den Büros der alaskischen Fluglinien sieht man häufig Karten, auf denen das sonst so bescheidene Alaska stolz in den Mittelpunkt gerückt ist. Man merkt dann mit Staunen, daß Alaska eigentlich nicht das Ende der Welt ist, sondern einen sehr schönen Mittelpunkt abgibt. Es liegt ungefähr in der Mitte zwischen den bevölkerten Gebieten Europas, Asiens und Amerikas.

Die Flieger von heute, die mit Entfernungen von tausenden Kilometern zu rechnen gewohnt sind, wissen Alaska zu schätzen. Eine einst phantastische Idee der Menschheit, der Flugverkehr über den Pol, wird in den nächsten Jahren Tatsache

werden. Alaska wird damit zum Zentrum des überkontinentalen Flugverkehrs werden.

Die Entfernungen von Fairbanks nach einigen wichtigen Städten der nördlichen Halbkugel zeigen, daß Alaska — sobald man sich daran gewöhnt hat, in tausenden von Kilometern zu rechnen — ein Mittelpunkt für den Weltverkehr sein kann. Von Fairbanks nach:

Neuyork	5216 km	London	6752 km
Los Angeles	3936 „	Honolulu	4864 „
Tokio.....	5610 „	Leningrad	6112 „
Manila.....	8560 „		

Diese „zentrale“ Lage und die Nähe von Sibirien (man kann es an der engsten Stelle der Beringsee an klaren Tagen von Alaska aus sehen) und Japan, die besonders für den Flugverkehr von so großer Bedeutung sind, schieben Alaska in den Vordergrund der strategischen Pläne der USA. Die amerikanischen Politiker sahen bisher den stärksten Garanten für die Sicherheit ihres Landes in seiner isolierten Lage — ein Weltmeer trennt es von Europa, ein Weltmeer trennt es von Asien. Wenn sich Roosevelt auch redliche Mühe gibt, die Bedeutung dieser Ozeane als natürliche Verteidigungssysteme abzuleugnen — eine gewisse Beruhigung schaffen doch Pazifik und Atlantik auch im Herzen des besorgtesten USA.-Strategen.

Alaska ist nun wirklich nicht isoliert. Die Aleuten, die wie ein Keil gegen Japan vorstoßen, sind der amerikanische Boden, der Nippon am nächsten kommt. Vom Cape Prince of Wales in Alaska kann man selbst im Eskimofaltboot ohne Schwierigkeit nach dem sibirischen Ostkap übersetzen. Die Beringsee und der Nordpazifik sind zu einer gefährlichen „Dreiländerecke“ geworden, stoßen doch hier drei der mächtigsten Staaten der Welt — USA., Rußland und Japan — aneinander.

Die Spannung zwischen USA. und Japan, seit langem vorhanden, scheint sich durch das Verhalten der USA. ihrem Höhepunkt zu nähern. Die Reibungen, die sich zwischen diesen beiden Staaten in Asien, auf den asiatischen Inseln und jenen des Pazifik abspielen, werden im Nordpazifik ergänzt durch den Gegensatz zwischen dem überbevölkerten Japan, das wie kein zweites Land vom Fischfang lebt und die reichen Fischgründe der Beringsee unbedingt für sich beanspruchen muß, und dem unterbevölkerten Alaska und Kanada. Hier Gebiete, die bis zu 500 Menschen pro qkm ernähren müssen, dort einsame Gegenden, deren Dichte 0,5 bis 3 Menschen pro Quadratkilometer des Küstengebiets beträgt.

Aber die Fragen um Fischereirechte und ähnliches im Nordpazifik sind heute von untergeordneter Bedeutung, alle anderen Probleme zwischen diesen beiden Mächten, die seit langem eine Entscheidung erwarten, drängen nach einer Lösung. Vielleicht wird sie mit den Waffen gesucht werden.

Amerika jedenfalls scheint diesen Weg anzustreben.

Im Pazifik hat es Pearl Harbour, Midway, Wake und Guam großzügig ausgebaut und baut auch weiterhin. Die Philippinen sollen den kräftigen Endpunkt dieses transpazifischen amerikanischen Machtkeils bilden — den südlichen Arm der Zange, die sich gegen Japan richtet. Den nördlichen Arm stellt Alaska dar, wo in Sitka, Fairbanks, Kodiak und besonders in Dutsch Harbour mit allergrößter Anstrengung gerüstet wird. Flugbasen und Marinestützpunkte im Norden sollen helfen, die amerikanische Zange um Japan drohend und gefahrvoll zu

machen. Der Ausbau der Fluglinie PAA. (Pan American Airways und Pacific Alaska Airways) von Seattle nach Fairbanks und weiter nach Nome wurde überstürzt durchgeführt, man wollte möglichst umfassende Erfahrungen über das Fliegen im Norden sammeln, bevor man sich vor die — vielleicht eingebildete — Notwendigkeit gestellt sah, Militärflugzeuge mit Soldaten nach dem äußersten Norden Amerikas schicken zu müssen.

Man schenkt dem Flugwesen bei allen Alaska betreffenden Fragen deshalb besonders große Aufmerksamkeit, weil Alaska von seinem amerikanischen Mutterland aus nur zu Wasser oder durch die Luft erreicht werden kann. Die Landverbindung, deren Notwendigkeit seit langem von allen beteiligten Seiten anerkannt wurde, steht noch nicht zur Verfügung. Das ist die größte Schwäche Alaskas — sowohl wirtschaftlich wie auch strategisch gesehen. Um von USA. nach Alaska zu gelangen, muß man von Seattle aus ein Schiff benutzen, das längs der kanadischen und amerikanischen Küste nordwärts zu den verschiedenen Häfen fährt. In letzter Zeit kann man auch fliegen, aber man kann weder mit Bahn noch mit Auto nach Alaska gelangen. Im Kriegsfall könnte Alaska bei Fehlen einer entsprechenden Gegenwehr leicht blockiert und „ausgehungert“ werden, eine Landverbindung ist deshalb eine dringende Notwendigkeit.

Der Plan, eine Straße nach Alaska zu bauen, ist nicht neu, er wurde schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts geboren.

Das Goldfieber, das damals San Francisco ergriffen hatte, breitete sich nach Norden aus und auch in Britisch-Kolumbien zogen Abenteurer nach den einsamen, wilden Tälern des bisher unbekannten Landes und kehrten mit reichen Goldfunden zurück. „Ihrer Majestät Regierung“ hörte von dem Reichtum dieser fernen Kolonien und schickte eine Anzahl von Ingenieuren nach Britisch-Kolumbien. Sie landeten 1862 an dem Ort der Küste, wo heute die Weltstadt Vancouver liegt. Damals war es ein wildes unberührtes Land, durch das sich die Goldsucher ihren Weg bahnen mußten. Für diese Männer Wege zu bauen, war nun die Aufgabe der Ingenieure. Man wußte anfänglich nicht, wohin diese Wege führen sollten, denn es gab keine Städte im Inneren. So folgten die Wegebauer den Pfaden, die von den Prospektoren vorgezeichnet waren. Einer dieser Pfade folgte dem Fraser River aufwärts, und der Mann, der ihn ausbaute, Colonel Montevan, träumte davon, diesen Weg bis nach „Russisch-Amerika“ auszubauen. Man wußte kaum etwas von dem Gebiet, durch das der Weg führen sollte. Indianer und kühne Prospektoren erzählten von Gletschern, die zu manchen heißen Tagesstunden wie donnernde Wasserfälle zu Tal stürzten, und von den unendlich langen Wintern, während deren das Land unter einer hohen Decke Schnee begraben liege.

Montevan konnte seinen Traum nicht verwirklichen, man hielt ihn für einen Idealisten, der von undurchführbaren Projekten träumte. In unseren Tagen soll dieser Traum Tatsache werden — großartiger und gewaltiger als er ihn je zu träumen wagte. Bis nach Fairbanks und weiter an die Küste der Beringsee wird seine Straße — die Große Nordstraße — führen. Sie soll das nördliche Endstück der größten Straße bilden, die die Welt bisher kennt. Von Argentinien nach Alaska, von Buenos Aires nach Fairbanks! Der Traum aller Automobilisten, vom Kreuz des Südens bis zum Polarlicht zu fahren, wird in Erfüllung gehen. Vom tropischen Urwald bis in die kahle Tundra — eine Straße.

Schon 1929 begann man das Projekt ernstlich zu erwägen; Automobilklubs, Handels- und Innenministerien setzten sich dafür ein. Britisch Kolumbien, auf das der industriereichere Osten Kanadas wie auf eine arme Stiefschwester herabblickt, würde durch die Straße aufgeschlossen werden. 40000 Touristen würden alljährlich auf dieser Straße die Reise nach Alaska antreten und dem Land eine neue Ein-

nahmequelle bringen — so schätzten wenigstens die Statistiker. Während die Ingenieure noch vom Flugzeug aus das Land vermaßen, von dem es keine Karte gab, tauchte die Frage auf, wer denn diese Straße bezahlen solle. Kanada meinte, daß die Amerikaner die Straße bauen sollten, sie würden ihnen dafür die Erlaubnis geben, sie durch kanadisches Gebiet zu führen, und auch im Kriegsfall ohne Formalitäten zu benützen. Krieg schien den Amerikanern damals ziemlich fernliegend, die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, schiefen ein, wurden wieder aufgenommen — aber die Straße wurde nicht gebaut.

Die von Roosevelt angestrebte angelsächsische Blockbildung wird die Straße rasch Tatsache werden lassen. So wie auf der Königin Charlotte Insel an der kanadischen Westküste gemeinsame kanadisch-amerikanische Befestigungen entstehen, so wird auch die Alaskastraße wohl in gemeinsamer Regie gebaut werden. „Gespräche“ wegen Abtretung eines Korridors durch Kanada wurden angeblich schon geführt. Die Kosten für die 3600 km lange Straße werden auf etwa 14 Mill. Dollar veranschlagt, eine große Summe für friedliche Zeiten, aber eine Kleinigkeit verglichen mit den Riesensummen, die für die amerikanische Aufrüstung bereitgestellt werden.

Von Vancouver bis Hazelton wird die Straße übrigens einem schon vorhandenen Weg folgen, und es ist kein Zufall, daß bis Hazelton schon eine kleine Straße führt, denn diese Stadt liegt am Skeena-Fluß, der gegenüber der Königin-Charlotte-Insel in den Pazifik mündet. Und auf dieser Insel befinden sich große Basen für die kanadische Luftflotte.

Man arbeitet drei Routen aus, wie man die Straße durch Britisch-Kolumbien führen könne. Die landschaftlich schönste Streckenführung würde der Küstenlinie folgen, man wählte aber eine der inneren Routen, denn die Landverbindung zwischen USA. und Alaska darf natürlich nicht vom Meer aus angreifbar sein. Die Straße soll Kanada und Alaska schützen, Kanada und Alaska werden ihrerseits die Straße mit ihren Bergen und tiefen Tälern schützen.

Nach dem Pelzrausch und dem Goldrausch macht Alaska nun seinen dritten Rausch mit. Entwicklungen, die früher Jahre beansprucht haben, werden in Monaten beendet sein. Es ist anzunehmen, daß Alaska nach diesem Rausch kein drittes Mal in einen Dornröschenschlaf versinkt, denn im Zug der Verteidigungsmaßnahmen will man heute auch die Agrarkraft des Landes voll ausnützen. Und wahrscheinlich wird eine der überraschenden und erfreulichen Folgen dieses Krieges die Tatsache sein, daß das Farmland Alaska ein neues Zukunftsland für die weiße Rasse darstellt.

Der Anblick einer stahlharten, rücksichtslos auf rein materiellen Erwerb im größten Stil eingestellten wirtschaftspolitischen Raffmaschine, der alle ethischen, seelischen Werte einer großen Lebensform als untergeordnete Hebel und Schrauben dienen müssen, mag dem aufmerksamen Beschauer aus Europa einen Augenblick den Atem versetzen und das Blut gerinnen lassen. — Man muß diesen Staat sehen lernen, wie er sich in der wirtschaftsimperialistischen Praxis über jede menschliche Rücksicht hinwegsetzt, wie ihm bei seinem Umsichgreifen nichts Grenzen zu setzen vermag, als kluge, weitsichtige Abwehr der Bedrohten gegen seine ersten Eindringungsversuche, Abwehr gegen die Ausschreitungen des großkapitalistischen Wirtschaftssystems in seiner schrankenlosen Herrschaft, dem gerade die Vereinigten Staaten Nordamerikas aus seiner geopolitischen Lage heraus ihre größten politischen Erfolge verdanken.

Karl Haushofer im Vorwort zu NEARING-FREEMAN: Dollar-Diplomatie, Kurt Vowinkel Verlag, Berlin-Grunewald 1927

HEINZ KLOSS

Portoriko

Amerikanische Volksgruppenprobleme als internationales Problem. Amerikanische Anmaßung

Das Volksgruppenproblem von Portoriko (spanisch und englisch Puerto Rico) nimmt an Bedeutung im Herrschaftsraum der Vereinigten Staaten den ersten, im Gesamtbereich beider Amerika den zweiten Platz (nach Quebec) ein.

Auf dem Panamerikanischen Kongreß in Lima im Dezember 1938 tauchte der — allerdings nicht in die abschließende „Erklärung von Lima“ übernommene — Satz auf, das Volksgruppenproblem sei eine rein europäische Erscheinung, die es für Nord- und Südamerika nicht gebe. Diese Distanzierung von Europa hat im Folgejahr durch die Konferenz von Panama eine weitere Unterstreichung erfahren: Anmaßlich erklärte Präsident Roosevelt in seiner Botschaft vom 24. 8. 1939, mit der er den König Viktor Emanuel von Italien zu einer Friedensbemühung anzuregen suchte: „Wir in Amerika, die wir aus vielen Völkerstämmen eine homogene Nation geschaffen haben, finden es oft schwierig, uns die Feindschaften vorzustellen, die so oft Krisen zwischen den Ländern Europas hervorgerufen haben, die nach Bevölkerung und Gebiet kleiner sind als unser Land; aber wir nehmen es als Tatsache hin, daß diese Länder ein absolutes Recht auf die Erhaltung ihrer nationalen Unabhängigkeit haben, wenn sie es wünschen.“

Präsident Roosevelt erkennt also namens seines Landes nur zwei Möglichkeiten für die Lösung der nationalen Frage an: die freiwillige Verschmelzung zu einer neuen Nation — die aber nur rassistisch etwas Neues darstellt, während sprachlich eine der älteren Volkseinheiten der unbedingte Sieger bleibt — oder Gewährung völliger Unabhängigkeit.

Nun liegt aber bei Portoriko der Fall vor, daß eine iberoamerikanische Volksgruppe angloamerikanischer Herrschaftsgewalt unterstellt ist. Haben hier auch die iberoamerikanischen Staaten — von Spanien gar nicht zu reden — kein Recht, ihre Augen aufzumachen und ihre Stimme zu erheben? Müssen Kubaner, Argentinier oder Chilenen aus panamerikanischer Höflichkeit heraus es übersehen, falls Iberoamerikaner von Washington ungerecht behandelt werden?

Zahlen und Daten

Portoriko ist eine 8900 qkm große Insel im Westindischen Mittelmeer, die von 1 700 000 Menschen spanischer Zunge bewohnt wird, politisch aber den Vereinigten Staaten gehört.

Die Besiedlung durch die Spanier setzte 1508 ein; 1869 erhielt sie eine Art Volksvertretung, 1897 eine weitgehende Autonomie, 1898 mußte Spanien sie als Folge eines verlorenen Krieges an die Vereinigten Staaten abtreten, 1900 erhielt die Insel eine weitgehende, 1917 noch stärker ausgebaute Selbstverwaltung als „territory“ (Territorium).

Die 1,7 Mill. Bewohner bilden eine einheitliche Sprachgruppe, zerfallen aber in zwei Volksgruppen, nämlich 1,3 Mill. weiße Portorikaner und 400 000 Farbige, meist Mulatten, zum kleineren Teil Vollblutneger. Dieser Tatbestand ist in der

Statistik eindeutig, in der Wirklichkeit höchst verwickelt. Denn einmal haben die weißen Portorikaner nach der vorherrschenden — nicht unbestrittenen — Meinung viel Blut der indianischen Urbevölkerung aufgenommen und ferner scheint es, daß zahlreiche Mulatten mit hohem weißem Blutsanteil in die spanische Volksgruppe hinübergewechselt haben.

Die Behandlung dieser wegen ihrer Lage am Schnittpunkt Iberoamerikas und Angloamerikas besonders beachtenswerten Insel durch die Vereinigten Staaten ist auf drei Gesichtspunkte hin zu untersuchen: auf das Sprachenrecht, auf die Selbstverwaltungsfreiheit und auf die wirtschaftliche Lebensfähigkeit.

Das Sprachenrecht

Das Sprachenrecht ist für die Portorikaner günstig¹⁾. Man bedenke, daß Frankreich auf der von italienischen Volksangehörigen bewohnten Insel Korsika die italienische Sprache aus sämtlichen öffentlichen Einrichtungen vollständig verbannt hat. In den beiden Verfassungen von Portoriko, die der Bundeskongreß 1900 und 1917 erließ, wird ausdrücklich festgelegt, daß in der Volksvertretung die spanische und die englische Sprache gleichberechtigt sind. Das gleiche bestimmt ein Gesetz von 1902 für sämtliche Regierungsbehörden der Insel. Die Gesetze, das Amtsblatt, die Jahresberichte der Regierungsbehörden usw. werden in beiden Sprachen veröffentlicht. In den staatlichen Volksschulen wurde die spanische Sprache nach 1898 immer neben der englischen gelehrt und seit 1934 ist Spanisch sogar die einzige Unterrichtssprache aller Volksschulen, während Englisch von der ersten Klasse an als Fach gelehrt wird und die Unterrichtssprache der höheren und der Hochschulen ist. Die Universität ist zwar englisch, hat aber eine besonders stark ausgebaute spanische Fakultät und muß satzungsgemäß in ihrem Aufsichtsrat einen Vertreter der Panamerikanischen Union sitzen haben. Wenn sprachenrechtlich überhaupt etwas zu beanstanden ist, so nur, daß der englischen Sprache überhaupt ein breiter Platz eingeräumt ist, obwohl die Insel einsprachig ist, 1935 nicht ganz 3000 festländische Amerikaner dort wohnten und außerhalb der Hauptstadt San Juan 1935 der Hundertsatz der des Englischen völlig Unkundigen zwischen 60 und 90% schwankte.

Selbstverwaltungsrecht

Beim Selbstverwaltungsrecht liegt es schon ungünstiger für die Portorikaner. Die Verfassung von 1900 gewährte ihnen nicht einmal das amerikanische Bürgerrecht, schuf vielmehr ein besonderes portorikanisches Bürgerrecht. Der Gouverneur wurde vom Bundespräsidenten ernannt, ebenso das Kabinett, mit dem er arbeitete, wobei von 11 Mitgliedern bloß 5 gebürtige Portorikaner zu sein brauchten, und dieses Kabinett bildete zugleich das Oberhaus der Volksvertretung, während nur das Unterhaus vom Volk gewählt wurde. Erst mit der Verfassung von 1917 erhielten die Portorikaner das amerikanische Bürgerrecht und ein vom Volk gewähltes Oberhaus. Auch der heutige Stand ihrer Selbstverwaltung ist, verglichen etwa mit der Insel Korsika, nicht gering. (Es lassen sich übrigens manche Parallelen zwischen der geltenden portorikanischen Verfassung und der des Protektorats Böhmen und Mäh-

¹⁾ Eine eingehende Behandlung des Sprachenrechts wie auch der sonstigen völkischen Probleme Portorikos erfolgt in meinem Buch „Volksgruppenrecht in den Vereinigten Staaten“, Essen, Essener Verlagsanstalt, Bd. I, S. 530—575.

ren ziehen.) Aber in einem Staatswesen wie den Vereinigten Staaten, das grundsätzlich föderalistisch aufgebaut ist, und wo jede weiße angelsächsische Siedlergruppe das Recht erhielt, im Rahmen des Bundes einen eigenen Gliedstaat zu bilden, bedeutet die Tatsache, daß Portoriko nicht Gliedstaat, sondern nur Territorium ist, eine schwere Benachteiligung, die von der amerikanischen Ideologie aus in keiner Weise zu rechtfertigen ist und sich nur daraus erklären läßt, daß die Vereinigten Staaten eben den 1,3 Mill. weißen Spaniern auf Portoriko auf Grund des völkischen Unterschiedes nicht das geben wollen, was sie jeder angelsächsischen Gruppe ohne weiteres zugestehen würden. Andere Gebiete der Union sind bei unvergleichlich geringerer Bevölkerungszahl zu Staaten erhoben worden, so Neu-Mexiko bei 327 000 Einwohnern, Kalifornien bei 50 000, Kolorado bei 40 000, Oregon bei 14 000, Nevada gar bei nur 7 000, Minnesota bei 6 000 Einwohnern. Portoriko steht also unter Vormundschaft. In einem Territorium ernennt der Bundespräsident den Gouverneur, und der Bundeskongreß kann jedes Gesetz des Territoriums abändern oder annullieren. Noch nie war der Gouverneur ein Portorikaner. Die beiden letzten Gouverneure, General Winship (1934—39) und Admiral Leahy (1939—40, jetzt Botschafter in Frankreich), stammen aus Heereskreisen. Wie Hawaii hat auch Portoriko für Amerika Bedeutung in erster Linie als wirtschaftliches Ausbeutungsobjekt und als strategischer Stützpunkt. Nur die Reihenfolge der Probleme ist bei beiden Gebieten verschieden: bei Hawaii überwiegt die strategische Bedeutung, bei Portoriko die wirtschaftliche¹⁾. Während aber das Territorium Hawaii heute nach herrschender (nicht völlig unangefochtener) Meinung nicht mehr als bloßer Besitz, sondern als Bestandteil des Bundes, als „incorporated territory“ gilt, ist Portoriko noch heute reines Herrschaftsgebiet des Bundes, in welchem als letzte Instanz nicht die Bundesverfassung herrscht, sondern der Wille des Bundeskongresses, eingeschränkt lediglich durch einige als unveräußerlich anerkannte Grundrechte²⁾. Das ist ein halbkolonialer Status.

Die wirtschaftliche Lebensfähigkeit

Unter amerikanischer Herrschaft hat sich Portoriko zu einem Land krassester Monokultur entwickelt, das vollständig vom festlandamerikanischen Markt abhängt. Im Jahre 1936—37 verkaufte Portoriko für 112,9 Mill. nach den festländischen Vereinigten Staaten und nur für 2,1 Mill. ins gesamte übrige Ausland: es stand damit unter den Lieferanten der Vereinigten Staaten an siebenter Stelle. Von dieser Ausfuhr entfielen fast $\frac{2}{3}$ auf Zuckerrohrprodukte. Die Zucker-, Kaffee- und Tabakerzeugung liegt fast ganz in den Händen festländischer Kapitalgesellschaften, so daß 1928 einem Ausfuhrüberschuß von 14 Mill. Dollar ein Unterschluß der Zahlungs-

1) Es sei die Gelegenheit benutzt, auf einen in der europäischen Presse weit verbreiteten Irrtum hinsichtlich Hawaiis hinzuweisen. Anfang November 1940 haben seine Bewohner sich in einer Volksabstimmung mit Mehrheit für die Erhebung Hawaiis zu einem Gliedstaat des Bundes ausgesprochen. Hieran ist in Europa vielfach die Folgerung geknüpft worden, damit werde Hawaii selbsttätig zum 49. Staat der Union. Davon ist keine Rede: nicht die Bevölkerung, sondern der Kongreß entscheidet über diese Frage und ob Hawaii für seine Wünsche eine Kongreßmehrheit finden wird, ist angesichts seiner farbigen Bevölkerungsmehrheit durchaus fraglich (vgl. hierzu Kloss, Volksgruppenrecht..., Kap. Hawaii, Bd. I, 588—589, ferner Klaus Mehnert in Ztschr. f. Geopolitik, Jahrg. 16, 1939, 596—603).

2) Vgl. Kloss, Volksgruppenrecht..., S. 58—59, 548, 587—588.

bilanz von 25 Millionen Dollar gegenüberstand. Die Massen der arbeitenden Bevölkerung sind Lohnsklaven des amerikanischen Kapitals; 1935 standen 180 000 Landarbeitern nur 45 000 selbständige Bauern gegenüber. Die Lohnsklaven sind so schlecht bezahlt, daß sie an chronischer Unterernährung leiden. Eine Kongreßbestimmung von 1900, wonach keine Gesellschaft mehr als 500 acres besitzen darf, wird glatt übergangen. Die Verelendung ist so groß, daß ein Schulbesuch vielfach nicht möglich ist; 1936 blieben 56% der im Schulalter stehenden Jugendlichen ohne Unterricht. Das Elend steigert sich ständig, da Portoriko bereits übevölkert ist (174 Einwohner je qkm), der Geburtenüberschuß von 20% (bei einer Gesamtgeburtenzahl von 40%) langsam ansteigt und das Festland nur verschwindend wenig Portorikaner aufnehmen kann. Die rücksichtslose Ausbeutung durch das amerikanische Kapital ist zu einem Großangriff auf die lebendige Substanz der portorikanischen Volksmasse geworden. Bedeuten doch die oben genannten Zahlen über Handels- und Zahlungsbilanz, daß die verelendete Insel in jedem Jahrzehnt um mindestens weitere 100 Mill. Dollar zugunsten des Festlandes ausgeblutet wird.

Portorikos Innenpolitik

Portoriko hat sein eigenes Parteiwesen, das von dem des amerikanischen Festlandes völlig verschieden ist. Bei den Wahlen von 1936 entfielen etwa 54% der Stimmen auf eine Koalition der (untereinander etwa gleichstarken) Sozialisten und Union-Republikaner, die einen sehr gemäßigten Kurs steuern. Auf die wesentlich volksbewußtere Liberale Partei, die in zurückhaltender und nicht immer eindeutiger Weise das Endziel der Unabhängigkeit verfolgt, entfielen 46%. Daneben gibt es eine Gruppe der radikalen Nationalisten, geführt von Pedro Campos, die bei den Wahlen von 1932 erst 5000 Stimmen erhielten, 1936 sich an der Wahl nicht beteiligten und in den letzten Jahren in einen immer schrofferen Gegensatz zu den amerikanischen Regierungsbehörden gerieten. Es kam zu Demonstrationen, bei denen auf die Portorikaner geschossen wurde — z. B. Palmsonntag 1937 —, zu Schauprozessen und all jenen Begleiterscheinungen, die wir von der Entwicklung europäischer Nationalitätenprobleme (Bretonen, Slowaken usw.) her kennen. Die Nationalisten können schon deshalb sehr schnell zu großer Bedeutung aufrücken, weil die beiden älteren Parteigruppen, die Regierungskoalition und die Liberalen, einander die Waage halten, an der die Nationalisten leicht das Zünglein werden könnten. Und was könnte geschehen, wenn Mexiko und wenn Südamerika oder Spanien den „Fall Portoriko“ entdeckten?

O. E. H. BECKER

Die Eroberung der Philippinen

Auch eine Anwendung der Monroe-Doktrin

Daß die Ausführung des Planes: die Schaffung eines japanischen Reiches im malayschen Archipel nicht zustande kam, ist und bleibt aber für alle Zeiten zu beklagen! Dieser Stoßseufzer Fujihiko Sekibas in seinem Aufsatz „Die Japaner auf den Philippinen“ (in der von einem Japaner in Berlin herausgegebenen Zeitschrift „Ostasien“ Jahrgang 1899) kennzeichnet gewisse Stimmungen um die Jahrhundertwende. Sekiba versuchte in dieser Arbeit den Wegen der einstigen sehr regen Beziehungen Japans zu der benachbarten Inselgruppe nachzugehen, und seine Ausführungen decken sich, von geringen Abweichungen abgesehen, im ganzen genau mit der ausführlichen Darstellung Ferd. Blumentritts in der Österreichischen Monatsschrift für den Orient (Jahrgang 1881), des damals anerkannt besten deutschen Philippinenkenners, obwohl jener sich weitgehend auf japanische, dieser aber fast ausschließlich auf spanische Quellen stützt. Danach haben die Japaner bereits Ende des 16. Jahrhunderts regen Handel mit den Philippinen getrieben, weithin übrigens von den Spaniern gefördert, da diese sich von der Freundschaft mit dem nördlichen Inselreich freie Hand für ihre Missionare erhofften. Es gab um jene Zeit in Manila eine große Japanerkolonie, die zuzeiten an die dreitausend Köpfe stark war, und Antonio de Morga behauptet 1609 sogar, fünfhundert Japaner und Dominikanermönche hätten gemeinsam über das Volk geherrscht. Übrigens trieb um jene Mexiko, das noch Neu-Spanien hieß, zum Ärger der philippinischen Regierung vorübergehend (1611—1618) direkten Handel mit Japan! Erst der Kaufmann Harada Magochichiro zerstörte diese Idylle, indem er den Taikô Hideyoshi auf die verhältnismäßig leichte Möglichkeit aufmerksam machte, die Inseln den Spaniern zu entreißen, wobei er gleichzeitig auf die Gefährlichkeit des Wirkens der Missionare in Japan hinwies. Die politische Lage spannte sich daher; wenn die Eroberung des schönen Bissens auch nicht gelang, so hatten die dahingehenden Anstrengungen immerhin die Beseitigung des Christentums daheim und schließlich sogar die völlige Abschließung des Reiches zur Folge.

In den fast dreihundert Jahre später ausbrechenden Streit um die Erbschaft der ermüdeten Spanier griffen die Japaner nicht ein; sie hielten sich abseits, weil ihre Kräfte durch die wahrhaft revolutionäre, vollständige Umwälzung ihres Staatswesens und ihrer inneren und äußeren Organisation in Anspruch genommen waren, doch sie beobachteten die Vorgänge — wie Sekibas Aufsatz erweist — mit schweigender Aufmerksamkeit. Fernost wurde um jene Zeit noch ungehindert von Europa beherrscht — die Amerikaner, Spanier, Engländer, Franzosen, Deutschen und sogar die Russen versammelten sich in Südostasien, gewillt, ohne Gewinn nicht davonzugehen; unterirdische Beben waren dem großen Verwandlungsprozeß vorausgegangen.

Im Streit nämlich um den Besitz der Sulu-Inseln, die wie eine Nabelschnur die Philippinen an Borneo und Insulinde binden und die Durchfahrt zur Südsee sperren, arbeiteten eine Zeitlang England und Deutschland Hand in Hand, bis die Briten den Sieg davontrugen, den ein — Deutscher für sie erfochten: der österreichische Baron Gustav v. Overbeck, Maharajah von Sabah, Rajah von Ganga und Sandakan, hatte seine Interessen, nachdem er sie in Wien und

Berlin vergebens — und mit fast beschwörender Stimme — angeboten, dem Londoner Hause Dent & Co. und damit England abgetreten; zwar erhob Spanien dann den Archipel schleunig zum Protektorat, aber der bornesische Festlandsbesitz und einige vorgelagerte Inselchen gingen dem Sultan und damit den Spaniern doch verloren. Die damals geschaffene Grenze gilt noch heute.

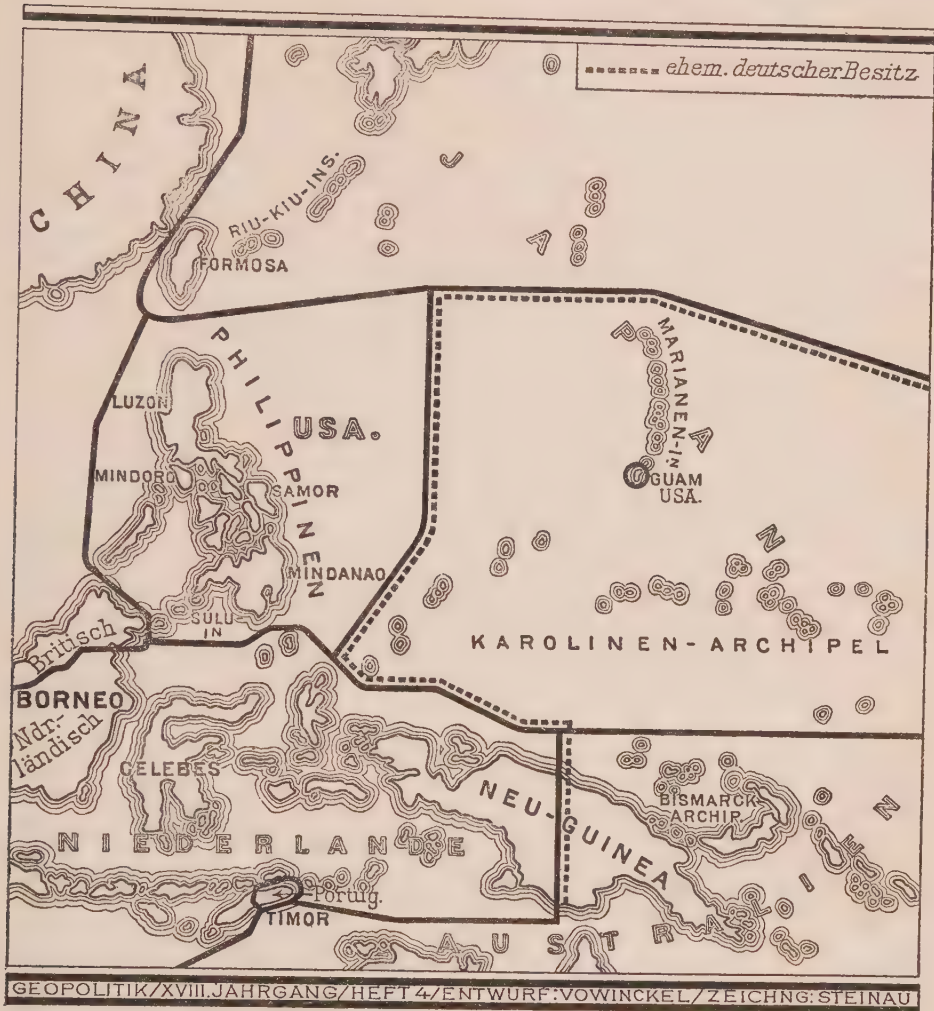
Die Amerikaner waren in diesem Gebiete nicht fremd; sie hatten schon zu Zeiten des Rajah Brooke, in der dreißiger Jahren also, einen Vorstoß gewagt, als sie sich um die kohlenreiche, Brunei vorgelagerte Insel Labuan, wenn auch verspätet bemühten, und Overbeck hatte eine amerikanische Gesellschaft, die in Nordborneo und Sandakan saß, auskaufen müssen. Südostasiatischer Besitz mußte für die Vereinigten Staaten in dem Augenblicke Gesetz der Lage sein, da sie aktiv in ostasiatische Verhältnisse eingreifen, bzw. sich an deren Kontrolle beteiligen wollten; keine Gruppe lag günstiger für sie als die Philippinen, die den nördlichen Zugang zum Südchinesischen Meer beherrschen oder, von Kalifornien aus gesehen, gleichsam die Rolle eines Startfeldes spielen, von dem aus die ostasiatische Küste jederzeit leicht erreichbar ist. Der Kampf zwischen Spanien und den USA. entzündete sich bekanntlich an Cuba; er griff über Westindien sofort zum Pazifik über und entflammte die Philippinen, wo er zunächst einen Aufstand der Filipinos gegen die spanische Herrschaft auslöste.

Die überalterten Herrschaftsformen der philippinischen Regierung hatten Korruption und kulturelle sowie wirtschaftliche Hemmnisse hervorgerufen; der Gesamtaußenhandel belief sich 1896 auf nur 30 Millionen Dollar, die Ausfuhr (Hanf, Zucker, Kopra, Tabak) war doppelt so hoch wie die Einfuhr. Mitte Mai 1898 also telegraphierte der deutsche Konsul Krüger aus Manila: „Spanische Herrschaft auf Philippinen nach menschlichem Ermessen unhaltbar. Blutige Abrechnung der Eingeborenen stündlich bevorstehend. Insurgenten wollen indessen keinesfalls nur Herren wechseln und etwa Amerikaner gegen Spanier eintauschen, sondern selbständig werden. Zur Republikgründung halten sie sich selbst nicht recht fähig, bevorzugen vielmehr ein Königreich als ihnen sympathischere Staatsform. Große Zuneigung für Deutschland. Anzeichen vorhanden, daß Angelegenheit möglicherweise mit Angebot des Thrones an einen deutschen Prinzen endigt. Darf der Sache freier Lauf gelassen werden, oder ist ihr abzuwinken?“ Auch Prinz Heinrich hatte aus Hongkong in ähnlichem Sinne gemeldet. Nebenbei sei, um die deutsche Stellung jener Zeit in Ostasien zu kennzeichnen, an das Telegramm des Führers der formosischen Unabhängigkeitsbewegung erinnert (1895), um das Wohlwollen Deutschlands für ihre Sache zu erbitten.

Bülów nun, über diese Dinge ausführlich dem gerade in Urville weilenden Kaiser berichtend, gibt ein umfassendes Bild der verwickelten Lage; 1. es tauchten bereits Meldungen auf, die Insurgenten hätten sich auch an Japan gewendet, allerdings auch an England; 2. die russischen Zeitungen „Swet“, „Nowoje Wremje“ u. a. erklärten, Rußland dürfe bei einer etwaigen Teilung der Inselgruppe nicht leer ausgehen; 3. Frankreich melde seine „intérêts légitimes“ durch die „Temps“ an; 4. die Stimmung in den USA. fordere die Besetzung der Philippinen; 5. England halte sich unter dem Vorwand der Stammverwandschaft mit den Amerikanern zurück. Er, Bülów, empfehle als günstigsten Weg unverfänglicher Anteilnahme an den Ereignissen, für die Neutralisierung der Gruppe unter dem Schutz eines „Äropags von Seemächten“ zu plädieren und als ersten Schritt den in Ostasien stationierten Vizeadmiral v. Diederichs nach Manila zu entsenden, damit er die dortige Sachlage prüfen könne. Wilhelm II. bemerkte an den Rand dieses Berichtes, er wünsche keine Verbindung mit den Filipinos, sei aber mit der Entsendung v. Diederichs' einverstanden; später äußerte er, daß die Inseln „nicht ganz oder teilweise in den Besitz einer fremden Macht übergehen können, ohne daß Deutschland eine angemessene

Kompensation erhalte“ (Bericht Bülow's an Graf Hatzfeld in London). Diese Haltung wurde bestimmend.

Nun, bei Ausbruch des Krieges waren die Vereinigten Staaten offensichtlich im Unklaren, wohin der Weg sie führen werde. Gelegentlich der Kriegserklärung im



Die Lage der Philippinen in der südostasiatischen Inselgruppe

Dezember 1897 äußerte Präsident McKinley mit Betonung: „Ich spreche nicht für die gewaltsame Annexion, weil diese gegenüber unseren moralischen Gesetzen eine verbrecherische Handlung (criminal aggression) wäre.“ War das ein Programm? Oder war es der Deckmantel geheimer Absichten, die gegenüber der Haltung der europäischen Interessenten verborgen bleiben mußten, um den Konflikt zu isolieren? Dies war jedenfalls sicher: entweder beschränkten sich die Vereinigten Staaten

auf ihren Kontinent und die natürlichen Gesetze der Politik, die ihm aus seiner Mittellage zwischen Europa und Fernost erwachsen — und dies mußte Unabhängigkeit für die Filipinos bedeuten! —, oder sie griffen imperialistisch über diese Begrenzung hinaus in die Schatzkammern des Ostens und des Pazifik. Nordamerika stand vor der Entscheidung, man wußte es. Betrachtet man aber den ungeheuren Schwung, mit dem die Amerikaner von Osten nach Westen vorgestürmt waren, bis ihre Scharen gegen den Ozean brandeten, die gewaltige Schnelligkeit, mit der sie die blühenden Staatswesen Washington, Oregon und Kalifornien geschaffen hatten — so bekommt schon die gegen den Protest Japans erfolgte Annexion Hawaiis (1897) ein geprägtes Gesicht, ein Vorgang aber, der noch unfertig schien, unbestimmt eigentlich und fragwürdig. Denn von Hawaii aus konnte zwar eine Südseepolitik einigermaßen gestützt werden, um aber über die ungeheuren Weiten des Ozeans hinweg nach Fernost und Südost wirken und Einfluß geltend machen zu können, reichte die Strahlung der kleinen Inselgruppe doch nicht aus. Wie ein kreuzendes Schiff den Wind verliert und nun mit schlappenden Segeln unbestimmt nach neuer Fahrkraft tastet, wogte die Stimmung im amerikanischen Volke ungewiß hin und her, und in diesem Tappen und Wogen war das einzige einigermaßen klare, jedenfalls greifbare Wesen die wachsende Feindschaft gegen Spanien, die allerdings wohl auch mehr künstlich gemacht als ursprünglich war.

Nun, die Spanier wurden bezwungen und die Filipinos nicht befragt. Gelegentlich der Blockade Manilas war es zu dem berühmten Streit zwischen dem amerikanischen Admiral Dewey und dem deutschen Vizeadmiral v. Diederichs gekommen — geboren aus einer aus vielen dunklen Quellen gespeisten Verschmutzung der Stimmung und Entfachung glimmender Nervosität, wobei Dewey, annehmend, die Deutschen stünden in geheimer Verbindung mit Manila, sich hinreißen ließ, dem Deutschen die Worte ins Gesicht zu schleudern: „Wie! Ich soll jedes Schiff anhalten, was für eine Farbe es auch führen mag. Und wenn es nicht anhält, soll ich schießen. Und das bedeutet Krieg, Sir!“ Denn London hielt es für gut, zwischen das im Ganzen günstige Einvernehmen Deutschlands und Nordamerikas Minen zu legen und durch unwahre oder entstellte Meldungen eine kräftige Hetze zu entfalten, obwohl doch die Deutschen jeden Konflikt zu vermeiden suchten.

„Ich teile übrigens die Ansicht“, schrieb v. Bülow am 7. April 1898 an den Kaiser, „daß wir gegenüber dem spanisch-amerikanischen Konflikt alles vermeiden müssen, was wie eine unnötige Parteinahme, namentlich gegen Amerika, aussehen könnte“... Aber die englischen Hetzmeldungen trübten die Luft und griffen bereits auf andere Staaten über. Dabei hatte man in Deutschland von Anfang an nur ein einziges einigermaßen klar formuliertes Ziel im Auge: „keine infolge des spanisch-amerikanischen Konflikts sich etwa bietende Gelegenheit zur Erwerbung maritimer Stützpunkte in Ostasien unbenutzt zu lassen“. (Bülow an Holleben, Botschafter in Washington — 1. Juli 1898), was noch deutlicher wird in dem Bericht des Staatssekretärs v. Richthofen an Hatzfeld-London, über eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin vom 10. Juli 1898: „Ich sagte ihm, daß für Deutschland die Erwerbung von Samoa (als Kompensation für Hawaii), ferner die der Karolinen (als Satisfaktion für das nationale Empfinden nach den Vorgängen von 1885) erwünscht sein würde; außerdem die Erwerbung von ein oder zwei Stützpunkten in der Philippinengruppe und im Suluarchipel. Große Gebietskomplexe, welche entsprechenden Aufwand an Geld und Menschenkräften erforderten, würden dagegen unverträglich sein mit Deutschlands europäischen Aufgaben.“

Anfang Juli war der Krieg bereits beendet, und es mußte sich jetzt zeigen, von welchen Absichten die Vereinigten Staaten wirklich geleitet worden waren. Die Vor-

friedensbedingungen forderten die sofortige Räumung Cubas durch die Spanier, die Besitznahme Porto Ricos und anderer Spanien gehörenden Inseln Westindiens und schließlich die Besetzung Manilas bis zum Friedensschluß. Deutlicher sprach schon die Wahl der fünf Unterhändler für die Pariser Friedensverhandlungen, von denen drei „offene Imperialisten waren, bekannt für die Forderung der Erwerbung von Territorien im Fernen Osten“, wie M. Storey und M. P. Lichauco sich in ihrem Buche „The Conquest of the Philippines“ ausdrücken. Diese Männer waren William P. Frye, Whitelaw Reid und Cushman Davis, der einmal gesagt hatte: es sei „von äußerster Wichtigkeit, daß die Vereinigten Staaten eine beherrschende wirtschaftliche Stellung“ in den östlichen Gewässern erhielten, sowohl im Hinblick auf die „erstaunlichen Wandlungen des Chinesischen Reiches“, wie aber auch der wachsenden Bevölkerung der pazifischen Staaten Nordamerikas; daher „muß der Besitz der Philippinen und deren Angleichung an unsere Bedürfnisse und unser Schicksal ein notwendiger und unerläßlicher Schritt“ genannt werden.

McKinleys geheime Anweisungen bezeugten im übrigen, daß bereits eine gewisse Wandlung seiner Meinung eingetreten war. Zwar hieß es eingangs noch sehr moralisch, der Ausgang des Krieges habe Amerika neue Pflichten und Verantwortungen aufgebürdet, die man befriedigen und einlösen müsse, wie es einer großen Nation gezieme, in deren Wachstum und Laufbahn der Herr aller Völker offensichtlich die hohe Berufung und das Pfand der Zivilisation geschrieben habe — „wieselhafte Worte, die Anweisungen zu mildern, die nun folgten“, bemerken Storey-Lichauco einigermassen spitz; aber dann wurde auch schon auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten hingewiesen, „denen gegenüber die amerikanische Staatskunst sich nicht gleichgültig verhalten“ könne, und alles gipfelte endlich in der eindeutigen Formulierung: „Die USA. können nicht weniger fordern als die Abtretung der vollen Rechte und der Souveränität über die Insel Luzon.“ Die Philippinenkämpfer Admiral Dewey, General Merritt, Major Bell und General Green unterstützten die Kommission als Beobachter sozusagen moralisch.

Inzwischen hatten sich der deutsche Botschafter v. Radowitz und der Herzog von Almodovar vertraulich über die Lage unterhalten, woraus hervorging, daß Spanien bereit sei, den Rest seiner Kolonien vorteilhaft zu verwerten; und Radowitz erhielt also den Auftrag, fortgesetzt alle auf die Veräußerung der Karolinen, Philippinen- und Suluinseln, Fernando Po oder Kanarischen Inseln bezüglichen Projekte aufmerksam zu verfolgen — ein Auftrag, der, jedenfalls in seinen Folgen, erneute Berührung mit amerikanischen Interessen hervorrufen mußte. Deutschland und Amerika drängten, wenn auch keineswegs vereint, zur gleichen Stunde in die Südsee.

Am 1. Oktober begann die Pariser Konferenz; doch bevor noch die ersten Reden gehalten, die ersten Seiten der Akten beschrieben wurden, erhielten die amerikanischen Vertreter von McKinley ein Telegramm, in dem es hieß, daß die Besetzung von Luzon allein außer Frage stünde und daher, „einzig unter dem Beweggrund der Pflicht und Menschlichkeit, die Besetzung des ganzen Archipels oder nichts zu fordern ist. Das letztere ist unzulässig und das erstere muß daher gefordert werden!“ Der schwungvolle Satz: „Ich spreche nicht für die gewaltsame Annexion, weil diese gegenüber unseren moralischen Gesetzen eine verbrecherische Handlung wäre“, war endgültig vergessen. Die imperialistische Strömung hatte abermals einen Sieg erfochten. Auch das Angebot der USA., Spanien mit zwanzig Mill. Dollar in Gold zu entschädigen, liegt auf dieser Ebene, auch die etwas schnöde Abfertigung

Agoncillos, Vertreters der Filipinos, in Paris, „wo die Türen beider Verhandlungszimmer vor seinem Gesicht zugeschlagen wurden“ (Storey-Lichauco) und in Washington, wo man ihn gar nicht erst empfing.

Die Spanier mußten sich fügen, keine Nation fand sich bereit, zu intervenieren. Die Mehrheit des amerikanischen Volkes nahm sehr richtig an, daß, werde der Vertrag wirklich vom Kongreß ratifiziert, Amerika die Politik kolonialer Ausdehnung mit Entschlossenheit fortsetzen werde. Im Kongreß freilich stieß er auf einigen Widerstand. Eine mächtige Gruppe, der u. a. Carl Schurz angehörte, wies auf die Gegensätzlichkeit der Behandlung der Cubanischen und Philippinischen Frage hin, wofür sie kein Verständnis aufbringen könnte, eine andere Gruppe forderte, daß den Filipinos, wenn nicht sofort, so doch später einmal die Unabhängigkeit gegeben werden müsse. Den Ausschlag gaben Senator Lodge mit „seiner fließenden Sprache und gewandten Beweisführung“ und Bryan. Der Vertrag wurde angenommen.

Eine englische Karikatur im „Punch“ gab schon im August der englischen und wohl auch der Weltmeinung kräftig-freundschaftlichen Ausdruck (obwohl man sich des Gefühls nicht recht erwehren kann, sie hätten den Gang der Ereignisse insgeheim in diese Richtung treiben helfen): Die Dame Europa fragt stolz den in ihren Garten dringenden Fremden mit dem hohen, mit Sternen und Streifen gezierten Hut: „Wen verdanke ich das Vergnügen dieser Störung?“ — „Madame! Mein Name ist Onkel Sam!“ — „Sind Sie irgendwie verwandt mit dem seligen Colonel Monroe ...?“ — Aber solche Anmerkungen hatten nun ihren Sinn verloren: Nordamerika hatte sich endgültig entschlossen, den Gesamtraum des Stillen Ozeans in den Bereich seines unmittelbaren politisch-wirtschaftlichen Wirkens einzubeziehen — mit allen den Reibungen und Kämpfen, mit allem Gewinn und Verlust und aller Gefährdung, die eine Politik kolonialer Ausdehnung nun einmal mit sich bringen. Es stand fest vor den Toren des Fernen Ostens und des Südostens, nicht gewillt, auch nur ein Tüttelchen seiner neuen Rechte aufzugeben, nachdem es in der Karolinenfrage, um des traditionell günstigen Verhältnisses zu Deutschland willen, verzichtet hatte. Freilich hatten diese Beziehungen dennoch durch die starke und systematische Hetze von seiten Englands so sehr gelitten, daß die nun zur Entscheidung reife Samoa-Frage in ihrem Schatten sich abspielte.

Der kulturelle Einfluß Nordamerikas ist seitdem im Stillen Ozean bestimmend geworden; die Umgangsformen, Bräuche, selbst Moden, Baustil und technische Formen europäischer Kultur sind durch die amerikanische Filterung in den pazifischen Raum eingedrungen; es sind wichtige Eroberungen, die zumindest darauf hindeuten, daß die amerikanische Zivilisation in diesem jungen, von dem Schwung der Zukunft, der Unvoreingenommenheit und Frische getragenen Raum stärkere Werbekraft besitzt als die überformte Englands. — Japan, das nie die Geschichte seiner einstigen Beziehungen zu Südostasien vergessen und geduldig auf günstige Stunden gewartet und diese auch immer genutzt hat, steht nun mit den Vereinigten Staaten im Wettbewerb um die Vormacht im Pazifik. Die Zukunft wird erweisen, wohin die Entscheidung geht.

ERNST SCHMITT

Der Osthang der südamerikanischen Anden

Unter den Fragen, welches die wirtschaftliche und soziale Neugestaltung der Welt sein wird, der wir entgegengehen, steht auch die nach der zukünftigen Rolle Südamerikas. Zu diesem Thema möchte ich einen Beitrag liefern durch den Hinweis auf die geopolitische Bedeutung, die dem zur Zeit noch so gut wie unerschlossenen Osthang der Anden zukommt. Ich meine damit den Raum, der sich vom Hochgebirge ostwärts nach dem tropischen Tiefland im Norden und in der Mitte des Kontinents hinabzieht. Um von seiner Größe eine Vorstellung zu geben, genügt es darauf hinzuweisen, daß er sich der Länge nach etwa vom zehnten Grad nördlicher bis zum dreißigsten Grad südlicher Breite erstreckt, also etwa so weit, wie von der Südspitze Spaniens bis nach dem mittleren Norwegen. Das wirtschaftliche Potential dieses Raums wird aus der Tatsache ersichtlich, daß er über außerordentlich reiche Wasserkräfte mit einem steilen Gefälle von mehreren tausend Metern verfügt, in der Höhe ausreichende und weiter unten sehr viel Feuchtigkeit für Pflanzenwuchs besitzt, alle Gebiete des kalten, gemäßigten und tropischen Klimas umfaßt und Erze, Petroleum usw. birgt. Vor allem aber hat er in seinen mittleren Höhen ein Klima, in dem eine intensive körperliche und geistige Arbeit möglich ist.

In dieses Gebiet war im Verlauf der nachkolumbianischen Zeit der Weiße nur an einzelnen Stellen eingedrungen, eine allgemeinere Erschließung durch eine moderne Wirtschaft hat bisher nicht stattgefunden. Erst in letzter Zeit beginnt man mit Flugzeug und Straßenbau vorzudringen.

Die Zeit, in der man eine solche Erschließung nur vom Gesichtspunkt der privatkapitalistischen Gewinnmöglichkeiten betreiben durfte, ist vorbei. Südamerika bleibt, wenn es nur einige wenige Rohstoffe für den Weltmarkt erzeugt, den verderblichsten Preiskrisen ausgesetzt. Es steht, wenn auch nicht von heute auf morgen, so doch sicher auf längere Sicht gesehen, vor der Frage, daß es seine ganze wirtschaftliche und damit auch soziale Struktur umstellen muß. Ich glaube, daß der Osthang der Anden berufen ist, dabei eine bedeutsame Rolle zu spielen, nicht nur wegen des ihm innewohnenden großen Wertes an sich, sondern vor allem, weil er das gegebene Gebiet für vielfältige Erzeugung, für Polikultur, in mittleren und kleinen Betrieben ist. Er erstreckt sich über mehrere Staaten (Kolumbien, Ekuador, Peru und Bolivien und nördlich und südlich darüber hinausgreifend) und bildet somit ein gleichartiges, ja gemeinsames Problem für die Länder, die er durchzieht, und für die er, im Fall seiner Erschließung, eine Art Rückgrat darstellt.

Eine nähere Betrachtung der sich aus einer modernen Entwicklung des Osthangs der Anden ergebenden Möglichkeiten dürfte sich daher wohl lohnen, zumal sich dabei immer wieder Fragen ergeben, die von allgemeinem geopolitischen Interesse sind.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst einmal die allgemeine Situation. Die Anden, die sich als ein schmaler, einheitlicher und sehr hoher Gebirgsstock über die riesenhafte Entfernung des ganzen südamerikanischen Kontinents hinabziehen, haben an der dem Pazifik zugekehrten Westseite einen schmalen Küstenstreifen vorgelagert,

ostwärts von ihnen dehnt sich das weite, unübersehbare Land des Amazonasbeckens bis zum Atlantik. Der Rücken der Anden selber bildet Hochflächen, die auf beiden Seiten von Gebirgsspitzen eingefaßt und von Tälern in verschiedenen Richtungen durchzogen sind. Das Hochland ist ein Gebiet extensiver Vieh- und Landwirtschaft und großen bergbaulichen Reichtums. Der Küstenstreifen am Pazifik ist von Norden her bis über die Südgrenze Ekuadors hinaus tropisch, von Peru ab erstreckt sich infolge der Wirkung des kalten Humboldtstroms eine kühlere Zone, hier wechseln regenlose Wüsten mit Tälern, die dank den aus den Anden kommenden Flüssen äußerst fruchtbar sind.

Hochland und Küste sehen zurück auf eine lange Menschheitsgeschichte ausgedehnter vorzeitlicher Wanderungen, wechselnder Siedlungen und kleiner und großer Reiche, die zum Teil zu einem Kulturstand gelangten, der zur Zeit der Entdeckung den alten asiatischen Kulturen fast ebenbürtig war. Vier Jahrhunderte nachkolumbianischer Geschichte haben dann dort einen eigenartigen und in seiner Art hoch entwickelten Ableger spanischer Kultur begründet. Das einheimische Volk der Indios wurde niedergedrückt und verlor immer mehr an Kraft. Sowohl in der spanischen Kolonialzeit wie auch in der bisherigen Geschichte der unabhängigen südamerikanischen Staaten bestand die wirtschaftliche Tätigkeit in einer mehr oder weniger oberflächlichen Ausnutzung der im Überfluß vorhandenen Reichtümer, dabei drangen schließlich auch englisches und nordamerikanisches Kapital ein. Nach dem Weltkrieg haben die Schwierigkeiten des Absatzes auf dem Weltmarkt dazu geführt, daß man, unter verstärkter Heranziehung nordamerikanischer Ingenieure und Methoden zu intensiverer und damit wirtschaftlicherer Ausnutzung, besonders im Bergbau und in der Landwirtschaft überging. In einzelnen Gebieten entwickelt sich auch eine durchaus leistungsfähige Industrie. Man blieb aber in privatkapitalistischen Anschauungen befangen. Die Notwendigkeit, an Stelle der Monokulturen die Pflege einer möglichst verschiedenartigen Produktion zu setzen, wurde zwar theoretisch bewußt, mit der Durchführung ist man jedoch bisher kaum vorangekommen, da eine solche Umstellung eine Zusammenfassung der Kräfte und einheitliche Leitung durch die Gemeinschaft erfordert und der dazu notwendige innere Wandel der Denkweise sich noch nicht vollzogen hat.

Da, wo das Hochland anfängt, sich ostwärts dem Amazonasbecken zu hinabzusenken, hörte bisher so ziemlich die Welt auf. Was im Amazonasbecken selbst an Entwicklung vor sich ging, kam von der atlantischen Seite her und zog sich die Ströme hinauf bis dahin, wo Schnellen die Schifffahrt behindern. Wo Teile des Amazonasbeckens zu den Staaten des Pazifik gehören, wie z. B. das peruanische Gebiet um Iquitos, lebten diese Teile mindestens wirtschaftlich, recht unabhängig. Der Raum zwischen Amazonasbecken und Hochland, der Osthang der Anden, blieb, wenn er auch von Reisenden, Projektoren, Missionaren durchforscht und an einzelnen Stellen auch besiedelt war, praktisch für das Land, zu dem er gehörte, eine terra incognita.

Über die Ausdehnung dieses Raumes in seiner Nordsüdrichtung habe ich bereits gesprochen. Die Breite von West nach Ost ist verschieden groß, man wird mit einem Durchschnitt von etwa 150 km aber wohl annähernd das Richtige treffen. Das Gesamtgebiet dürfte etwa 500 000 bis 700 000 qkm umfassen, es stellt also etwa einen Größenwert dar wie Deutschland. Wenn der ganze Raum der hier in Frage kommenden Staaten mit etwa fünf Millionen Quadratkilometer auch viel größer ist, so scheidet davon doch ein sehr erheblicher Teil als nicht nutzbar aus, der hier in Frage stehende Raum des Osthangs der Anden ist aber in seiner Ganzheit intensiv besiedlungsfähig. Hinzu kommt, daß sich auch in das tropische Tiefland vorgelagert in unmittelbarer Nähe und Verbindung Erhebungen von 1000 oder einigen 1000 Metern Höhe befinden, die zum Teil großen Umfang haben und klimatisch gesund sind.

Genau bekannt ist mir vom Osthang der Anden, teils durch eigene Reisen, teils durch ergänzendes mehrjähriges Studium im Land, der Teil, der zu Peru gehört. Von den anderen Gebieten weiß ich das, was ich in Peru auf Grund der mir dort zur Verfügung stehenden Mittel und auf kurzen Reisen in Ekuador und Bolivien habe erfahren können. Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß die Verhältnisse in



dem nicht peruanischen Teil sich nicht so sehr von denen in Peru unterscheiden, als daß man nicht gemeinsame Folgerungen ziehen könnte. Ich will mich im Nachfolgenden auf genauere Angaben über den peruanischen Teil beschränken; es wäre erwünscht, wenn auch über die zu den anderen Staaten gehörenden Teile des Osthangs der Anden gelegentlich eingehendere Darstellungen gegeben würden.

In Nordperu ziehen sich die Anden mehr in die Breite auseinander und fallen nach Osten sanfter ab. Die Breite des Gebietes beträgt hier etwa 400 km. Es besteht zur Zeit noch keine Straße. Der Haupt-Saumweg verbindet die Städte Cajamarca (bis wohin von der Küste teils Bahn, teils Straße geht), Chachapoyas und Moyobamba mit Yurimaguas, von wo aus auf dem schiffbaren Huallaga die Verbindung mit dem Amazonas besteht. Dieser Teil ist mit einzelnen, auch größeren Ortschaften besiedelt, die sich jedoch eben aus Mangel an Verkehrsverbindungen bisher wenig entwickelt haben und ein ziemlich kümmerliches Eigenleben fristen. Das Land ist, von den höchsten und tiefsten Lagen abgesehen, klimatisch gesund. Es bietet Möglichkeiten vor allem für eine weit intensivere Land- und Viehwirtschaft in bäuerlichem Betrieb. Es könnte sehr viele Menschen ernähren. Erzvorkommen gibt es hier wie überall in Peru, der Transport auf diesen langen Strecken erforderte eine Bahn, die schon vielfach projektiert worden ist. Petroleum ist gleichfalls vorhanden, die Rohrleitungen würden wohl ihre Richtung nach dem Amazonas zu nehmen, von wo aus das Öl leicht weiter transportiert werden kann, es würde auch einen sehr wichtigen Faktor für die Entwicklung des Amazonasgebietes selber bilden.

In den letzten Jahren ist eine Flugzeugverbindung mit Zwischenlandungen in diesem Gebiet von der Küste nach Iquitos am Amazonas entstanden. Die Flugzeuge befördern auch Fracht, darunter schwere Einrichtungen für Bergwerke und ähnliches. Auch der Transport gewöhnlicher Verbrauchsgüter mit dem Flugzeug gestaltet sich, wie hier festgestellt wurde, rentabel, da die rasche Beförderung im Gegensatz zu dem viele Wochen beanspruchenden und durchaus nicht billigen Maultiertransport das Geld des Kaufmanns viel kürzere Zeit festlegt. Auch Zuchtkälber wurden in diesen Gegenden zu den von der Regierung festgesetzten Frachten mit dem Flugzeug befördert. Die hier mit dem Flugzeug gemachten Erfahrungen sind bezeichnend für die Aufgabe, die dem Flugzeug am Osthang der Anden überhaupt zukommt. Wo Straßen bestehen, wird seine Bedeutung in dem raschen Transport von Personen und besonders eiligen einzelnen Waren liegen. Solange es an Straßen fehlt — und es wird sicherlich noch lange einzelne Gegenden geben, wohin die Straße wegen besonderer Schwierigkeit des Geländes nur langsam vordringt —, wird das Flugzeug auch als allgemeines Transportmittel von Gütern und Personen eine große Rolle spielen. Sein Betrieb darf allerdings nicht lediglich als kaufmännisches Gewinnunternehmen vor sich gehen. Das Flugzeug wird ferner überall eine besonders wichtige Bedeutung haben für die Reise von Personen, die im öffentlichen Interesse tätig sind, für die administrative und kulturelle Erschließung und nicht zuletzt für die rasche Beförderung von Polizei und Truppen für die Aufrechterhaltung der Sicherheit.

Im mittleren Peru besteht ein steiler Abfall von dem auf 4000 m und mehr Höhe gelegenen Hochland bis auf unter 1000 m. Dann senkt sich das Gelände, von einzelnen höheren Teilen durchsetzt, allmählich weiter. Diese höheren Teile sind teils steilere Gebirge, teils weit ausgedehnte Flächen, die günstiges, nicht mehr eigentlich tropisches Klima bieten und zum Teil eine beträchtliche Ausdehnung haben. Das Gebiet enthält, neben den auch hier vorkommenden Erzen, reichste Holzbestände und in außerordentlich großem, für europäische Verhältnisse unvorstellbarem Umfang Wasserkraft (Höhenunterschied 3000 m und mehr und enge, leicht staubare Täler). Am schiffbaren Ucayali sind bereits Petroleumvorkommen in Erschließung, für die dasselbe gilt, wie für die des nordperuanischen Teils.

Es führen bereits in mehrere Täler Straßen hinab, die ihrerseits mit zwei modernen, von der Küste heraufkommenden Straßen sowie mit der Zentralbahn zusammenhängen, welche die Küste mit dem Hochland verbindet und auf diesem nach Nord und Süd abzweigt. Die bedeutendste Straßenverbindung ist diejenige, die von der Bergwerksstadt Cerro de Pasco im Hochland, dem Endpunkt sowohl der einen von der Küste heraufführenden Straße wie auch der Nordstrecke der Bahn über die alte Stadt Huanuco nach dem Huallaga hinabführt. An ihr werden auch bereits vom Staat Siedlungen organisiert. Letzterer Strom wird, da er sich nach Norden wendet und überdies schwierige Schnellen aufweist, von der Straße verlassen, sie ist in Fortführung begriffen direkt ostwärts nach dem Großschiffahrtsweg des Ucayali, der weiter unten mit dem Marañon den Amazonas bildet. Diese Straße wird deshalb in erster Linie vorangetrieben, weil durch sie endlich die bisher fehlende rechte administrative und militärische Verbindung mit dem peruanischen Teil des Amazonasgebietes und seiner Hauptstadt Iquitos hergestellt werden soll. Die zweite Straße führt weiter südlich, im Anschluß an die Bahn und die mit ihr im gleichen Tal hinaufführende Straße, die direkt von Lima kommen, über die Anden hinweg in das besonders als Kaffeegebiet bekannte Tal von Chanchamayo. Von hier aus geht eine Flugzeuglinie nach Iquitos.

Zwei kürzere Straßen führen aus der Gegend des Endpunkts Huancayo der südlichen Abzweigung der Hochlandsbahn hinab; die eine ist vom Staat ausgesprochen zu dem von ihm dort betriebenen Siedlungszwecken angelegt, die andere war vor Jahren von einer landwirtschaftlichen Großunternehmung gebaut worden.

Dieses mittlere Gebiet des peruanischen Osthangs der Anden hat in der Umgebung der schon aus der Spanierzeit stammenden Stadt Huanuco und im Chanchamayo-Tal, das die kleineren Ortschaften San Ramón und La Merced enthält, bereits mittlere Farmbetriebe, ferner bestehen einzelne kleinere bäuerliche Siedlungen, darunter die von Deutschen gegründeten in Pozuzo, Oxapampa und Villarica. Die Menschenzahl im allgemeinen ist aber sehr gering.

Der südliche Teil des peruanischen Osthangs der Anden hat seine Zugänge aus der Gegend von Cuzco und des Titicacasees, bis wohin die Bahn von Mollendo an der Küste über Arequipa nach La Paz mit ihrer Abzweigung nach Cuzco hinaufführt, und ferner eine bereits fertiggestellte moderne Straße von Arequipa nach dem Titicacasee und eine im peruanischen Straßenbauplan vorgesehene, noch zu bauende Straße von Lima nach Cuzco. Von Cuzco aus führt eine Kleinbahn ein Stück den Osthang abwärts. Auch hier ist der Abfall steil, er geht zu den Strömen Madre de Dios und Rio Beni, die in den Madeira münden, die Erhebungen erstrecken sich noch weit hinaus in die Tiefebene. Dieser südliche Teil enthält nur ganz wenige Siedlungen von Weißen, es handelt sich in der Hauptsache um einige Minen und um Goldwäscher.

Wenn man an dem peruanischen Osthang der Anden auf einer der zwei erwähnten großen Straßen hinabfährt, so kommt man in rascher Folge durch alle Klima- und Vegetationsgebiete. Es gibt wohl keine Nutzpflanze und kein Haustier der Erde, die nicht in der einen oder der anderen Höhenlage gedeihen. Man kommt von der extensiven Weidewirtschaft des kalten Hochlandes in Weizenfelder, Wiesen mit Vieh, zu dem Obstbau der gemäßigten Zone, in das Gebiet der subtropischen Früchte, zu Kaffee, Baumwolle, Zucker und den sonstigen tropischen Erzeugnissen. Wo keine Straße geht ist das ganze Gebiet noch so gut wie menschenleer, so gut wie unerschlossen. Was will es besagen, wenn auf eine Entfernung von 1500 km zwei größere, zwei kleinere Straßen und eine kurze Schmalspurbahn hinabführen! Es handelt sich allein für Peru um ein Gebiet von etwa 250 000 qkm, also fast so groß wie Italien. Ganz Peru hat etwa 1,8 Mill. qkm, wovon ein sehr großer Prozentsatz Wüste an der Küste, Hochgebirge und tropischer Urwald im Amazonas-

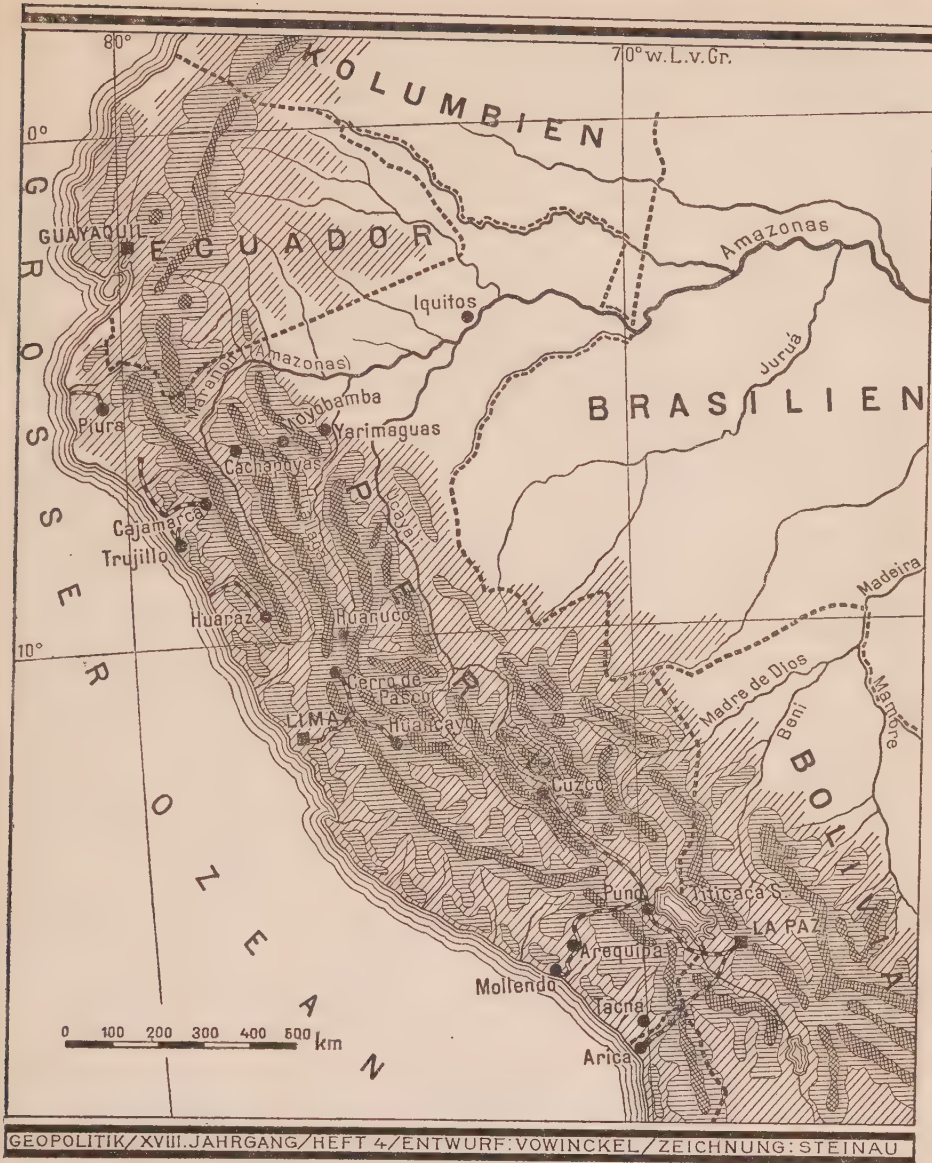
becken sind. Es ist sicher nicht übertrieben anzunehmen, daß bei völliger Erschließung allein auf dem peruanischen Osthang der Anden 20 Mill. Menschen wohnen könnten. Die jetzige, zum großen Teil aus den Indios des Hochlands bestehende Gesamtbevölkerung Perus beträgt etwa 6—7 Mill.

Was sachlich zu einer weiteren Erschließung des Osthangs der Anden geschehen müßte, ist den an dieser Frage interessierenden Kreisen drüben klar. Es kommt nicht in Betracht, daß etwa erst die Einwanderer kommen sollten, die sich selbst als Pioniere den Weg bahnen, so wie das in vergangenen Zeiten in Nord- und auch in Südamerika der Fall war. Die Auffassung hat sich wohl jetzt allgemein durchgesetzt, daß zunächst die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit die Menschen in dem Neuland leben und arbeiten können. Dazu ist das Wichtigste der vom Staat betriebene Bau weiterer großer Zufahrtsstraßen vom Hochland hinab. Es ist, wie die Erfahrung gezeigt hat, technisch und wirtschaftlich möglich, auf ihnen auch über die Anden hinweg zur Küste so ziemlich alles zu befördern. Bahnen sind höchstens für Erze erforderlich, der Bergwerksbetrieb steht aber überhaupt nicht im Vordergrund bei der Erschließung dieses Raumes; was für ihn nötig ist, sollte der Privatinitiative überlassen bleiben. Was Holz betrifft, so kann dieses infolge der reichlich vorhandenen Wasserkraft an Ort und Stelle weitgehend verarbeitet oder zumindest auf Dimensionen gebracht werden, die man mit Lastwagen befördern kann, für ganze Stämme steht überdies Holz genug in der Nähe der floßbaren Ströme. Die modernen Verwertungsmöglichkeiten der Holzfaser und Masse wie auch des Holzgases eröffnen dem Gebiet besondere Aussichten.

Neben den großen Zufahrtsstraßen muß ein Netz von Zubringerstraßen stehen, sowohl auf kurze wie auch auf lange Strecken. Nur soweit es sich dabei um Anschluß von Großbetrieben handelt, kann der Bau Sache von Privaten sein, im übrigen ist auch das eine Aufgabe der öffentlichen Hand. Gerade dieses System der Zubringerstraßen bis zu den kleinsten hinab ist eine der wichtigsten und entscheidenden Voraussetzungen für die Besiedlung, zumal in einem solchen bergigen Gebiet. An dem Autotransport der Straße hängt die Absatzfähigkeit der Produkte.

Danach kommt die Frage der sanitären Vorsorge und Fürsorge. Man kann auch auf Höhen von 4000 m und mehr leben, das beweisen die Städte und Dörfer auf dem Hochland und die Minenbetriebe, die zum Teil noch viel weiter oben liegen. Daß Weiße auch in den schlimmsten Tropen bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen gesund leben können, zeigt u. a. das Beispiel des Panama-Kanals. Entscheidend für den Osthang der Anden sind aber die Höhenlagen von 3500 bis 1500 m, die ein durchaus gesundes Klima haben; es genügte vollauf, wenn sie ganz erschlossen werden. Im übrigen aber können auch die höher oben und weiter unten Arbeitenden sich jederzeit leicht auf der in unmittelbarer Nähe gelegenen Mittelstufe erholen, die sich ja mit den Talgründen in das obere und mit den Kämmen und Hochflächen in das untere Gebiet vielfach hineinzieht. Die Verarbeitung der in weniger gesundem Gelände gewonnenen Erzeugnisse kann überdies von vornherein auf die Mittelstufe gelegt werden. Solche Möglichkeiten fehlen in den meisten anderen extremen Gebieten.

Daß eine gründliche sanitäre Vorbereitung und Betreuung nach dem modernsten Stand der Wissenschaft für die erfolgreiche Erschließung von Neuland, auch des besten Klimas, unbedingte Voraussetzung ist, hat man genugsam erfahren. Sanitätswidrige Lebensgewohnheiten dürfen von vornherein nicht geduldet werden. Was zu tun ist, wissen die Ärzte drüben, worauf



Peru in seinem geographischen Aufbau

Die Zeichnung zeigt, ebenso wie die auf Seite 207, deutlich die Vorliebe romanischer Völker für Flußgrenzen

es in erster Linie ankommt, ist die Schaffung eines vom Staat in jeder Beziehung gutgestellten und mit weitgehenden Zwangsvollmachten ausgestatteten Ärztestabes, der seinen Vorteil und seine Zukunft darin sieht, in dem Gebiet zu arbeiten, sowie die öffentliche Gestellung der besten Heilmittel usw.

Daneben gibt es mancherlei andere wichtige Aufgaben auf sozialem Gebiet, die Schaffung eines in gleicher Weise zu bevorzugenden Lehrerstandes, besonders von Fachlehrern, der Bau von Wohnungen, die als Vorbild dienen und anderes mehr.

Was die wirtschaftliche Seite anlangt, so ist das Gebiet so reich und so fruchtbar, daß die Erzeugung selber kein Problem bildet. Um so mehr hängt alles an der Frage des Absatzes. An den Anfangsschwierigkeiten des Absatzes gehen die meisten Siedlungen zugrunde. Es muß Aufgabe der öffentlichen Hand sein, zu bestimmen, was produziert werden soll und wie den Erzeugnissen Absatz verschafft werden kann. Die Produktion wird zu einem Teil von der Bevölkerung des Gebiets selber in Anspruch genommen werden, um so stärker, je mehr Kleinbetrieb vorherrscht, und diese Bevölkerung sich durch Zuzug von Handwerkern und sonstigen Verarbeitern vermehrt. In zweiter Linie steht der Absatz im Hochland, an der Küste und auch nach dem Amazonasgebiet zu. Gerade das landwirtschaftlich arme Hochland mit seinen Minenbetrieben kann ein guter Abnehmer sein, dorthin hat auch das Grubenholz seinen natürlichen Weg. Der durch die Wasserkraft gewonnene Strom kann gleichfalls nach Hochland und Küste gehen. Erst an letzter Stelle steht der Export auf den Weltmarkt.

Es muß von vornherein eine Umkehr von der bisherigen Auffassung stattfinden, daß der Siedler primitive Produkte zu erzeugen habe. An allem, was nicht in der Nähe verbraucht wird, muß vielmehr das Hochwertigste hergestellt werden, damit sich die immerhin erheblichen Transportkosten lohnen. Dazu sind die notwendigen Voraussetzungen gegeben, nicht nur in der großen Fruchtbarkeit des Bodens, sondern auch in der vorhandenen überreichen Wasserkraft. Der Raum ist z. B. auch ein Gebiet der Herstellung erstklassiger pflanzlicher und tierischer Konserven. Aufgaben der öffentlichen Hand sind ferner die Ausbildung und Fortbildung der Erzeuger, die Vervollkommnung der Zucht und der Saat, die Schädlingsbekämpfung, die veterinäre Betreuung usw. Der Transport der Güter und Personen innerhalb des Gebiets und im Verkehr mit außerhalb muß öffentlich kontrolliert und es muß für gleichbleibende Frachten gesorgt werden. Ebenso muß der Zwischenhandel vom Aufkäufer bis zum Absatz im einzelnen in seinen Preisspannen beaufsichtigt werden, und zwar sowohl für die Produkte, die das Gebiet erzeugt, wie für diejenigen, in die sie eingeführt werden. Für die Anfangszeit mag es hier und da erforderlich sein, den Absatz selbst seitens der öffentlichen Hand zu betreiben. Allgemein ist aber auf dem Gebiet der Erzeugung und Verteilung die Freiheit und die Förderung der Privatinitiative auch hier wohl das richtige System.

Ein Teil der Aufgaben obiger Art ist in den betreffenden Staaten an sich durchaus nichts Neues, über andere besteht sachlich kein Zweifel. Andere Aufgaben wieder, besonders die Absatzregelung, sind zur Zeit noch neuartig. Allgemein neuartig ist die Größe der Planung, die zur Durchführung einer solchen Aufgabe gehört; auf die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, komme ich noch zurück.

Wie steht es indes nun mit der finanziellen Seite der Frage? Auch hier hat man sich bereits auf dem Gebiet des Straßenbaues daran gewöhnt, große Programme nicht nur nach der technischen, sondern eben auch nach der finanziellen Seite hin aufzustellen. Die Erschließung des Osthangs der Anden würde nun noch in sehr viel größerem Umfang Planung, vor allem auch in finanzieller Hinsicht, erfordern. Die Hauptausgabe, der Straßenbau, kann z. T. durch Besteuerung des im Land sehr billigen Brennstoffes gedeckt werden. Je mehr das Gebiet erschlossen wird, je reichlicher fließen auch die Steuerquellen, es sei u. a. auf den elektrischen Strom verwiesen.

Vor allem aber liegt es in der Hand eines jeden Staates, in welchem Tempo er die Erschließung durchführen will. Ein langsames Vorgehen ist nicht nur möglich, sondern auch zweckmäßig, weil man bei der Durchführung selbst noch viel Erfahrungen machen wird. Voraussetzung allerdings ist, daß man sich nicht zersplittet, indem man überall zugleich anfängt und infolgedessen an jeder Stelle alles nur halb tut. Man kann die finanzielle Seite sehr wohl dadurch erträglicher gestalten und doch guten Erfolg haben, daß man ein Gebiet nach dem andern, und sei es auch noch so klein, vornimmt, und hier gründliche und nachdrückliche

Arbeit leistet. Das ist auch schon wegen der Frage der Zufuhr von Menschen nötig, von der noch gesprochen werden muß. Zum anderen aber ist die vorzunehmende Verlagerung des vorhandenen Reichtums aus der privaten in die öffentliche Hand ein Prozeß, der auch in den hier in Frage kommenden Staaten begonnen hat und sie allmählich wohl immer mehr in die Lage versetzen wird, Staatsaufgaben, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, zu erfüllen. Eine produktivere Ausgabe als die für die Erschließung solcher Gebiete läßt sich kaum denken.

Als letzte Frage bleibt die, woher die Menschen kommen sollen, um den Osthang der Anden zu besiedeln. Der Indio des Hochlandes geht ungern in die Tiefe hinunter, wo Bäume stehen, fühlt er sich nicht mehr zu Hause. Bis zu einem gewissen Grad wird er aber sicher von oben her angesetzt werden können. Die wilden Stämme des Tieflandes sind zahlenmäßig gering, sie sind zur Arbeit wenig geeignet und können wohl kaum eine erhebliche Rolle für die Besiedlung spielen. Einwanderer von außerhalb Südamerikas her nach dem Osthang der Anden zu lenken, ist verschiedentlich unternommen worden. Die Erfolge waren schlecht, auch deutsche Volkskraft hat dabei mehrfach bitteren Tribut gezahlt. Es ging bei diesen Versuchen stets nach dem System der Agenten und Landkonzessionäre. Es genügt, auf die Geschichte der deutschen Kolonie in Pozuzo hinzuweisen. Vor hundert Jahren war es schon, als Rheinländer und Tiroler in recht beträchtlicher Zahl hinübergebracht wurden. Sie sahen sich bald ihrem Schicksal überlassen, nur ein geringer Teil erreichte überhaupt den Osthang der Anden. Irgendwo, mitten im gebirgigen Urwald, blieben sie, so gut wie völlig von der Außenwelt abgeschnitten und vergessen. Zu leben hatten sie mehr als genug, doch keine Möglichkeit des Absatzes. So vegetierten sie hin. Junge Leute suchten dann, als es ihrer an der bisherigen Stelle zu viele wurden, anderswo bequeme Stellen zum Roden und gründeten die Siedlungen Oxapampa und Villarica. Diese Orte erreichen jetzt wohl in absehbarer Zeit durch Verkehrswege aus dem Chanchamayotal her den Anschluß, nachdem auch sie sehr lange Zeit hinvegetiert haben. Ich glaube nicht, daß von ihrem Deutschtum viel übrig bleiben wird, denn sobald die Orte an den Verkehr angeschlossen sind, werden andere als Deutsche dorthin kommen und die Mehrzahl bilden. Für die Zukunft ist ja wohl klar, daß eine Auswanderung von Deutschen nach dem Osthang der Anden überhaupt nicht in Frage kommt, wir können unsere Volkskraft auf den Gebieten, die zum großdeutschen Raum gehören, und in unseren Kolonien besser brauchen. An einzelnen Stellen haben sich Japaner bäuerlich angesiedelt, an andere hat man arbeitslose einheimische Kräfte von der Küste hingebracht. Die wenigen größeren Farmen werden von Einheimischen, Italienern und Deutschen betrieben.

Das Problem der Bevölkerung des Osthangs der Anden ist meines Erachtens überhaupt nicht als eine Sonderaktion zu behandeln, es bildet vielmehr einen Teil des Gesamtproblems der stärkeren Besiedlung Südamerikas bzw. der hier in Frage kommenden Staaten überhaupt und wird sich innerhalb dieses Problems gewissermaßen automatisch lösen. Die Menschen, die in Südamerika sind und die nach Südamerika kommen, werden von selbst nach dem Osthang der Anden gehn, wenn sie dort günstige Lebensbedingungen finden. Schon jetzt zeigt sich das daran, wie die Menschen dem Straßenbau folgen. Wo eine Straße fertig ist, entstehen Tankstellen und Garagen, Herbergsbetriebe, es kommen Händler, es beginnt die Schürftätigkeit in der Umgebung, schon bekannte Vorkommen werden neu untersucht und in Angriff genommen. Sobald sich nur irgendeine Möglichkeit des Absatzes zeigt, sind auch

die Leute da, welche die betreffenden Erzeugnisse anbauen, Klein- und Großvieh halten, Holz verarbeiten usw.

Wie liegt nun das Gesamtproblem einer Vermehrung der Bevölkerung überhaupt in den Staaten, zu denen der Osthang der Anden gehört? Die Frage der Indios und der Mischlinge spielt hier eine besondere Rolle. Sie ist viel umstritten, und es ist hier nicht möglich, ausführlicher auf sie einzugehen. Ich möchte nur kurz zusammenfassend folgendes sagen. Der so ziemlich reinblütig gebliebene Indio des Hochlandes kann dort, wo ihm das Klima zusagt, ein guter Bauer und auch ein williger Fabrik- und Tiefbauarbeiter sein, wenn er in jeder Beziehung Indio bleibt und ein durchaus eigenartiges Volk für sich bildet. Einzelne Indios werden innerhalb und außerhalb ihrer Heimat als Ärzte, Techniker usw. Tüchtiges leisten. Im allgemeinen gesehen, wird es sich wohl darum handeln, den Indio des Hochlandes gewissermaßen einzukapseln. Die alten einheimischen Stämme der Küste, schon von Natur, wie die Reste ihrer Kunst zeigen, geistig lebhafter als der Indio des Hochlandes, haben sich seit Jahrhunderten stark mit den Weißen vermengt, und es hat sich, besonders in den Städten, ein Mischlingstyp herausgebildet, der geistig rege ist und sich der Art seiner Lebensform nach dem Weißen immer mehr nähert. Wenn er im Elend lebt, fällt er mehr in den Indio zurück, geht es ihm gut, so hat er das Gehaben des Weißen. Diese Mischlinge bilden einen erheblichen Teil der Gesamtbevölkerung und werden also auch bei ihrer weiteren Zunahme eine entsprechende Rolle spielen. Vielleicht wird die Entwicklung dahin gehn, daß ein kleinerer Teil wieder mehr zum Indio wird, der größere aber, bei zunehmender Besserung der Lebensverhältnisse, infolge fortschreitender Kreuzung mit dem Blut des Weißen immer stärker zum Weißen wird, also eine allmähliche Rückzüchtung zu dem einen der Bestandteile eintritt. Fest steht jedenfalls, daß die große Zahl der Mischlinge, vor allem auch der Einschlag von Negern und Chinesen — der Japaner vermengt sich nicht mit anderen —, eine Hypothek bleibt, die auf den hier in Frage kommenden Teilen des Kontinents lastet.

Das tragende Element haben bisher die Weißen gebildet, wobei die lateinische Rasse, vor allem die der Spanier, im Vordergrund steht. An ihnen, und eben vor allem an der lateinischen Rasse, hängt auch, was in Zukunft werden wird. Wird es möglich sein, die weiße Bevölkerung so zu vermehren, daß sie den Riesenraum auch im Lauf seiner weiteren Entwicklung ausfüllt und meistert? Ich glaube, man braucht hier nicht allzu skeptisch zu sein. Dem Raum Südamerikas, der schon jetzt so viele günstige Möglichkeiten bietet und der, wie das Beispiel des Osthangs der Anden zeigt, noch sehr viel neue bieten kann, stehen auf der Erde Räume des Überdrucks entgegen, aus denen die Menschen automatisch dahin abströmen, wo Unterdruck ist. Südamerika muß in steigendem Maß eine Saugwirkung ausüben, die vor allem auch Angehörige der weißen Rasse an sich zieht. Die Deutschen werden, wie gesagt, nicht dazu gehören, es sei denn zu vorübergehendem Aufenthalt als Kaufleute usw., gerade das macht es uns möglich, dieses Problem mit voller Objektivität und gewissermaßen akademisch zu betrachten.

Hinzu kommt aber vor allem noch etwas anderes. Bei günstigen wirtschaftlichen, sanitären und sozialen Lebensbedingungen ist mit einer stärkeren Vermehrung der Bevölkerung an sich zu rechnen. Gerade der bäuerliche Betrieb hat mit Kinderreichtum auch Reichtum an Arbeitskraft. Stellt man sich bezüglich unseres Falles

des Osthangs der Anden vor, daß dort im Laufe einer Generation aus einer Familie zwei werden, so läßt sich leicht ausrechnen, daß sich die Bevölkerung allein dadurch in fünfzig Jahren mehr als vervierfacht haben wird. Um längere Zeiträume handelt es sich bei dieser Frage ja sowieso.

Also auch das Problem der Menschen bietet für den Raum des Osthangs der Anden keine solche Schwierigkeiten, daß eine moderne Erschließung dadurch verhindert würde.

Was böte der Raum nun, wenn er erschlossen wäre? Eine Menge von Rohstoffen jeder Art, Metalle, Petroleum, Holz und landwirtschaftliche Produkte an Tieren und Pflanzen der kalten gemäßigten und heißen Zone. Der entscheidende Wert läge in der Vielfältigkeit dieser Erzeugnisse, der Raum zwingt zur Polikultur, deren Fehlen bisher der Fluch Südamerikas war. Der bergige Charakter des Geländes führt ferner von selbst zum Klein- und Mittelbetrieb. Der Reichtum an Wasserkraft macht die Verarbeitung an Ort und Stelle mit modernsten Mitteln möglich. Wenn ein Gebiet des Osthangs der Anden richtig erschlossen und entsprechend bevölkert ist, ist es krisenfest.

Hinzuweisen bleibt noch darauf, daß die Erschließung dieses Raums vielfach zu einer Zusammenarbeit der beteiligten Staaten führen kann und die schon vorhandenen Ansätze solcher Art verstärken würde. Die noch offenen Grenzfragen betreffen mehr das tropische Tiefland, immerhin dürfte die näher rückende Erschließung des Osthangs die Lösung dieser Fragen beschleunigen, wobei allerdings nicht nur mit einer friedlichen, sondern auch mit Versuchen zu gewaltsamer Erledigung gerechnet werden müßte. Fänden sich die in Betracht kommenden Staaten früher oder später enger zusammen, so könnte der ganze Nordwesten und mittlere Westen zu einem beträchtlichen Machtfaktor auf dem südamerikanischen Kontinent werden, der am Osthang der Anden ein starkes und widerstandsfähiges Rückgrat hätte.

Gesprochen wurde bisher nur von den sachlichen Voraussetzungen, die für eine Erschließung des Osthangs der Anden notwendig sind. Damit ist es jedoch noch keineswegs getan, hinzukommenn müssen noch die psychologischen Voraussetzungen. Größte Begabung, Schwung und auch Zähigkeit in der individuellen Leistung sind drüben vorhanden. Die Aufgabe kann indes nur gelöst werden, wenn alles Notwendige in straffster Zusammenfassung geschieht. Man wird sich der Methoden des neuen Europa auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, soweit man deren Erfolge sieht, wohl in steigendem Maß bedienen, manche Begriffe, die uns geläufig sind und die drüben bisher fremd waren, werden nach einiger Zeit wohl auch drüben zu Selbstverständlichkeiten werden. Es ist aber außerdem erforderlich, ein Durchbruch vollständigen Gemeinschaftsgeistes. Die Widerstände, die sich hiergegen aus dem privatkapitalistischen Interesse her, aus bisherigen Gewohnheiten usw. erheben, sind groß, und es läßt sich in keiner Weise übersehen, wie die weitere Entwicklung sein wird. So entschieden bejahend man m. E. bezüglich der sachlichen Seite des Problems sein darf, so unentschieden scheint es, ob und wann die für die Durchführung einer solchen Aufgabe notwendigen psychologischen Voraussetzungen erfüllt sein könnten. Denken ließe sich, daß in den betreffenden Ländern die dort entstehenden Kräfte des Gemeinschaftsgeistes sich gerade zuerst in einzelnen Teilen des hier in Frage kommenden Raums einsetzen, wo nichts Altes vorhanden ist, das Widerstand leistet, wo nichts umzuändern, sondern eben nur neu aufzubauen ist, und daß der Geist und die Kraft der Erneuerung sich dann von der dort erfolgten Bewährung aus verbreiten. Selbständigkeitstendenzen im Neuland können wohl kaum irgendwelchen Erfolg haben, da das Neuland auf seine Umwelt unbedingt angewiesen ist.

H. BARTEN

Die territorialen Probleme Bulgariens

I.

In dem großen Ringen zwischen den beiden Achsenmächten und den westlichen Demokratien ist der Friede auf dem Balkan¹⁾ erhalten geblieben. Wohl wurde die Aufmerksamkeit der europäischen Völker anlässlich der Regelung der Dobrudschafrage auf den Balkan gelenkt. Wohl spielt sich der Konflikt zwischen Italien und Griechenland auf dem Boden der Balkanhalbinsel ab. Aber gerade die Tatsache, daß auf dem Balkan in seiner Gesamtheit der Frieden erhalten werden konnte, ist das Wesentliche und Bemerkenswerte. Dies darf nicht zu der Vermutung führen, daß auf dem Balkan seit den Friedensdiktaten alles in bester Ordnung sei und daß das Abkommen zwischen Bulgarien und Rumänien die letzte offene Frage bereinigt habe. Im Zentrum dieser Fragen steht zweifellos Bulgarien, das im 2. Balkankrieg im Jahre 1913 heißerstrebt Landschaften an alle Nachbarn verlor und das im Friedensdiktat von Neuilly darüber hinaus schwerste Verluste erfuhr. Für den Frieden und die Stabilität der Verhältnisse auf dem Balkan und damit für die Neuordnung der gesamten europäischen Verhältnisse ist natürlich die Haltung Bulgariens zu seinen Nachbarn von großer Bedeutung. Ohne endgültige Klärung der territorialen Verhältnisse ist auf dem Balkan kein dauernder Friede möglich. Nachdem alle Nachbarn Bulgariens in dem Friedensdiktat von Neuilly ihre weitesten Wünsche erfüllt sahen, hängt es von Bulgarien ab, wie weit es diese Ordnung von Neuilly als endgültig anerkennt, nachdem die Dobrudschafrage bereinigt worden ist. Deshalb dürfte es nicht wertlos sein, die Lage auf dem Balkan kurz zu beleuchten, so wie sie sich von Bulgarien aus darbietet.

Um sie zu verstehen, muß an einige Tatsachen erinnert werden, die dem deutschen Leser kaum mehr geläufig sein dürften.

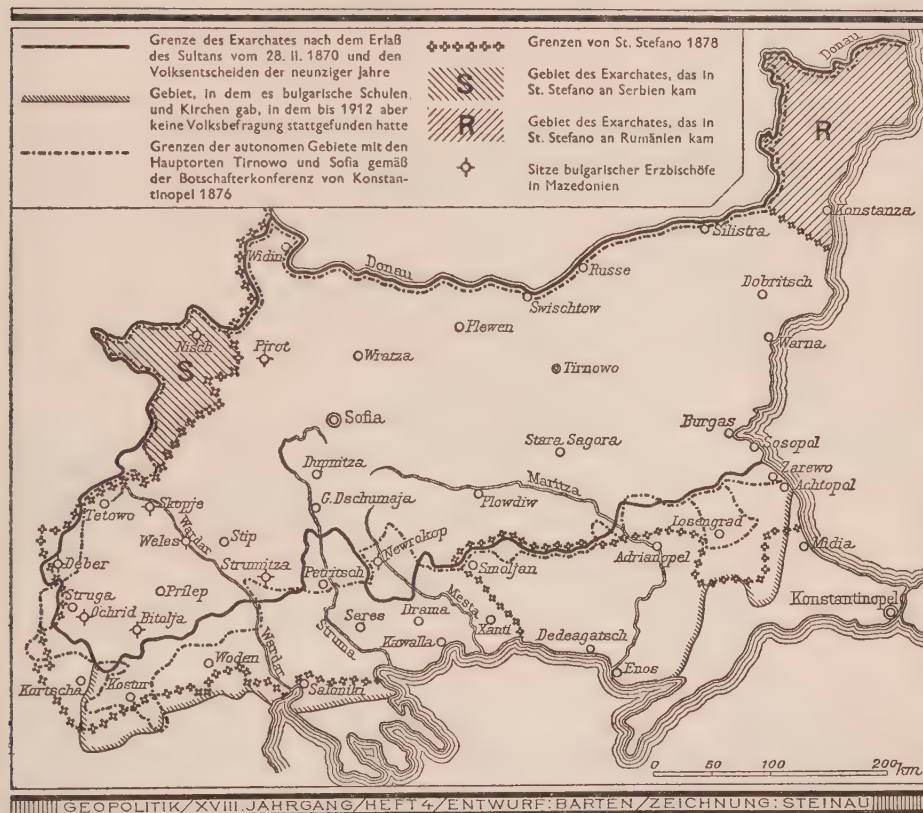
Fast 500 Jahre hatten die Türken den Balkan beherrscht. Als sich auf dem Boden der europäischen Türkei im vorigen Jahrhundert die heutigen Staaten zu bilden begannen, war eine befriedigende Aufteilung des Landes unter die Balkanvölker kaum möglich; denn die neuen Staaten bildeten sich allmählich, so daß sich ihre Territorien nur schrittweise, oft zufällig ausbildeten; dabei waren die früher frei gewordenen Völker im Vorteil. An historische Grenzen konnte nach einer fünfhundertjährigen Türkenherrschaft kaum angeknüpft werden. Völkisch hatten die Türken viele Landstriche durch eine starke türkische Bauernsiedlung mit türkischem Volkstum durchsetzt oder sogar diesem türkischen Volkstum zahlenmäßig die erste Stelle verschafft.

Für das bulgarische Volk ist aber zu Beginn der Befreiung von den Türken ein Gebiet abgegrenzt worden, dessen Bild jeder Bulgare als Ideal des bulgarischen Staatsraumes in sich trägt. Es ist das im Frieden von St. Stefano im Jahre 1879 geschaffene Bulgarien, das kurz darauf der Berliner Kongreß wieder zerstörte. Die

1) Der Beitrag wurde vor dem Putsch der serbischen Generäle und den daraus folgenden Ereignissen abgeschlossen. Die Schriftleitung.

Grenzen dieser „St. Stefanska Bulgaria“¹⁾ sind jedem Bulgaren genau so vertraut wie die Grenzen des heutigen Staatsraumes. An die Stelle alter Grenzen aus dem Mittelalter ist also in neuerer Zeit ein klares Ziel gesetzt worden.

Diese „St. Stefanska Bulgaria“ deckt sich weitgehend mit dem Raum der zwei autonomen Bezirke, die die Botschafterkonferenz in Konstantinopel im Dezember und Januar 1876/77 innerhalb des türkischen Staates schaffen wollte. Diese autonomen Gebiete sollten auf 5 Jahre zu ernennende christliche Gouverneure und eigene Volksvertretungen bekommen. Die Sitze der Gouverneure sollten Tirnowa und Sofia werden.



Karte 1: Grenzen des Exarchats 1870—1912, Grenzen der Botschafterkonferenz von Konstantinopel 1876, Grenzen von St. Stefano 1878

10 Jahre vorher war nach einem langen Kampf der Bulgaren gegen die griechische Kirche die bulgarische Nationalkirche, innerhalb des türkischen Staates, das sogenannte bulgarische Exarchat von der türkischen Regierung geschaffen worden. Die Grenzen dieses Exarchates gingen sogar noch über die Grenzen von St. Stefano hinaus²⁾. Dieses bulgarische Exarchat bestand in fast unveränderter Form bis 1912. Der Sitz des Exarchen war Konstantinopel. Er hatte nach der Gründung des bulgarischen Fürstentums seinen Sitz in Konstantinopel bei-

1) Vgl. dazu: I. Ormandschiew: St. Stefanska Bulgaria w naschata istorija sled 1878 god. Zeitschr. Prosweta III. Sofia 1938.

2) Schon im Frieden von St. Stefano mußte Bulgarien auf Nisch und Leskowatz zugunsten Serbiens verzichten, ebenso auf die nördliche Dobrudscha, die Rumänien als Kompensation gegen das an Rußland abzutretende südliche Bessarabien erhielt.

behalten, um auch weiterhin die außerhalb des bulgarischen Fürstentums gebliebenen Bulgaren zu erfassen.

Die Freude des bulgarischen Volkes über das Werk von St. Stefano war nur von kurzer Dauer. Die Großmächte — insbesondere England und die Donaumonarchie — fürchteten, daß Bulgarien ein Vasallenstaat Rußlands werden würde und wollten kein großes Bulgarien entstehen lassen. Im Berliner Kongreß¹⁾ blieb von den großen Hoffnungen des bulgarischen Volkes das tributpflichtige Fürstentum Bulgarien übrig, das nur Nordbulgarien und die Gegend um Sofia umfaßte. Daneben entstand das autonome Gebiet Ostrumelien innerhalb des türkischen Staatsraumes mit der Hauptstadt Plowdiw (Philippopel).

Der Berliner Kongreß schuf also für den Balkan, insbesondere für Bulgarien, eine Reihe schwerer Probleme, da man sich damals nicht um die Lösung der Probleme der Balkanvölker bemüht hatte, sondern um ein Abwägen der Interessen einiger Großmächte. Die gesamte Außenpolitik Bulgariens war von 1878 bis 1918 von dem Ziel bestimmt, den Staatsraum von St. Stefano zu gewinnen. Hier ist nicht der Ort, um die Entwicklung seit 1878 in allen Einzelheiten aufzuzeigen. Die Skizzen geben am schnellsten einen Einblick in die territoriale Entwicklung. Zu diesen Karten seien nur einige Bemerkungen gemacht, weil das Geschehen auf dem Balkan den meisten Deutschen über den anderen großen Ereignissen in Mitteleuropa der Erinnerung entschwunden sein dürfte.

1. Als 1. Problem wurde die Frage Ostrumeliens gelöst. Durch einen „Anschluß“ wurde Ostrumelien 1885 mit dem Fürstentum Bulgarien vereinigt. Nachträglich wurde mit der Türkei eine Einigung dahingehend erzielt, daß Ostrumelien rechtlich ein autonomes Gebiet innerhalb des türkischen Reiches blieb, daß die Hohe Pforte aber den Fürsten von Bulgarien zum Gouverneur ernannte. Grenzgebiete Ostrumeliens wurden an die Türkei abgetreten. Die endgültige Bereinigung erfolgte 1908, als das Fürstentum Bulgarien und Ostrumelien zum unabhängigen Zarentum Bulgarien erklärt und Fürst Ferdinand zum Zaren der Bulgaren ausgerufen wurde.

Bei dem „Anschluß“ im Jahre 1885 forderte Serbien von Bulgarien Kompensationen für die Vergrößerung. In dem sich daraus ergebenden Bulgarisch-Serbischen Krieg blieb Bulgarien siegreich.

2. Offen blieben die Probleme Mazedonien und Thrazien; diese Landschaften blieben weiterhin im Besitze der Türkei. Im Jahre 1912 hoffte Bulgarien endlich seine nationalen Wünsche verwirklichen zu können. Es schloß mit Serbien ein Bündnis, um die Türkei aus Europa zu verdrängen. Diesem Bündnis schlossen sich Griechenland und Montenegro an.

Vor Beginn des 1. Balkankrieges hatten Bulgarien und Serbien am 29. Februar 1912 ein Abkommen über die Teilung der zu erwartenden Erwerbungen geschlossen, das folgenden Wortlaut hatte: „Alle territorialen Erwerbungen, die man durch das gemeinsame Handeln erwerben wird, sollen an die Verbündeten gemeinsam fallen; die endgültige Regelung wird sofort, spätestens 3 Monate nach Friedensschluß erfolgen, und zwar nach folgenden Grundsätzen: Serbien erkennt Bulgariens Recht auf die Territorien östlich der Rhodopen und der Struma an, und Bulgarien erkennt Serbiens Recht auf die Territorien nördlich und westlich vom Schargebirge an. Was das Land zwischen Schargebirge, Rhodopen, Archipelag und Ochridsee betrifft, soll nach folgenden Richtlinien verfahren werden: falls die beiden Verbündeten sich überzeugen, daß die Schaffung eines autonomen Gebietes wegen der allgemeinen Interessen des serbischen und des bulgarischen Volkstums oder aus anderen inneren oder äußeren Gründen nicht möglich ist, soll folgendermaßen verfahren werden: Serbien übernimmt die Verpflichtung, keinerlei Anspruch auf die Gebiete zu erheben, die jenseits einer Linie liegen, die an der bulgarisch-türkischen Grenze am Berg Golem (nördlich Kriworjetschna

1) Über den Berliner Kongreß vgl. M. Danilow: Bismarck und die Befreiung Bulgariens, in Berliner Monatshefte, 1936, Heft 12.

Palanka) beginnend in allgemein südwestlicher Richtung zum Kloster Göbowtzi verläuft, das am Ochridsee zwischen den Dörfern Lawoitza und Gorentzi liegt. Bulgarien verpflichtet sich, diese Linie als Grenze anzuerkennen, wenn der russische Zar, der in dieser Sache als Schiedsrichter angerufen werden soll, sich für diese Grenze entscheidet. Selbstverständlich verpflichten sich beide Seiten, jede andere Grenze, die der russische Zar in dem oben bezeichneten Gebiet als den Interessen und Rechten beider Seiten entsprechend ziehen wird, anzuerkennen¹⁾.“ Mit Griechenland war kein Vertrag dieser Art abgeschlossen worden.

Damit stehen wir bereits mitten im mazedonischen Problem. Mazedonien hatte gemeinsam mit Bulgarien um die Befreiung gekämpft. In Mazedonien waren wie in Bulgarien Schulen



Karte 2: Bulgarien von San Stefano	175 000 qkm	
Fürstentum Bulgarien 1878	62 140 „	} 97 347 qkm
Ostrumelien 1878	35 207 „	
Bulgarien nach der Vereinigung mit Ostrumelien und dem Abkommen von Konstantinopel 1886	96 345 „	

entstanden. Gemeinsam mit dem übrigen Bulgarien erkämpfte sich Mazedonien die Befreiung von der griechischen Kirche und die Eingliederung ins bulgarische Exarchat²⁾, zu dem es bis

1) Zitiert nach Genow: Neuilly'ski dogovor i Bulgaria. Sofia 1935, S. 61 ff.

2) Bei der Gründung des bulgarischen Exarchates wurden auch die Erzbistümer Nisch, Pirot, Welos in das Exarchat einbezogen. Außerdem sollten die Landschaften dem Exarchat eingegliedert werden, in denen mindestens $\frac{2}{3}$ der orthodoxen Bevölkerung dies wünschte. In den neunziger Jahren wurden folgende mazedonische Bistümer dem Exarchat eingegliedert, in denen sich über $\frac{2}{3}$ der orthodoxen Bevölkerung dafür entschieden hatte: Skopje, Ochrid, Newrokop, Bitolija, Deber und Strumitza. Im Exarchat und über seine Grenzen hinaus wurde ein blühendes bulgarisches Schul- und Vereinswesen aufgebaut.

1913 gehörte. Mit dem Teilungsvertrag hatte Serbien die Rechte Bulgariens auf dieses Land anerkannt. Am 30. Mai 1913 wurde der Vertrag von London abgeschlossen, in dem die Türkei auf alle Gebiete westlich der Linie Enos—Midia zugunsten der Verbündeten verzichtete. Zwei Tage vorher erklärte die serbische Regierung, daß Serbien das Abkommen vom 29. Februar nicht mehr anerkennen könne, weil Serbien durch die unerwartete Gründung Albaniens den erhofften Gebietsgewinn und vor allem den Zugang zum Mittelmeer nicht erhalten habe.

In dem Geheimvertrag zwischen Serbien und Griechenland vom 24. Mai 1913, in dem sich die damaligen Verbündeten Bulgariens gegenseitig die erstrebten Gebiete Mazedoniens gegenüber Bulgarien garantierten, machte Griechenland nicht nur keinerlei Anspruch auf Westthrazien, sondern überließ Bulgarien auch die östlich der Struma gelegenen Bezirke Seres, Kawalla und Drama. Nach Genow. Neuilly'ski dogowor i Bulgaria, S. 50.

Griechenland hatte im 1. Balkankrieg Epirus mit Jannina gewonnen. Es machte Ansprüche auf Saloniki geltend und forderte nach bulgarischen Angaben Anfang des Jahres 1913 die Chalkidike und Saloniki und eine Grenze 16 km nördlich von Saloniki¹⁾. Anstatt sich mit den Griechen zu einigen, um nicht alles aufs Spiel zu setzen, lehnten die Bulgaren diese Forderung ab und erklärten den Besitz Salonikis als eine Frage der nationalen Ehre.

Ohne mit seinen Verbündeten zu verhandeln, versuchte Bulgarien die ihm aus dem Vertrag mit Serbien zustehenden Gebiete militärisch zu besetzen und die serbischen und griechischen Truppen aus Mazedonien zu verdrängen.

Der Ausgang des 2. Balkankrieges war der Verlust fast ganz Mazedoniens an Jugoslawien und Griechenland. Im Weltkrieg versuchte Bulgarien noch einmal das eben Verlorene wiederzugewinnen und verlor über die 1913 verlorenen mazedonischen Gebiete hinaus noch Grenzlandschaften des bulgarisch gewordenen Teiles von Mazedonien und weitere kleinere Gebiete an der jugoslawischen Grenze (Strumitza, Bossilegrad, Zaribrod). Seitdem sind über 20 Jahre vergangen.

Im 1. Balkankrieg stand Bulgarien auch vor der Erfüllung der Wünsche in Thrazien — weit über die Grenzen von St. Stefano hinaus. Die Türken hatten Thrazien westlich der Linie Enos—Midia abgetreten. Als aber Bulgarien in den Krieg um Mazedonien hineinging und alles aufs Spiel setzte, nahmen die Türken die Gelegenheit wahr und besetzten das eben verlorene Gebiet wieder. Im Frieden von Bukarest mußte Bulgarien auf Thrazien östlich der Maritza wieder verzichten. Es behielt nur Westthrazien zwischen Maritza und Mesta als Ausgang zur Ägäis. 1915 trat die Türkei von diesem Gebiet wieder kleine Landstriche an der Maritza an Bulgarien ab. Damit war Bulgarien mit der Türkei zu einem Ausgleich gekommen, der wenig einbrachte. Immerhin wurde damit die gesamte Maritza in das bulgarische Staatsgebiet einbezogen. Dieser Ausgleich war die Voraussetzung für den Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg.

Als Bulgarien in den Weltkrieg trat, war das thrazische Problem dahin geregelt worden, daß nur Westthrazien in bulgarischem Besitz blieb. Dieser Ausgang zur Ägäis war an sich schmal, da die Griechen das westliche Mazedonien bis zur Mesta im Bukarester Frieden bekamen, was sie bei Eintritt in den Balkankrieg selbst nicht erhofft hatten. Im Weltkrieg wurde aber den Bulgaren auch dieser Ausgang zur Ägäis genommen. Bulgarien mußte in Neuilly Westthrazien und die Türkei in Sèvres Ostthrazien und das Gebiet von Adrianopel an die Alliierten abtreten, die dort entweder eine internationale Verwaltung einführen, ähnlich wie in Danzig und im Memelgebiet, oder die Thrazien zu einem Mandatsland machen wollten — wie etwa Syrien. Im Oktober 1919 mußten die Bulgaren Westthrazien räumen, das von französischen Truppen besetzt wurde. Dieser Zustand dauerte aber nur 6 Monate. 1920 wurde auf der Konferenz von St. Remo Thrazien einfach Griechenland gegeben. So reichte der griechische Staatsraum plötzlich bis in die Nähe von Konstantinopel und bis an das Schwarze Meer. Die Griechen träumten von einem ägäischen Reich. Diese griechischen Hoffnungen wurden von den Türken im Griechisch-Türkischen Krieg aber schnell zerschlagen. Die Griechen mußten Ostthrazien und Adrianopel bis zur Maritza wieder räumen. Die Konferenz von Lausanne, die den Griechisch-Türkischen Krieg abschloß, beließ aber Westthrazien bei Griechenland, so daß Bulgarien auch heute noch ohne Ausgang zur Ägäis ist. Westthrazien ist zweifellos die Wunde, die für Bulgarien am empfindlichsten ist; dieses Land hatte man sogar im Bukarester Frieden 1913 bei Bulgarien belassen.

1) Genow: Neuilly'ski dogowor i Bulgaria, S. 63.

Schließlich ist während der Balkankriege noch ein neues Problem geschaffen worden — das Problem der Süddobrudscha. Bereits während des 1. Balkankrieges trat Rumänien mit Kompensationsforderungen gegenüber der zu erwartenden Vergrößerung Bulgariens auf. Es forderte die Süddobrudscha. In einer Botschafterkonferenz in Petersburg wurde Rumänien als Kompensation Silistra mit einem umliegenden Landstreifen zugesprochen. Während des 2. Balkankrieges sah aber Rumänien eine günstige Gelegenheit zur Besetzung der gesamten südlichen Dobrudscha. Während das bulgarische Heer in Mazedonien stand, besetzten die Rumänen, fast ohne Gegenwehr zu finden, ganz Nordbulgarien und näherten sich der Hauptstadt



Karte 3: Königreich Bulgarien 1912 96 345 qkm
 Erhöhter Staatsraum nach dem Abkommen vom 29. II. 1912 mit Serbien¹⁾ 180 000 „

Sofia. Bulgarien wurde dadurch gezwungen, seinen Widerstand aufzugeben. Im Frieden von Bukarest verlor es die südliche Dobrudscha. Im Weltkrieg konnte es die Dobrudscha nicht wiedergewinnen. Im September 1940 ist der Ausgleich mit Rumänien erfolgt, so daß die Dobrudschafrage als gelöst anzusehen ist.

Damit sind die territorialen Probleme, die die Balkankriege und der Weltkrieg um Bulgarien geschaffen haben, in ihrer historischen Entstehung kurz skizziert. Während bis 1912 die Bulgaren als einzigen Gegner die Türkei — ein zerfallendes Reich — gegen sich hatten, ist das Gebiet des Bulgariens von St. Stefano seit 1913 in den Händen aller Nachbarn.

1) Ohne die strittige Zone von Skopje und ohne Saloniki und Silistra.

Es ist hier nicht der Ort, um über Recht oder Unrecht, kluges oder unkluges Verhalten der bulgarischen Regierung während der Balkankriege zu urteilen. Es ist nur notwendig darauf hinzuweisen, daß heute viele Bulgaren die Unnachgiebigkeit der bulgarischen Regierung am Ende des 1. Balkankrieges wohl als den berechtigten bulgarischen Forderungen entsprechend, aber realpolitisch als äußerst unklug ansehen. Statt um der Sicherung eines ganz wesentlichen Teilerfolges¹⁾ willen auf einige Gebiete Verzicht zu leisten, hat Bulgarien alles aufs Spiel gesetzt und alles verloren. Aus dieser Überlegung erklärt sich die heutige Haltung Bulgariens weitgehend.

Seit Beendigung des Weltkrieges sind über 20 Jahre vergangen. In dieser Zeit ist natürlich vieles geschehen. Viele Bulgaren mußten Mazedonien und Thrazien verlassen. Die bulgarischen Schulen wurden in diesen Landschaften geschlossen, und es ist eine Generation groß geworden, die durch keine bulgarischen Schulen mehr gegangen ist. Die Türken in den griechisch gewordenen Landschaften sind durch Griechen aus Anatolien ersetzt worden, so daß sich dort das griechische Element außerordentlich gestärkt hat. Diese Fragen seien hier übergangen. Uns interessiert die Frage: Wie steht Bulgarien heute zu den Problemen, insbesondere in der allerletzten Zeit, in der in Europa eine neue Ordnung im Werden ist.

II.

Alle bulgarischen Regierungen haben seit 1918 immer wieder ihren Friedenswillen betont. Das Land war völlig entwaflnet und auf allen Seiten von starken Gegnern umgeben, deren gemeinsames Ziel jahrelang darin bestanden hatte, Bulgarien nicht stärker werden zu lassen. Dies fand äußerlich in dem Balkanpakt vom 9. Februar 1934 seinen Ausdruck, in dem sich alle Nachbarn Bulgariens zur Erhaltung des status quo auf dem Balkan zusammengeschlossen hatten²⁾.

Der 1. kleine Schritt zur Lockerung dieses erdrückenden Ringes war der ewige Freundschaftspakt mit Jugoslawien vom 24. Januar 1937. Wesentlich weiterreichend war das Abkommen von Saloniki, das im August 1938 abgeschlossen wurde; denn darin wurden zum ersten Male wesentliche Bestimmungen der Friedensdiktate beseitigt. Als das Deutsche Reich sich die Rechte, die ihm die Westmächte nicht zubilligen wollten, Schritt für Schritt selbst nahm, insbesondere das Recht der Wehrfreiheit, verzichteten die Staaten des Balkanbundes Bulgarien gegenüber auf die Entwaflnungsbestimmungen des Diktats von Neuilly. Außerdem wurde das Lausanner Abkommen von 1923 über die Demilitarisierung der thrasischen Grenze außer Kraft gesetzt. Damit gewannen allerdings nicht nur Bulgarien, sondern auch die Türkei und Griechenland das Recht zur Befestigung der thrasischen Grenzgebiete. Schließlich sprachen die Staaten des Balkanpaktes und Bulgarien den Verzicht auf Gewaltanwendung bei der Bereinigung offener Fragen aus — und zwar im Rahmen der bestehenden Nichtangriffsverpflichtungen³⁾. Bulgarien ist dem Balkanpakt nicht beigetreten, weil es damit ja den status

1) Bulgarien hätte 1913 sogar einen größeren Staatsraum gewinnen können als das Bulgarien von St. Stefano, wenn es einige Nachgiebigkeit gezeigt hätte, insbesondere wäre der Gewinn in Ostthrazien sehr groß gewesen.

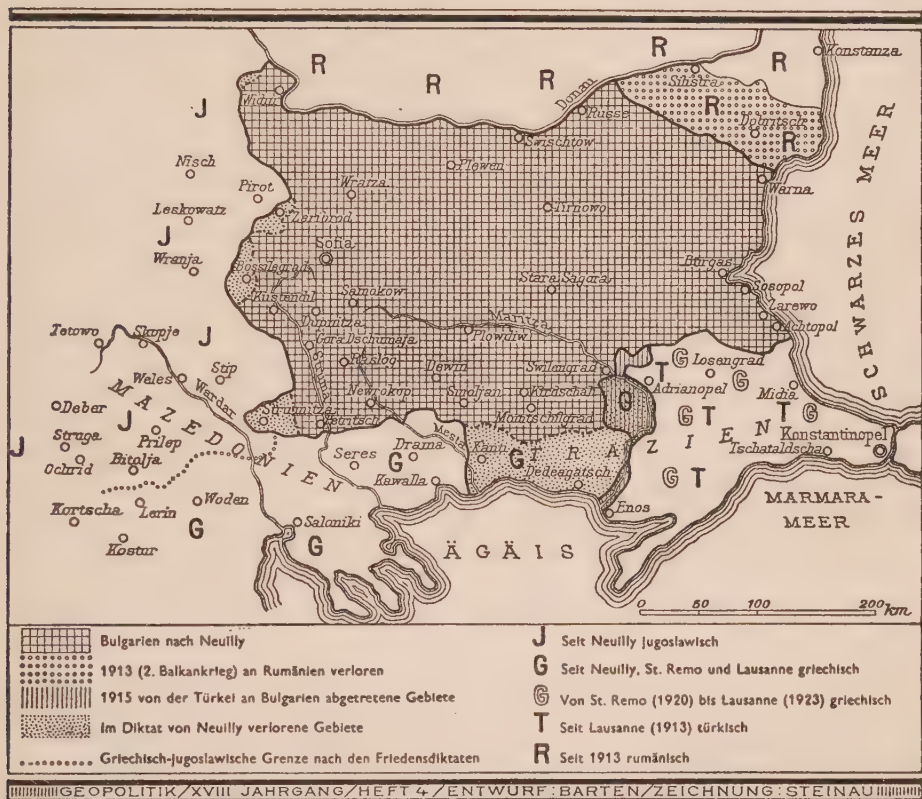
2) In einer großen Rede sagte der bulgarische Ministerpräsident am 12. Januar 1941 zur Haltung Bulgariens zur Balkanentente: „Das klarste Kennzeichen für die Beharrlichkeit des bulgarischen Volkes in dieser Frage, für das Ablehnen der Aussöhnung mit den Bedingungen des Diktats von Neuilly, das war der Augenblick, als die bulgarische Regierung es ablehnte, der Balkanentente beizutreten, die eigens dazu geschaffen worden war, um die Bedingungen des Diktats von Neuilly zu verewigen.“ Zitiert nach Zeitung Dnes vom 13. Januar 1941.

3) Außer allgemeinen Verträgen wie etwa dem Kelloggspakt sind es 1. der Freundschaftsvertrag mit der Türkei vom 18. Oktober 1925, der Neutralitäts- und Schiedsvertrag mit der Türkei vom 6. März 1929 und der Freundschaftsvertrag mit Jugoslawien.

quo auf dem Balkan hätte anerkennen müssen. Es hat keinen Verzicht auf irgendwelche territorialen Forderungen ausgesprochen, sondern nur erneut bestätigt, daß es von Gewaltanwendung Abstand nehmen wolle.

Heute ist die Geschichte über diese ersten Schritte zur Lösung von den Fesseln des Diktates von Neuilly hinweggegangen. Die Balkanentente hat bei der veränderten politischen Gesamtlage von selbst aufgehört zu existieren.

Wie steht es nun um die außenpolitische Haltung Bulgariens nach der völligen Beseitigung des um Bulgarien gelegten Bündnisringes? Der jetzige Außenminister



Karte 4: Königreich Bulgarien 1913 nach dem 2. Balkankrieg	111 836 qkm
Königreich Bulgarien 1915 nach dem Abkommen mit der Türkei	114 424 „
Bulgarien nach dem Diktat von Neuilly	103 146 „

hat die außenpolitische Stellung Bulgariens bei der Übernahme seines Amtes im März 1940 in einer Rede vor dem Parlament dargelegt. Obgleich inzwischen ein Jahr voller größter Ereignisse vergangen ist, ist die damalige Rede auch jetzt noch sehr bemerkenswert. Ich zitiere einige Sätze nach der Regierungszeitung Wtschera i Dnes vom 21. 3. 1940.

„Welches ist die Aufgabe unserer Außenpolitik? Eine große Aufgabe: Bulgariens Bestand zu bewahren und seine Interessen zu verteidigen, unabhängig davon, wie der Ausgang des Krieges sein wird, indem wir alle Anstrengungen machen, um außerhalb dieses Krieges zu bleiben. In dieser Hinsicht können wir nützliche

Folgerungen ziehen, wenn wir unsere Vergangenheit betrachten. Diese kann uns sagen, was wir nicht tun sollen. Welches sind die Gründe für die zwei nationalen Katastrophen? ¹⁾ ... Vor 27 Jahren hatte ein Minister den Mut, vor der Volksvertretung offen zu sprechen, nicht um sie zu beruhigen, sondern um zu zeigen, daß die Katastrophe, die wie ein Gewitter hereingebrochen war, unabwendbar kommen mußte, weil die Aufgaben, die sich der bulgarische Staat gestellt hatte, seine Kräfte weit überstiegen. Damals konnte Bulgarien nur einen Ausgang zu einem freien Meere erreichen, mußte dies aber mit dem Verluste seiner reichsten Landschaft, seiner Kornkammer ²⁾ bezahlen. Und einige Jahre später, nach einem neuen Kriege, von dem ich hier heute nicht sprechen will, haben wir auch diesen Ausgang zum freien Meere verloren. Damit wurde eine ganze Epoche eines heldenhaften Idealismus in unserer Geschichte abgeschlossen. Die Folgen sind Ihnen bekannt.

Die Folgerungen und die Lehren aus diesen Geschehnissen lauten: Die Ziele und Aufgaben einer Politik müssen den Kräften des Volkes entsprechen, wenn sie Erfolg haben will. Wir müssen uns vor hingrissener Begeisterung hüten, die für junge Völker charakteristisch ist. Wir müssen es schließlich vermeiden, uns in die Kämpfe zu mischen, die um die Lösung der großen Weltprobleme geführt werden.“

Weiter führte der Außenminister aus, daß Bulgarien auch in dem gegenwärtigen Kriege die durch 20 Jahre hindurch von allen Regierungen befolgte Politik des Friedens einhalten werde, um im gesamten Südosten die Ruhe zu erhalten. Dies bedeute aber nicht, daß das bulgarische Volk nicht auch heute zu den größten Opfern auf den Schlachtfeldern bereit sei. „Aber da das bulgarische Volk sich davon überzeugt hat, daß Erfolge, die nur durch Anwendung von Gewalt erreicht werden, nicht von Bestand sind, erwartet es, daß seine Lebensinteressen anerkannt und auf friedliche Weise geregelt werden.“

Diese Haltung ist das genaue Gegenteil des Verhaltens Bulgariens bei Beginn des 2. Balkankrieges.

Der Einsicht von den beschränkten Wirkungsmöglichkeiten Bulgariens gab der Ministerpräsident in einer Rede am 12. I. 1941 Ausdruck, indem er sagte: „Aber Krieg und Frieden hängt heute nicht von kleinen Ländern ab, wie Bulgarien. Bulgarien ist zu klein und zu schwach, um zu entscheiden, ob es Frieden gibt oder Krieg“ ³⁾.

Der Außenminister hat sich zum letzten Male zusammenfassend über die Außenpolitik anlässlich der Parlamentsdebatten über die Thronrede des Zaren Ende November 1940 geäußert. U. a. sagte er, nachdem er die Friedensliebe Bulgariens stark betont hatte: „Die Regierung vergißt nicht für einen Augenblick die Interessen des Landes, sie vergißt aber auch gleichzeitig nicht, den Tatsachen und den

1) Gemeint sind der 2. Balkankrieg und der Weltkrieg.

2) Gemeint ist die südliche Dobrudscha.

3) Zitiert nach der offiziellen Zeitung Dnes. In anderen Zeitungen — wie etwa der Warnenska Poschta vom 13. Januar 1941 — folgte auf den zitierten Satz noch: „Deshalb müssen wir vor Augen haben, daß auch wir an diesem Weltgeschehen teilhaben und auf unsere nächsten Nachbarn Einfluß ausüben können. Aber wir sind es nicht, die letzten Endes die großen Fragen entscheiden, die in diesem Kriege zur Lösung stehen.“ Dieser Abschnitt fehlt in der Wiedergabe der Rede, die der offiziöse Dnes gibt.

realen Möglichkeiten Rechnung zu tragen¹⁾. . . .“ Aber die Lösung der Dobrudschafrage hat auch eine andere Bedeutung. Sie zeigt, wie man bestehende zwischenstaatliche Probleme lösen kann und wie die neue Ordnung Europas aussehen könnte, die die gleichen Großmächte aufrichten wollen.“

Er betonte die guten Beziehungen zu Jugoslawien auf Grund des ewigen Freundschaftspaktes; das Entsprechende sagte er von den Beziehungen zur Türkei; diese könnten auch durch die oft ausgesprochen unfreundliche Haltung der türkischen Presse nicht getrübt werden. Über die militärischen Vorbereitungen der Türkei in Thrazien sagte er, daß die bulgarische Regierung den Versicherungen der türkischen Regierung, es handle sich um rein defensive Maßnahmen, Glauben schenke und auf weitere gutnachbarliche Beziehungen hoffe.

Auffällig an der Rede war die Tatsache, das der mit Italien im Kriege befindliche Nachbar Griechenland, mit dem Bulgarien das brennendste Problem zu bereinigen hat, überhaupt keine besondere Erwähnung gefunden hat. Der weitgehenden Zurückhaltung Bulgariens im italienisch-griechischen Konflikt ist es ja mit zu danken, daß dieser lokalisiert werden konnte.

Ähnlich, aber schon etwas deutlicher drückte der bulgarische Ministerpräsident sich in seiner schon genannten Rede vom 12. 1. 41 aus: „Ich kann es nicht zulassen, daß das bulgarische Volk in dem Irrtum verbleibt, es könnte ruhig und sorglos bei diesen Ereignissen leben, die um Bulgarien herum im Werden sind, ohne Maßnahmen zu ergreifen, um Möglichkeiten zu begegnen, die sich im Verlauf des Krieges ergeben könnten.“ . . . „Ich habe schon vorher gesagt, daß die Politik der Regierung auf Frieden und Verständigung gerichtet ist. Für niemanden ist es ein Geheimnis, weder bei uns, noch im Ausland, daß wir immer Revisionisten waren, daß wir eine Revision der Ungerechtigkeiten von Neuilly verlangen. Bulgarien hat sich niemals mit diesem Diktat zufrieden gegeben und wollte die Revision vom Tage der Unterzeichnung an. Das bulgarische Volk hat nie seinen Wunsch aufgegeben, diese Revision mit friedlichen Mitteln durchzuführen.“

Die grundsätzliche Haltung ist damit umrissen. Bulgarien will seine territorialen Forderungen unbedingt auf friedlichem Wege regeln. Daran hält es auch in so lockenden Fällen fest, wie sie die Besetzung Bessarabiens durch Rußland oder der italienisch-griechische Konflikt darstellen.

Die Form, in der die territorialen Forderungen in der Presse erörtert werden, ist sehr zurückhaltend. „Unter dem Gesichtspunkt der nachbarlichen Ruhe ist es Brauch geworden, solch dornige Probleme nicht in der Presse aufzuwerfen; so soll es bleiben,“ sagt der bekannte bulgarische Abgeordnete Sotir Janew in der als offiziös anzusehenden Zeitung Dnes²⁾.

Derselbe sagt im Leitartikel des Dnes vom 31. 8. 1940: „Andererseits hat Bulgarien nicht aufgehört, durch seine Diplomatie- und durch seine öffentliche Meinung seine gemäßigten territorialen Forderungen zu betonen, friedliche Wege gehend. Und man muß mit Befriedigung feststellen, daß unsere Rechte von Tag zu Tag eine bessere Anerkennung unter den großen Krieg führenden und neutralen Staaten findet. Unter dem Zeichen dieser Anerkennung ist bereits in für uns be-

1) Ähnlich äußerte sich der Ministerpräsident in seiner Rede vom 12. Januar 1941. „Wir müssen nicht nur das berücksichtigen, was wir wünschen, sondern auch das, was wir können, nicht nur unsere Wünsche, sondern auch unsere Möglichkeiten“ (Dnes vom 13. Januar 1941).

2) Dnes vom 17. Mai 1940.

friedigender Weise die Dobrudschafrage gelöst worden.“ Bei den Aussprachen zum Haushaltsplan des bulgarischen Außenministeriums Ende Dezember 1940 sagt der gleiche Abgeordnete: die bulgarische Außenpolitik „hat das Gefühl, daß in der Entwicklung der großen Ereignisse auch seine eigenen nationalen Fragen ihre Erledigung finden müssen. Aber sie kann und will nicht aus eigener Initiative die Ereignisse in Gang bringen¹⁾.“

Im Leitartikel vom 6. 12. 1940 des Dnes heißt es:

„Was Bulgarien betrifft — seine Haltung gegenüber den Ereignissen, die im Gang sind — so ist diese Haltung nicht neu. Wenn auch unter verschiedenen Formen hat die bulgarische Außenpolitik ein und denselben Inhalt, ein und dieselbe Richtung, die von den verschiedenen Regimen und Regierungen befolgt wurde. Welches ist diese Politik? Es ist die Haltung eines Landes, dem Unrecht angetan worden ist und das eine gerechte Politik verfolgt. Das bulgarische Volk hat nicht weniger als andere Völker das Recht auf mehr Luft und lebensnotwendigen Raum.“

Die Form, in der die Revisionsansprüche geltend gemacht werden, ist also sehrmäßig. Wie an einer der genannten Stellen ausdrücklich betont wird, wird die Erörterung der territorialen Fragen der Presse nicht gestattet. Die Regierung will sich in ihrem Bestreben, zur richtigen Zeit das Mögliche zu erlangen, nicht durch Pressefehden und durch Aufwallen der öffentlichen Meinung stören oder sich gar die Führung aus der Hand nehmen lassen. Die Zurückhaltung hat sich besonders deutlich bei der Besetzung Bessarabiens durch Rußland und bei der Regelung der Dobrudschafrage gezeigt. Bei der endgültigen Bereinigung des Verhältnisses zu Rumänien hat Bulgarien auch gezeigt, daß seine Forderungen maßvoll sind. Die Grenzen der territorialen Forderungen gegenüber Rumänien sind weder in der Presse vorher, noch während der Verhandlungen irgendwie erörtert worden. Der Außenminister sagte im Parlament zu diesen Verhandlungen: „Wer Verhandlungen führt, oder wer über die Ergebnisse von Verhandlungen richtet, muß das Gewünschte und das Mögliche zu scheiden wissen²⁾.“ Aus diesem Grunde sind wohl auch die genau umrissenen territorialen Ansprüche nicht ausgesprochen worden³⁾. Wie sehr die bulgarische Regierung das Aufflammen der Leidenschaften und jede Beunruhigung zu vermeiden sucht, zeigt sich in der zurückhaltenden Haltung der bulgarischen Presse und des Rundfunks sowie der bulgarischen Regierungserklärungen in Fällen, wo die Haltung der Nachbarn nicht gerade als freundlich anzusprechen ist.

Als besonderes Beispiel sei auf einen Zwischenfall hingewiesen, der sich bei den Parlamentsdebatten anläßlich der Antwort auf die Thronrede des Zaren abspielte. Ein Abgeordneter hatte auf die Notwendigkeit der Lösung des mazedonischen Problems hingewiesen. Die jugoslawische Öffentlichkeit reagierte äußerst heftig. Die jugoslawischen Zeitungen Wreme und Politika wiesen jedes Ansinnen dieser Art am 24. November 1940 in langen Artikeln zurück; die Zeitung Wreme gab ihrem Artikel die Überschrift „Mazedonien ist nicht die

1) Dnes vom 30. Dezember 1940.

2) Parlamentsrede nach Dnes vom 4. 12. 1940.

3) Mir ist keine Festlegung der territorialen Forderungen Bulgariens bekannt, die von seiten der Regierung veröffentlicht worden wäre. Eine wirkliche Formulierung „der minimalen bulgarischen Forderungen“ habe ich nur in einem Aufsatz des bekannten bulgarischen Professors Genow in einem Aufsatz in der Zeitschrift Volk und Reich (1939, Heft 9) gefunden, wo die Süddobrudscha und die in Neuilly verlorenen Gebiete genannt werden. Aus der bekannteren bulgarischen Literatur kenne ich keine derartige Formulierung, womit nicht ausgeschlossen ist, daß sich an entlegenen Stellen Formulierungen finden mögen.

Dobruška“ und erklärte die Eingliederung Mazedoniens in den jugoslawischen Staat als endgültig. Kleinere Zeitungen äußerten sich sogar maßlos. In Bulgarien wurde der Versuch gemacht, Übersetzungen solcher Artikel aus jugoslawischen Zeitungen im bulgarischen Volk zu verbreiten, insbesondere in Sofia, und dazu Kommentare zu geben.

Die bulgarische Regierung verbot demgegenüber diese Propaganda, forderte im Rundfunk auf, unverantwortliche Straßenpolitik zu unterlassen. Die Regierungszeitung Dnes druckte die langen Artikel des Wreme und der Politika vom 24. November bereits am 26. November ohne Kommentar ab. Die Presse brachte nichts auf die Äußerungen der jugoslawischen Zeitungen. Der bulgarische Außenminister erklärte einem Vertreter der Belgrader Zeitung Politika am 5. Dezember 1940 u. a.: „Sie können Ihrer Zeitung mitteilen, daß für irgendwelche Beunruhigung zwischen unseren beiden Ländern kein Raum ist. Kleinigkeiten darf man keine Aufmerksamkeit schenken. Die Ziele unserer freundschaftlichen Beziehungen sind so wichtig und groß, daß man Kleinigkeiten weder bei Ihnen noch bei uns Aufmerksamkeit schenken darf¹⁾.“

Es ist kaum möglich, in dem Willen zur Vermeidung jeder Konfliktmöglichkeit weiter zu gehen als die bulgarische Regierung. Man darf das nicht als Selbstverständlichkeit ansehen; denn die ehemaligen Verbündeten Bulgariens aus dem Weltkrieg haben die Friedensdiktate in ganz anderer Weise zerbrechen können als Bulgarien. Zweifellos würde eine Politik der lauten Forderungen sehr viel mehr begeisterten Widerhall im Volke finden. Daß die bulgarische Regierung aber auch in der heutigen Zeit des großen Umbaus Europas an ihrem stillen und friedlichen Weg festhalten kann, ist nicht nur ein Zeichen des Bemühens der Regierung, kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden, sondern auch ein Beweis der unbedingten Friedensliebe des bulgarischen Volkes, eine Friedensliebe, die aber mit Pazifismus nichts zu tun hat.

1) Zitiert nach Dnes vom 6. Dezember 1940.

* * *

Streifblicke auf den atlantischen Raum

Wer über dem Tageslärm der um ihr Mittelmeerrecht ringenden mittleren Halbinsel Südeuropas Italien, seine westliche und das ehemals spanische Becken des Südatlantik nicht vergißt, der konnte im Vorfrühling nachdenklich werden, angesichts der Tatkraft und Weitsicht, mit der die atlantische Südhälfte Südamerikas, die Großmacht Argentinien zugleich ihren iberischen Nachbarn und dem spanischen Mutterland aus der Klemme hilft und mit welcher Gespanntheit diese Führung der La Plata-Angelegenheiten von den USA. aus beobachtet, um nicht zu sagen bespitzelt wird. Bolivia hilft man von Buenos Aires aus zu einer Umleitung seines Meerauslasses in den Atlantik durch die Internationalisierung und Schiffsverkehrsregelung auf dem Grenzfluß Pilcomayo zwischen Argentinien und Paraguay, der Wasserader Boliviens zum La Plata, auf die sich auch eine Eisenbahn vom bolivianischen Ölgebiet um Santa Cruz nach Yacuiba in Argentinien und eine Ölleitung von dort zur argentinischen Nordprovinz Salta öffnet. Beides finanziert Argentinien und läßt sich den Aufwand in Öllieferungen heimzahlen. Ähnlich großzügig wird die Schiffsbarmachung des Pilcomayo und die Baggerung des Paraguay-Stromanteils geregelt. Argentinien leistet die Arbeit und läßt sie sich später von den willig solche Leitung annehmenden Kontinentalnachbarn vergüten. Ebenso liefert es 120 000 Ballen Baumwolle an Spanien bei unsicherer Bezahlungsaussicht, „um dem Mutterland die Hand zu reichen“. Im weiten Felde steht der moralische Lohn: eine südatlantische Führungsanwartschaft! Nicht zuletzt darum reiste bzw. flog die „geheime“ Untersuchungskommission der USA. — scheinbar im Dienste der britischen Blockade gegen Europa, auch ein bißchen gegen Japan — über Columbien, Ecuador, Bolivien und Chile für 9 Tage nach Argentinien, 3 nach Südbrasilien (Porto Alegre), 8 nach Venezuela und über die Karibischen Inseln nach Habana. In Columbien und Ecuador wie Venezuela hat der Dollar nach langem Ringen die deutschen Flugunternehmen umgebracht, und an Dollars wird es ihr auch für andere Würgearbeit nicht fehlen. Sonst aber trifft sie überall auf die Spuren eigener Raubwirtschaft; und wenn die Südamerikaner sich davon zu befreien trachten, wie sie sich schon weitgehend von der britischen Zinsknechtschaft emanzipiert haben — (man spricht von 32 Mill. £ Minderertrag an England und zinslosen 700 Mill. £ gegenüber 1930) —, dann wird man sie beglückwünschen können. Auch dort fängt jeder an, sich selbst der Nächste zu sein.

Wer sich angesichts eines einzigen solchen Ausschnitts aus den Verlusten an Blut und Gut, die das atlantische Gesicht der Alten Welt geopolitisch in Geltung und Raum allein auf dem Wege über Europas randständige Insel erfuhr, diese Einbuße in ihrer Gesamtheit klarmacht, der kann das vernichtende Urteil der Nachwelt über die Staatsmänner, die zumeist daran Schuld tragen, von den Wänden ablesen.

Aber diese Schuld zerfällt in einen negativen und einen positiven Anteil.

Zur Einsicht in den negativen führt in dem auf hoher Ebene stehenden Heft 1 der Monatshefte für Auswärtige Politik eine nur sechs Spalten lange, aber inhaltschwere, von tiefster Einsicht in die geopolitische und die ihr widerstrebende menschliche Wirklichkeit zeugende Mitteilung von G. J.: „Lord Lothians Tod: ein Sinnbild.“

Hier ist in der Tat sinnbildhaft gezeigt, wieviel Blut und Gut, Leid und Not, Raumverlust und Wohlstandseinbuße geopolitisches Verständnis für die Einsichten dieses Mannes in die rettenden geopolitischen Zukunftsmöglichkeiten Mittel- und Südosteuropas hätte sparen lassen, und wie gut ein so geführtes England mit der außenpolitischen Linie des Deutschen Führers zusammengehen konnte.

Es ist tragische atlantische Ironie, daß gerade der vernünftigste Träger europafreundlicher Geopolitik in England als sein Botschafter im Lande der Nutznießer der Zwietracht zugrunde gehen mußte, während der schlimmste positive Exponent der Europa-Feindschaft, Roosevelts Botschafter Bullitt, zuerst in Moskau, dann in Paris seine Höllenmaschine gegen Europas rettende Geopolitik im Westen funktionieren sah.

Wer daran seine Freude hatte, wie nur je Mephisto an echtem Teufelswerk, das zeigt die für atlantische Künste unbefangene fernöstliche, pazifische Spottzeichnung, von der wir deshalb zwei kennzeichnende Proben bringen, weil wir selten den Ausdruck des Radikal-Bösen so wohlgetroffen fanden, wie in Roosevelts nur scheinbar gefesselter, gegen Europa gelenkter Kriegsbestie, und selten den Ausdruck der Scheinheiligkeit so gut wie in Onkel Sams Figur, die ihr Gold in den Sack ohne Boden schüttet.

Wie wenig bereit immer noch die Volksmasse der USA. ist, aktiv für eine in London zu errichtende Dependenz der Jewish Agency ins Weltkriegsfeuer zu gehen, erfahren wir aus vielen Quellen, nicht zuletzt den Vernehmungen im Senat. Aber zuletzt wird doch das Stimmvieh durch geschickte Drahtzieher in den Pferch getrieben.

Wie ahnungslos über den Ernst der Lage Ostasien noch ist, wird wohl der indopazifische Bericht erzählen. Jedenfalls ist ein rührendes Dokument die Stimmensammlung der japanischen Zeitschrift Bungei Shunju, von der 90% ihrer intellektuellen und geschäftstüchtigen Leser nicht begriffen, daß beim Herannahen von Sturmfeldern das Setzen von Sturmsegeln und Verfestigung des innern Aufbaus nötig sei. Über die Märkte des Nahen Ostens freilich schreiten die Agenten Roosevelts mit der Unbefangenheit, die einst die der römischen Plutokratie im späten



„An der Leine nur dem Namen nach“



USA als Spender

Hellas, wobei dann Korinth verbrannte, wie London heute, aber auch der achäische Bund flöten ging, die damalige hellenische Achse, und geldmächtige, kolonienreiche Küstenstaatchen ebenso wie rauhe stilverspätete Bergbewohner.

Man leistet sich als Kleinräumiger angesichts von Großräumigen in Lauerstellung nicht ungestraft peloponnesische Kriege, und die wahre Pönitenz kam im Altertum erst Jahrhunderte später; aber sie traf am schwersten Inselreiche mit Streubesitz, der durch Seeraub entstanden war und dann unter größere Räuber fiel.

Hellas zahlte für Mangel an geopolitischer Einsicht und Uneinigkeit nicht nur durch Verlust seiner überseeischen Habe, sondern auch durch Hereinrücken seiner Festlandgrenze, wenn es auch noch lange für die Mittelmeerwelt Haarkünstler, Hauslehrer und Mimen stellen durfte.

Das sind negative Mittelmeer-Erfahrungen, die freilich nicht ohne weiteres auf die Gegenwart des Romanischen Mittelmeers und auf andere Teile des Atlantik übertragen werden können, aber zum Nachdenken anregen sollten.

Ihnen stehen im Donaauraum die positiven Erfahrungen des wieder wachsenden Ungarn mit der geopolitischen Erfahrung und Tatkraft seines hingegangenen Ministerpräsidenten Graf Teleki gegenüber, der über 20 Jahre lang seinen Weltruf und sein Wissen vorbildlich für sein verstümmeltes Vaterland eingesetzt und in vielen Richtungen die Wiederherstellung seines Raumwertes nicht nur erlebt, sondern wesentlich mit herbeigeführt hat. Mit Recht weist ein geopolitisch vorzüglich orientierter Aufsatz von Dr. Guido Gündisch „Raum und Verkehr“ (Deutsche Zeitg. vom 26. I. 1941) darauf hin, daß sich die Länge der ungarischen Eisenbahnen von 1938—1940 von 7800 auf 11 500 km, also um 47,6% vermehrt habe.

Damit ist in der Richtung Nord-Ost-Süd-West wieder ein Raumgefühl des Staates hergestellt, wie es vor 1918 bestanden hatte, und man sollte glauben, die öffentliche Dankbarkeit müsse in entsprechendem Verhältnis zu der für die Wiederherstellung Mitteleuropas für den Neugestalter seines Gesamttraumgeföhls stehen, von dem Ungarn fast ohne Wehrleistung so reichlichen Gewinn gezogen hat.

Über Großdeutschland in Mitteleuropa wie über Ungarn schwebte seit der gewaltvollen „Entgötterung“ von 1918 der Schicksalsruf, zu ihrem alten Raumwert zurückzukehren, der ihrer Kulturleistung an ihrem Lebensraum entsprach. Wer diese Dynamik verkannte, glich einem Manne, der sich dauernd bemüht, durch Druck seines Fingers den Druck fließenden Wassers zurückzuhalten. Irgendeinmal mußte der die Natur vergewaltigende Finger so notwendig erlahmen, wie auf der andern Seite niemand dauernd auf Bajonetten sitzen kann, soviel man vorübergehend mit ihnen zu bewirken vermag.

Ungeheuer aber ist die Verantwortung Großräumiger, die sich von außen her in tiefverwurzelte, übertürmte Altkulturräume mit ihren brutalen, flächenhaften zweidimensionalen Raumvorstellungen einmengen. Nicht umsonst hat schon Ratzel Europa vor dem Unheil gewarnt, das amerikanische und asiatische Staatsmänner in seinem Raumgedränge anrichten könnten. Eurasien und die USA. haben sich von 1914 bis 1940 in die Schuld geteilt, und England hat sich beiden zum Vermittler gemacht, mindestens angeboten, wo seine Vermittlung nicht angenommen wurde.

Dafür bezahlt es jetzt in Raumwerten; aber viele Unschuldige oder minder Schuldige bezahlen mit ihm, namentlich soweit sie überseeische Anhängsel hatten. Überseebesitz macht abhängig von Seeräubern, solange die Menschheit Seeraub zuläßt.

Offene Überland-Grenzen bilden Versuchungen für Landräuber und zwingen denen, die sich davor wahren müssen und wollen, überwache Wehrrüstungen auf. Das ist geopolitisches Schicksal. Wer sich ihm entziehen will, macht Skandinaviens, der Niederlande und anderer kleiner Streubesitzmächte Erfahrungen.

Deutschland hat sie sein Führer in letzter Stunde erspart, und in allerletzter schloß sich der schützende Rahmen Berlin-Rom-Tokyo.

Wer aus Abwehr in höchster Raumnot Angriffsmaßnahmen auf fernliegende Neue Welten herauslesen will, der lügt über die ganze Breite des Atlantik hinweg aus dem eigenen schlechten Gewissen heraus. Mit diesem schweren Vorwurf kehrt Europas Geopolitik mit offenem Visier zu den Lenkern der USA. zurück. Wenn es jemals einen „aggressor“ gab, einen frivolen Überschreiter von Washingtons Lehren gegen „foreign entanglements“, dann sind es die USA., wenn sie über Atlantik und Pazifik zum Angriff gegen die Alte Welt ausfahren, die nichts will als ihre Selbstbestimmung, ihre Unabhängigkeit von dem gleichen Volk, das einst auch den USA. beides vorenthalten wollte. Oder ist es nur der Komplex des Upstart gegen den Altkulturträger, der wieder einen demokratischen Präsidenten antreibt, nach Wilsons Lorbeer zu greifen? Solche Antriebe haben nichts mit Geopolitik zu tun.

Wir haben unsern Lesern schon einmal von Dr. Motylews „Pazifikkomplex des zweiten Imperialisten-Kriegs“ gesprochen (Tichokeanski Uzel Btoroi Imperialitscheskoi Woyny; Moskau, 1940). Wir müssen es noch einmal für atlantische Streiflichter tun, weil ein amerikanisches Spiegelbild „The Soviet view of the Far East“ (Pacific Affairs 1940, S. 446—452, O. L.) voll von grausamen, aber klaren Lehren nicht nur für Japan, China und Groß-Ostasien, sondern auch für Großdeutschland und die Achsenmächte ist.

Der Leiter des Instituts für den Großen Sowjet-Welt-Atlas und zugleich des Sowjet-Rats des „Instituts of Pacific Relations“ ist nicht irgendwer, sondern „der autoritäre Exponent der Ideen und Institutionen von Staat und Gesellschaft, die den langfristigen Leitzug der Sowjetrepublik lenken“; sein Buch ist deshalb „ein unschätzbarer Führer zur Sowjeteinstellung gegenüber dem Wesen des Fernostkriegs und seiner Auswirkung auf den Krieg in Europa“. — So O. L.!

In dem, was Owen Lattimore und V. Motylew einander zu sagen haben, halten wir nun wirklich ein Bündel von Schlüsseln in der Hand, die auch den Zugang zu sonst wohl behüteten Geheim-Panzerschränken vorübergehend öffnen. Beider Arbeitskreise unterhalten sich von Moskau und New York-Washington aus so unbefangen über Atlantik und Pazifik hinweg, wie etwa vor zweitausend Jahren die großen Senatoren und Prokonsuln Roms in der Curie, ein Flaminus, Mummius, Sulla über Griechenland. Der erste ließ sich von den Hellenen feiern, mit Lorbeerkränzen krönen und würde heute griechisch im Rundfunk reden; der zweite aber verbrannte Korinth „sans phrase“, und der dritte ruinierte Athen, obwohl er sonst in der Hellenen-Kultur zu Hause war.

Beiden, Lattimore und Motylew, ist China das Hauptobjekt, Japan der zu erschöpfende Hauptgegner, Europa Nebensache, auf das man jeweils am liebsten den andern stürzen möchte, damit das eigene Erbe — da, wo man seinen Schwerpunkt sucht — möglichst wenig geschmälert werde. Deshalb wünscht Rußland den Ost- und Westkriegsschauplatz auseinander und den Krieg lokalisiert zu halten. Motylew schreibt für den Sowjet-Hausgebrauch. Eben deshalb muß Europa ihn lesen.

KARL HAUSHOFER

Bericht aus dem indopazifischen Raum

Der Große Ozean als Kraftfeld im ganzen eignet sich schlecht für Blitzkriege. Der u.s. amerikanische Admiral Robertson, der Präsident Roosevelt kühnen Mutes versprach, Japan im Bedarfsfall binnen drei Wochen auf die Knie zu bringen, ist inzwischen (1. 2. 41) in der Versenkung verschwunden. Aber immerhin blieb es dabei, daß durch den Südpazifik Fäden von steigender Haltbarkeit zwischen Amerika und Australien geschlungen wurden, so wenig sie der japanischen Aufmerksamkeit entgangen sind. Bei dieser Gelegenheit wurde das Seereich des Dominions Neuseeland wegen seiner meerbeherrschenden Ausdehnung gepriesen. Die dünne bevölkerungspolitische Tragschicht wurde dabei schonend verschwiegen. (Kreuzergeschwader in Auckland und Sidney!)

Gewiß sind im Gegensatz dazu die drei vorkämpfenden Randmächte der Alten Welt die bevölkerungspolitisch geschlossensten geopolitischen Gebilde der Erde. Aber man würde sich über den Grad dieser Einheitswucht täuschen, wenn man vergäße, daß trotz der Ausschiffung von hunderten von Diplomaten und Wirtschaftsführern in Japan aus der Macht, die in der Wolle anglophil gefärbt waren, nun alle diese Einflüsse gegenstandslos geworden seien.

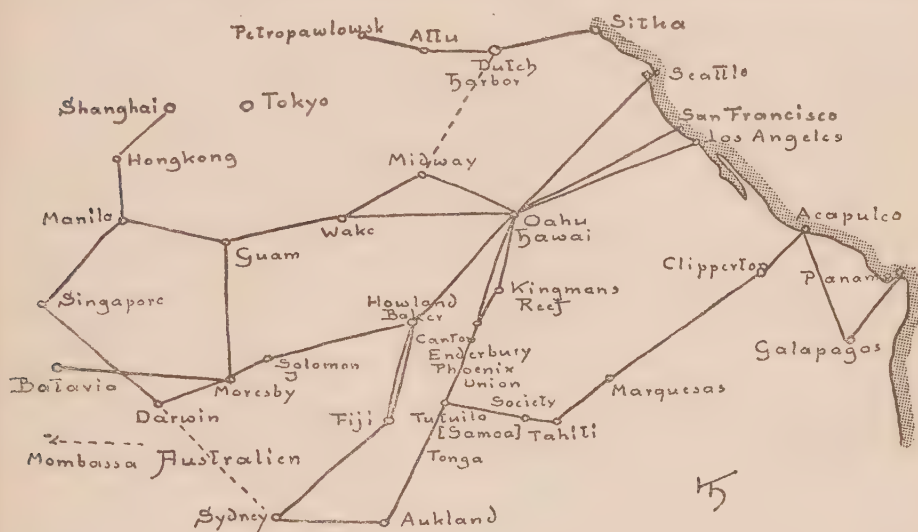
Ein aufmerksamer Blick in die japanische Zeitungswelt seit der Jahreswende, bei der die öffentliche Meinung ziemlich offenerzig zu sein pflegt, konnte den Beobachter von den latenten Widerständen überzeugen, die das Ministerium Konoye-Matsuoka-General Toyo-Baron Hiranuma, Admiral Oikawa (um einige nach dem Anblick des zum Lichtbild aufgebauten Kabinetts stärkste Persönlichkeiten zu nennen), dauernd überwinden muß.

Da stand doch z. B. an der Schwelle des „Jahrs der Schlange“ 1941 in der amtlichen englisch geschriebenen Zeitung Japans (Japan Times Weekly, 1. 1. 1941) eine Fanfare des geschickten britischen Journalisten Ernest H. Pickering: „Japan must not fight Britain“, als Antiphonie zu dem bekannten, vor einiger Zeit erschienenen Buche: „Japan must fight Britain!“ Dieser Aufsatz sprühte Haß gegen Deutschland und Italien, mit denen Japan immerhin verbündet war — und wurde doch gedruckt! — und ohne Kommentar!

Als es noch in der Schwebe war, ob der Sturm in Europa oder im Fernen Osten zuerst entfesselt würde, was immer in Englands Händen stand, da konnte man ähnliche Sirenenklänge auch für die Mitte Europas nördlich und südlich der Alpen hören. Jetzt tobt für Europa der Haß sich ungehemmt aus und verhüllt sich für Japan. Kühler sah schon zwei Tage zuvor im gleichen Blatt Admiral Eisuke Yamamoto die Lage und entwarf sein Bild von ihr breit in der Zeitschrift „Sozo“ (Schöpfung). Yamamoto preist es als großes Glück für Japan, daß die Feindseligkeiten zuerst zwischen den Achsenmächten und den Westmächten ausgebrochen seien, und bezweifelt (wie übrigens auch Marquis Muneaki Date), daß England auf wirtschaftlichen Wegen allein überwindbar sei. Er wirft der britischen wie der deutschen Führung eine Reihe von Irrtümern übereinander vor, sieht Japans Gefahr in den Möglichkeiten des Zusammenspiels seiner vier Hauptgegner und begreift nüchtern den Dreierpakt als Abwehrmaßregel dagegen; Japans Hauptposten sei die trotz den vierjährigen Chinawirren unberührt gebliebene, auf die höchste Bereitschaft gebrachte Flotte.

Sie müsse Japan ermöglichen, alle Fremdeinflüsse: kommunistische, nationalsozialistische, faszistische und liberalistische fernzuhalten und im Schutze seiner starken Flotte den „kaiserlichen Weg“ zu verfolgen.

Hart wird der seit dem schärferen Hervortreten des Dreierpakts verstärkte Wirtschaftsdruck über den Pazifik hinweg empfunden und in dieser Art von Versteifung eine ganz neue ökonomische Kriegsweise gesehen, deren sich die Vereinigten Staaten nach bewährten Anakondamethoden gegen Abendland und Fernen Osten gleichmäßig bedienen, und die in Japan schärfer, in China wohlthätiger empfunden wird, als die Mehrzahl der Japaner und Chinesen sich vorgestellt hatten. Die angloamerikanischen gemeinsamen Abwürgungsmethoden sind immer



Das Transpazifische Flugnetz der U.S.A.

auf sehr weite Sicht bemessen gewesen. Darüber ergeht sich Bunjiro Suzuki ziemlich breit in der weitverbreiteten Zeitschrift „Kaizo“ (Januarnummer), und behauptet, die USA. bräuchten sich bei ihrer Anwendung Japan gegenüber durchaus nicht in die Unkosten eines Krieges zu stürzen, es sei denn, die Unabhängigkeit der Philippinen oder der niederländische oder britische Besitz in der Südsee würde bedroht. (Von Indochina und Thailand wurde nicht dabei gesprochen.)

„Die Götter, die den Pazifik weit und tief machten, müssen eine Absicht dabei gehabt haben. Wenn wir sehen wie weit und tief erst die Kluft in der Psychologie zwischen Westler und Osten ist, sind wir versucht zu unterstellen, daß diese Absicht gütig war.“ So ähnlich läßt ein Shanghaier Seitenstück zu unseren Klapphornversen seine Zeilen rinnen.

Dennoch haben es die USA. über diesen weiten und tiefen Pazifik hinweg schon 1911, 1916 und 1924 fertig gebracht, Japaner und Russen einander in die Arme zu legen, Dank den vereinten Künsten ihrer Hochfinanz und Diplomatie. Vielleicht gelingt es ihnen jetzt wieder; denn das Flugnetz, mit dem sie Ostasien

einzuspinnen sich vom Südpazifik her anschicken, ist dicht und drohend gewebt, und der Thailand-Indochina-Ausgleich war ein sehr geschickter Ausbruch Großostasiens nach Süden in der einzig möglichen einwandfreien Form, die in Manila peinlich genug empfunden worden ist, ohne direkt zum Krieg zu führen.

Admiral Stark erhielt auch umgehend Auftrag zu entsprechenden Gegengesten; aber sie brachten Japan und seinen Freunden nichts Neues. Auf Liebe waren sie ja ohnehin von dieser Seite nicht gefaßt.

Einstweilen bereist unter dem schützenden Schatten der USA. der leitende Mann Australiens Ägypten und den Nahen Osten, erklärt dort, Australien bilde einstweilen ein Halbmillionenheer aus, und Australien wie Neuseeland legten ihre Wollernte auf britische Kosten auf Lager für den Nachkriegsbedarf, der freilich diese Lager kaum erschöpfen würde.

Auch das ist ein Beitrag zu dem großen angloamerikanischen Gedanken eines ozeanischen Rohstoffzaunes rings um die Alte Welt, bei dem die ehemals französischen und belgischen, auch wohl niederländischen Kolonien, ebenso wie Kamerun und Kongostaat, in eine britisch-u.s. amerikanische Treuhandverwaltung einbezogen werden sollen. Im Gegensatz zu der italienischen Meinung, daß der Krieg in Afrika nicht entschieden werde, meint man im „Äußeren Halbmond“, daß dies vielleicht für ein im eigenen Rohstoffett schmorendes Europa gelte, nicht aber für Afrika und die sonstigen Tropen, von denen die Fülle komme, und die man deshalb betreuen müsse, schon „damit nach dem Kriege die Preise nicht fielen“.

Auf Bewucherung großen Stils der Alten Welt vom atlantischen wie vom indopazifischen Raum her also laufen die freundlichen Anakonda-Absichten der Angloamerikaner und ihrer geldwirtschaftserfahrenen Metöken zur Strafe für ihren Befreiungsversuch hinaus, soweit es nicht auf direkte Vernichtung abgesehen ist. Darüber kann man sich innerhalb des Dreiecks Berlin-Rom-Tokyo nicht klar genug sein und wird seinen Abwehrwillen aufs äußerste stählen müssen.

Je labiler die Bevölkerungsballung, je ungleicher die Volksdichte in den einzelnen übervölkerten Räumen dabei ist, desto größer die Gefahr, desto dringender nötig das Werben um ausreichenden Lebensraum.

In diese Mahnung klingt eine höchst verdienstvolle Arbeit über „Japanische Raumnot und Kolonisation“ aus: Dr. Martin Schwind, Tokyo, 1940 (Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasien. O. Harrassowitz, Leipzig; mit vortrefflicher Volksdichte-Karte Japans in Punktmanier.)

Das japanische Reichsproblem höchst ungleicher Volksdichte bei Überballung in Raumverkastelung mit Zwergbesitz übergipfelt sich noch durch Hinzutritt fremder Kolonialausbeutung in Indochina.

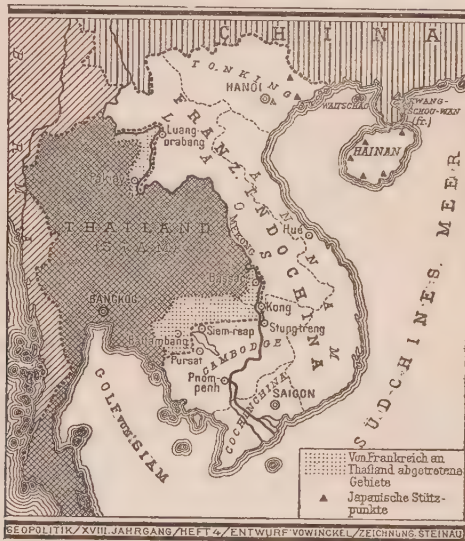
Dafür gibt ein ausgezeichnetes Bild Pierre Gouron: „L'utilisation du sol en Indochine Française“ (Paris, 1939). Er zeigt, wie von den 23 Millionen, die auf 740 000 qkm hausen, 19 auf rund 100 000 qkm zusammengedrängt sind, d. h. 82% der Bevölkerung auf 13% des Raumes, zumeist des Roten-Fluß-Deltas, dann der schmalen Küstenebenen von Annam. Dünner besiedelt sind schon Cochinchina und Cambodja, fast leer Ebenen und Gebirgslandschaften des Innern: gerade jene Pufferräume, die Thailand zurückverlangt.

Japan kam also in eine Schiedsrichteraufgabe an einer seiner eigenen Probleme vertraut und übersteigert zeigenden Erdenstelle, der z. B. die USA. ganz verständ-

nislos gegenüberstehen. Daneben sind 640 000 qkm fast unbewohntes Reserveland, davon 350 000 qkm Waldboden, an den freilich kolonialer Waldraubbau schon vielfach die Hände gelegt hat.

Wie es um die so viel besprochene jüngste britisch-chinesische Klammer der Burmastraße in der Gebrauchswirklichkeit steht, enthüllt humorvoll Nicol Smith: „Burma Road“ (New York, 1940; Bobbs-Merrill Cp.).

Er fuhr von Mitte Juni 1939 im Monsunregen von Kunming über die Fliegerschule Tsuyung, Hsiakuan, Yunping, die seither mehrfach zerstörte Mekongbrücke, dann Paoshan, Lungling, Mangloze, Chefenz zur Grenze bei Anting und dann auf Lashio los. Er schildert die Straße jenseits ihres höchsten Punkts (ca. 3000 m) nach Hsiakuan als Spielball der Monsunregengüsse „ein Schlamm-



Der thailändisch-indochinesische Ausgleich

meer, das vom Gipfel herabflutete“, und als einen Friedhof von Lastkraftwagen-Leichen. Zum Mekong herab führt eine Spitzkehren-Rutschbahn von 1000 m Fall aus 2350 m Höhe; zum Salwin-Übergang in etwas über 1000 m Höhe eine Rampe von 2250 m herab zu einer verlorenen Steigung der Gegenrampe von 2300 m. Immerhin waren Hin- und Rückfahrt eine Rekordleistung.

Wir erinnern unsere Leser an das Profil aus „Geopolitik“, H. VII, 1940, mit dem wir vor wehrgeopolitischer Überschätzung dieser Verbindung nach Inner-China warnten, so sehr sie der Arbeitsfähigkeit und Leidenfähigkeit chinesischer Straßenbautruppen und Lastkraftwagenführer ein ehrendes Zeugnis ausstellt, von denen nach Smith nur 33% damit rechnen können, mit Leben und Last glücklich in der Regenzeit (Juni bis August) durchzukommen.

Das wären Verlustzahlen weit über Mars la Tour, Verdun und Somme...

Das Leben steht nicht hoch im Preis in Inner-China.

Die Etappenstraßen Inner-Chinas aus Turkistan und Sibirien unterzieht Owen Lattimore einer gründlichen Betrachtung („Pacific Affairs“, Bd. XIII, Nr. 4, S. 393–412). Wir erwähnen seine Studie breit, weil wir den heutigen geistigen

Lenker der u.s.amerikanischen Transpazifischen Kulturpolitik für die geopolitisch bedeutendste, der Alten Welt entgegenarbeitende Persönlichkeit von höchstem politisch-wissenschaftlichen Rang und großem Stil halten. Eine Auseinandersetzung mit ihm verschärft und vertieft die Erkenntnis geopolitischer Probleme, mit denen er ringt, und zu deren Einsicht er die klügsten Köpfe der USA. mit fortzureißen weiß.

O. Lattimore kennt den wichtigsten japanfreien Zubringerweg von der Turksib über Tschugutschak—Urumtschi—Hami — durch das prächtige Blatt Turfan der neuen Sven-Hedin-Centralasienkarte — über Suchow in Kansu, nach Lantschau und Sian in Schensi aus eigener Erfahrung genau und findet die Bewässerungslandschaften und Loessgegenden darin hemmungsvoller, als die felsigen und wüstenhaften Räume, aber alle in großzügigem Ausbau wohl überwindbar.

So ordnet er zuletzt das technische Problem Zentralasien als nachgeordnet hinter das politische der umliegenden Großräume und der Wahrung anglo-amerikanischen Einflusses darauf, und zeigt uns damit, wie auch wir es sehen sollten, mit dem Ziel, möglicher Neutralisierung der kontinentalen Reibungsflächen zwischen indopazifischem und eurasiatischem Raum im Nahen und Fernen Osten, und ihrer Aktivierung im Mittleren Osten; das Gegenteil von dem, was Lattimore dem anglo-amerikanischen Imperialismus anrät und wohin er die Sowjetunion lenken will, „damit Rußland frei sei, nach seinen europäischen Grenzen zu schauen“, d. h. seine Masse auf Europa zu wälzen!

Anordnen und Werben der Aufsätze, Mitteilungen und Schriftwechsel, Buchbesprechungen der „Pacific Affairs“, ihr ganzer Aufbau, der Unterbau des „Institute of Pacific Relations“ in Australien, Canada, China, Frankreich, Großbritannien, Japan, den Niederlanden, Neuseeland, den Philippinen, der Sowjetunion und „last not least“ den USA. verraten eine geopolitische Meisterhand. Es ist die von O. L., des berühmten Verfassers von „Inner Asian Frontiers of China“ — wohl des besten Buches von Owen Lattimore.

Nur ist jeder Faden in diesem großartigen Fangnetz für die engräumigen, über-völkerten Lebensformen der Erde von einer eiskalten großräumigen Fernsicht und Weitschau gezogen, die nur zwei Präzeptoren und Polizisten der Welt gelten läßt: Anglo-Amerikaner, die bereits mit Alt-England als völlig eingearnt und ein-verleibt rechnen, und die für solche Behandlung zu große Sowjetunion. Sie kennt am Pazifik nur eine Sorge: daß jemand anders als die USA. die fleissigen bedürfnislosen gelben Millionen Chinas industrialisiere!

Wie man dabei mit den Kleinen im Reiche: Frankreich und Holland rechnet beweist etwa der Satz: „Der Kollaps Frankreichs in Europa wird wohl mit seiner Ausschiffung als Pazifikmacht überhaupt enden, wie Deutschlands Niederlage 1914 bis 1918 seiner direkten Kontrolle pazifischer Räume ein Ende machte. Nur sind Frankreichs Außenposten im Pazifik reichere Beute als Deutschland je dort in Händen hielt und der Streit darum wird bitterer sein.“ Das galt Neu-Kaledonien, dem „Waisenkind im Süd-Pazifik“ (Pacific Affairs, 1940, S. 434).

So rechnen sich Großräumige Herrenvölker Verlassenschaften aus; so leicht wiegt in ihrem geopolitischen Denken das Blut, das ihre Verbündeten in Strömen in Europa für die Weltherrschaft und die Wirtschaftsgewinne der englisch sprechenden Völker in fernen Meeren fließen lassen.

KARL HAUSHOFER

Reichsgenick oder Fluchtröhre?

Daß man diese Frage im Ernst an jene schmale silberne Wasserstraße stellen kann, die sich für den Flieger fast gespenstisch durch die Wüste zieht und doch so schwere Lasten der Macht und Wirtschaft trägt — das allein würde beweisen, daß es sich um eine der seltsamsten geopolitischen Erscheinungen, um eine der meistbelasteten Erdenstellen handelt.

Landstoß großer Mächte war sie immer; in das Zerrungsspiel der Seegewaltigen geriet sie erst mit dem Kanalbau von 1859—1869.

Der Kanalbaugedanke war im buchstäblichen Sinn des Wortes eine Schöpfung der heutigen Achsenmächte; sein Hauptvertreter der österreichische Triestiner Negrelli. Ihn entwand und verwirklichte noch mehr durch gewandtes, dem Nahen Osten gewachsenes Ränkespiel, als durch Ingenieurkunst der Franzose Lesseps, der dann in Panama scheiterte. Zuletzt siegte im Ringen um einen Besitz, vor dessen Gefahren Palmerston seine Landsleute noch auf dem Totenbett gewarnt hatte, für die Briten das auserwählte Volk in Gestalt von Disraeli und Rothschild, die den entscheidenden Aktienanteil an England brachten. Es war eine späte Rache an den Nachfahren der Pharaonen für den Rückzug durch das Rote Meer, zu dem diese den ersten Kanal gebaut hatten. Ihnen folgten auf dem Wege zur Geopolitik der Kanalidee Perserkönige, Ptolemäer, Römer, Napoleon...

Es ist eine Ironie der Weltgeschichte, daß der fromme Gladstone mit vielen „atrocities“ durch das Beschießen des offenen Welthafens Alexandrien und Wolseleys Sieg bei Tel el Kebir unweit des Kanals über die ägyptische Freiheitsbewegung von damals unter Arabi-Pascha das Werk seines Gegners Disraeli-Beaconsfield vollenden mußte. Rücksicht auf seine eigenen Humanitätszwecklügen hat den Anglo-Amerikaner noch nie am Ergreifen von Machtwerkzeugen mit blutiger Faust gehindert.

Nebenbei erwies sich der Machtzweck noch als ein glänzendes Geschäft zur Schröpfung des Weltverkehrs an einer seiner Hauptschlagadern durch fabelhafte Dividenden. Aber das ergab sich erst später!

Zunächst überwog der reine Machtzweck, bis die Franzosen zuerst am oberen Nil durch Kitschener bei Fashoda, dann durch ihre Verlagerung nach Marokko aus ihrer Machtstellung im Nillande verdrängt waren, die dann in kulturpolitischer Sprachgeltung verklang.



Nun schien England alleiniger Herr des uralten Kulturbodens und des Reichsgenicks, das ihn durchzog; das Nilland lernte als Vasall von 1914—1919 die Faust des Eroberers kennen, der ringsum durch eine wohlüberlegte Zergrenzung und Entgliederung des arabischen Kultur- und Volksbodens dafür zu sorgen glaubte, daß im Nahen Osten keine störende Machtbildung mehr entstehen könne: im näheren Umkreis des Reichsgenicks zum India-Meer-Reich, wie im weiteren der Öllinien und Überlandrouten.

Ein Jahrzehnt währte das, was Clemenceau die Hypnose der Westmächte genannt hatte, „die nicht ewig wahren würde“.

Aber zuvor schon, von 1919 an, fing der Gewölbeschlußstein des scheinbar vollendeten India-Meer-Reichs im Gefüge zu wanken an. Ein Jahrzehnt später erfolgte Indiens Unabhängigkeitserklärung durch den Mund seines Kongresses: durch keine Weltlüge mehr aus dem Weltgewissen fortzuschaffen.

Inzwischen verbreitete sich der Selbstbestimmungsdrang auch durch die vielfältig zerspaltene arabische Welt, nahm allerdings in Ägypten (Wafd), in Palästina, Syrien, Irak und Saudi-Arabien die verschiedensten Formen an, unter denen das von Moskau aus in Szene gesetzte Stillhaltungs-Paktgefüge von Saadabad mit Einbeziehung der Türkei eine eigenartige Rolle spielte.

In diese Umwelt fuhr wie ein die Kräfte polar gegensätzlich gruppierender elektrischer Funke der Übergang Italiens aus der Rolle des „Wüstensammlers“ in die einer wirklichen Lebensraum fordernden Macht.

Damit kam das Dreieck Berlin-Rom-Tokio in Sicht, das nach den drei Macht-schwerpunkten benannt wurde, aber eine Dreieckseite besaß, die dicht am Suezkanal vorbei vom Ostseeraum bis zum Osthorn von Afrika, vom Nordwestatlantik bis zum Nordostindien reichte und sowohl die transkontinentale Kap-Kairo-Linie, wie die ozeanische Suez-Aden-Indien-Route gefährden konnte, und so das Reichsgenick in eine Fluchtröhre aus einem nicht mehr beherrschten Mittelmeer verwandeln.

Nur unter diesem Ausblick läßt sich verstehen, warum in England der Stoß Wavells in die Cyrenaika als eine reichsrettende Initiative betrachtet werden konnte, während sie in Rom, noch mehr in Berlin als „Episode“, von schmerzlicher taktischer und raumpolitischer, schon nicht von strategischer Bedeutung erschien, „da der Krieg nicht in Afrika entschieden werde“.

Das konnte für die Achsenmächte gelten. Für den Zusammenhang von India-Meer-Reich und der bedrängten Briteninsel galt es nicht. Für sie konnte es der Entscheidungstoß für die Weltgeltung Großbritanniens und ihr Versinken in die Arme der USA. sein, wenn das Reichsgenick bei Suez zerbrach. Denn riesengroß zeichnete sich eine Front durch Südpazifik, Indonesien, Tropenafrika-Karaimensee ab, die des Suezkanals nicht mehr bedurfte, nur der britischen Flottenreste.

Für die mußte die Fluchtröhre aus dem östlichen Mittelmeer offen bleiben; als Reichsgenick besaß sie dann keinen Kriegswert mehr.

Das ist die geopolitische Tragik, die dieses blaue, glänzende, schmale Meeresband durch die Wüste der Landenge von Suez umwittert: von land- und volksfremder Hand auf uraltem Streitboden erbaut, hat es den Kindern der Erde zwischen Nil und Tigris nur Unterdrückung und Unsegen gebracht, so sehr sich der Pulsschlag des Weltverkehrs an ihm ermessen ließ.

Dieser Pulsschlag ist flatterig und unstet geworden, seit sich von 1914—1918 von Osten dicht an die Lebensader, 1939/40 von Westen immerhin auf Schlagweite die Hände von Mächten heranschoben, die England um ihr Lebensrecht prellen wollte und dadurch zur Vereinigung zwang.

So liegt von innen und außen her echte tragische Schuld auf dieser natürlichen Landenge und künstlichen Meerenge bergehoch gehäuft und heischt Entsühnung.

Zur Völkerverbindung war alles von Natur und Kunst dort erdacht und geschaffen; zur Völkerverknechtung, zur Bewucherung ward es mißbraucht.

Freiheit des Verkehrs, des Meeres und der Luftwege, Selbstbestimmung der Menschen an den Kanalufern und ehrliche wucherfreie Wächterpflicht an einem gemeinsamem Gut der Menschheit allein vermögen die Schuld des Versklavers der Meere zu löschen.

Solche Beleuchtung allein zeigt die ganze Größe und Ferne des Ziels im Kampf um die Engen von Suez.

Kurznachrichten

KRIEGSEREIGNISSE. — Von Anfang Nov. 1940 bis Ende Febr. 1941 wurden 2037000 BRT. versenkt. Die Versenkungen betrugen im Februar 1941 740000 BRT., im März 718000 BRT. (ohne Minentreffer und Beschädigungen). — Atlantischer Raum: Deutsche schwere Seestreitkräfte operierten im nördlichen und mittleren Atlantik und versenkten 116000 BRT., U-Boote schossen an der westafrikanischen Küste 77000 BRT. aus einem brit. Geleitzug, im Nordatlantik wurden Anfang April aus einem Geleitzug 18 Schiffe mit 106500 BRT. herausgeschossen. Die Briten unternahmen mit leichten Seestreitkräften einen Überfall auf eine unbewohnte Schäreninsel in Nordnorwegen und nahmen einige Fischer gefangen. Die Luftangriffe auf brit. Häfen, Flugplätze und Industriezentren wurden z. T. in Großeinsätzen fortgesetzt. — Mittelmeerraum, Balkan und Orient: Der Einmarsch der deutschen Truppen in Bulgarien vollzog sich seit dem 2. 3. planmäßig. In Nordafrika nahmen deutsche und ital. Streitkräfte am 24. 3. El Agheila, am 2. 4. Agedabia und Zuetina, am 3. 4. Ghemines, am 4. 4. Bengasi. Die brit. Streitkräfte befinden sich in eiligem Rückzug aus dem Küstengebiet der Großen Syrte, die brit. Winteroffensive des Generals Wavell ist damit gescheitert. Die Oase Giarabub war nach viermonatigem Widerstand noch vor Beginn der deutsch-ital. Vormarsches an die Briten verlorengegangen. Im Mittelmeer wurden eine Reihe feindl. Kriegsschiffeinheiten durch Luftstreitkräfte bombardiert und torpediert sowie brit. und griech. Stützpunkte intensiv angegriffen. Leichteste ital. Seestreitkräfte drangen in die Sudabucht auf Kreta und versenkten und beschädigten mehrere Einheiten. Bei einem Zusammenstoß am 29. 3.

wurden zwei ital. Zerstörer und drei Kreuzer versenkt, ein feindl. Panzerkreuzer vernichtet. In Ostafrika wurden Keren, Negelli, Harrar, Direddau geräumt und vom Feind besetzt. Die Schlacht in diesem Raum geht weiter. — Über die Ereignisse auf dem Balkan seit dem 6. 4. 1941 siehe Deutsches Reich.

ÄGYPTEN. — Gleichzeitig mit dem brit. Außenminister Eden, der vom ägypt. König empfangen wurde und in Kairo Besprechungen mit Smuts, Wavell und Dill hatte, weilte der irak. Außenminister in Kairo. — Auf brit. Anordnung wurde ein Ausfuhrverbot gegen Syrien erlassen. — Zwischen Ä. und Irak wurde ein außenpolit. Konsultativabkommen geschlossen. — Die Wahlen in Ä. wurden auf brit. Druck hin wegen der Möglichkeit eines Sieges der Wafd auf unbestimmte Zeit verschoben.

AUSTRALIEN. — In Melbourne fanden zum erstenmal seit Kriegsausbruch Besprechungen zwischen dem austral. und dem neuseeländ. Stab statt. — Ein us.-amerikanisches Geschwader befindet sich auf Übungsfahrt in den austr. Gewässern.

BULGARIEN. — Der brit. Gesandte verließ Sofia. — Nach Aufforderung durch die bulg. Regierung verließen die Vertreter der Scheinregierungen Polens, Belgiens und Hollands B.

DEUTSCHES REICH. — Am 5. 3. fanden in Wien wirtschaftspolitische Besprechungen zwischen Reichsmarschall Göring und dem rumän. Staatsführer Antonescu statt. — Am 7. 3. empfing Reichsaußenminister v. Ribbentrop den thailändischen Staatsminister Prayun Montri. — Am 21. 3. empfing der Führer in Gegenwart des Reichsaußenministers den ungar. Außenminister v. Bardossy in München. — Am 26. 3. 1941 traf der japanische Außenminister Matsuoka zu einem mehrtägigen

Staatsbesuch in Berlin ein. Es fanden umfangreiche Besprechungen zwischen dem japanischen Staatsmann und den führenden Persönlichkeiten des Reiches statt. Nach seiner Rückkehr aus Rom wurde Matsuoka am 4. 4. in Berlin nochmals vom Führer empfangen. — Infolge der Benutzung Islands als Stützpunkt durch die Engländer wurde das deutsche Operationsgebiet im Nordatlantik durch Einbeziehung des Seegebiets um Island erweitert. — Bei der Eröffnung des neuen Instituts zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt a. M. Ende März erklärte Alfred Rosenberg, daß eine europäische Lösung der Judenfrage nur durch eine vollständige räumliche Aussonderung des Judentums gefunden werden kann. — Die Nachumsiedlung der Reichs- und Volksdeutschen aus den baltischen Ländern und die Umsiedlung der Litauendeutschen wurden am 25. 3. 1941 abgeschlossen. Es wurden 60 000 Deutsche ins Reich und 20 000 Russen, Weißrussen und Litauer in die UdSSR. umgesiedelt. — Die Wiederkehr des Anschlusses der Ostmark ans Reich wurde mit großen Feiern begangen. In Linz sprach der Führer, in Wien Dr. Goebbels und Reichsstatthalter von Schirach. — Anlässlich der Feiern des Heldegedenktages erklärte der Führer in einer Rede im Berliner Zeughaus, daß keine Unterstützung der Gegner am Ausgang des Krieges etwas ändern wird. — Nachdem in Griechenland Ende März und Anfang April 150 000—200 000 Mann brit. Truppen und schweres Kriegsmaterial gelandet worden war und die aus Putschisten gebildete neue jugosl. Regierung die Vorbereitungen zu einem Kriege mit England gegen Deutschland traf, sah sich das Deutsche Reich genötigt, zur Sicherung der Ordnung auf dem europäischen Kontinent und zur Herstellung friedlicher Verhältnisse im Südostrum, am 6. 4. 1941 seine Truppen in die griechischen und jugoslawischen Gebiete einmarschieren zu lassen. Die vollzogene Entscheidung wurde am Morgen des 6. 4. in einem Aufruf des Führers an das deutsche Volk und einem Tagesbefehl des Führers an die Truppen der Südostfront bekanntgegeben. Reichsaußenminister v. Ribbentrop gab mit einer Erklärung vor der in- und ausländischen Presse die gleichzeitig an die griech. und die jugosl. Regierung gerichteten Noten bekannt, in denen das unverantwortliche und kriegshetzerische Treiben der beiden englandhörigen Regierungen dokumentarisch belegt wurde.

GRIECHENLAND. — Der brit. Außenminister Eden und der Empire-Generalstabschef Dill weilten mehrmals in Athen. — Siehe unter Deutsches Reich.

GROSSBRITANNIEN. — Der Admiralität wurde die gesamte Schiffbauindustrie unterstellt. — Für die brit. Flottenstreitkräfte auf

den westl. Zufahrtstraßen wurde ein besonderer Oberbefehlshaber ernannt. — Starke Streitkräfte werden in der, an der palästinisch-syrischen Grenze im Ausbau befindlichen Eden-Linie konzentriert. — Die an der Küste Jemens im Roten Meer gelegenen Farsan-Inseln wurden von den Briten besetzt. — Nach Lloyds Angaben wurden in der Zeit vom 3. 9. 1939 bis 28. 2. 1941, also in 18 Kriegsmonaten, 1245 bei dieser englischen Gesellschaft versicherte Handelsschiffe mit einer Gesamttonnage von 4 962 257 BRT. versenkt. In dieser Versenkungszahl sind die Verluste der britischen Kriegsflotte, der bei Lloyds nicht versicherten Fahrzeuge und jener Schiffe, bei denen die Vermisstenfrist noch nicht abgelaufen war, nicht enthalten. Derselbe Bericht meldet an Totalverlusten bei Dünkirchen 73 brit. und 39 alliierte Schiffe mit insgesamt 449 904 BRT. (ohne Kriegsschiffe und kleine Fahrzeuge), d. s. um 44 Schiffe mehr als der deutsche Heeresbericht meldete. — Am 27. 3. 1941 soll in London der endgültige Vertrag über die Verpachtung von 8 brit. Luftstützpunkten im Atlantik an die USA. abgeschlossen worden sein. — Gegen Bulgarien wurde die Blockade verkündet. — Brit. Flottenstreitkräfte überfielen in den Hoheitsgewässern der franz. Küste Nordafrikas einen franz. Geleitzug, der sich mit Hilfe franz. Küstenbatterien dem Angriff entziehen konnte. Frankreich hat gegen diesen Völkerrechtsbruch schärfsten Protest eingelegt. — In Brit.-Indien wurde die Zwangsrekrutierung eingeführt. — Die American Viscose Corp., die größte brit. Industrieunternehmung in USA., wurde verkauft.

INDOCHINA. — Siehe unter Japan und Ver. Staaten.

IRLAND. — Der ir. Verteidigungsminister erklärte die Entschlossenheit Eires, keine Flottenstützpunkte an Großbritannien abzutreten.

IRAK. — Unter brit. Druck erließ der I. ein Ausfuhrverbot gegen Syrien. — Die Regierung des I. weigerte sich, über den brit.-irak. Pakt hinaus brit. Truppen bis zu zwei Divisionen und Luftwaffenverbände in das Land zu lassen. — Der syr. Nationalistenführer Mardam Bey hatte nach Verhandlungen in Er Riad (Saudie) Besprechungen in Bagdad mit der irak. Regierung. — Der irak. Außenminister gab eine Erklärung ab, daß der I. mit allen arab. Staaten Freundschaft halten und das Land vom Krieg fernhalten will. — Der englandfreundliche Ministerpräsident wurde gestürzt, das Parlament aufgelöst. Der Regent flüchtete mit dem jungen König in den Schutz brit. Truppen.

ISLAND. — Der Seeverkehr zwischen I. und Großbritannien wurde eingestellt.

ITALIEN. — Das USA.-Generalkonsulat in Neapel und das USA.-Konsulat in Palermo wurden geschlossen, da sie im Kriegsgebiet

liegen. Die USA. haben ohne rechtliche Begründung daraufhin die ital. Konsulate in Newark und Detroit geschlossen und den ital. Waffenattachés das Verlassen von Washington untersagt. — Am 31. 3. 1941 traf der jap. Außenminister Matsuoka von Berlin kommend zu einem Staatsbesuch in Rom ein. Es fanden zahlreiche längere Besprechungen statt. Am 3. 4. 1941 verließ Matsuoka die ital. Hauptstadt. **JAPAN.** — Am 11. 3. 1941 wurde in Tokio unter jap. Vorsitz der Friedensvertrag zwischen Thailand und Indochina unterzeichnet, nachdem die gegnerischen Parteien den jap. Vermittlungsvorschlag angenommen hatten. Thailand erhält auf Grund des Vertrages das Paklay-Gebiet im Nordwesten Indochinas und das westl., süd- und nordwestl. Kambodscha sowie zwei Mekong-Inseln, die aber mit Indochina gemeinsam verwaltet werden (vgl. die Karte auf Seite 235). Japan garantiert die Endgültigkeit des Vertrages. — Am 12. 3. 1941 verließ der jap. Außenminister Matsuoka Tokio zur Reise nach Berlin und Rom. Er traf am 23. 3. in Moskau ein, wo eine Besprechung mit Molotow stattfand. — In der Slowakei wurde eine jap. Gesandtschaft errichtet. — Am 3. 3. landeten jap. Truppen bei Pakhoi, am 23. 3. bei Swatau, am 28. 3. in der Kitschitsch-Bucht. — Am 30. 3. wurde nach Zeitungsmeldungen der längste Untermerrestunnel der Welt zwischen den Inseln Honschiu und Kiuschiu fertiggestellt. Er verbindet mit 8 km Länge Schimonoseki mit Modschi.

JUGOSLAWIEN. — Am 14. 2. 1941 wurde, wie die ungar. Presse am 7. 3. 1941 enthüllte, dem jugosl. Gesandten in Washington eine Botschaft Roosevelts überreicht, in dem J. die Hilfe der USA. zugesichert wurde (am gleichen Tage weilten der Ministerpräsident und der Außenminister J.s in Berchtesgaden beim Führer). — Am 24. 3. wurde das jugosl. Kabinett umgebildet. — Am 25. 3. 1941 weilten der jugosl. Ministerpräsident Zvetkowsch und der jugosl. Außenminister Cincar-Markowitsch in Wien, um den Beitritt J.s zum Dreimächtepakt zu vollziehen. Gleichzeitig richteten die Regierungen der Achsenmächte an J. Noten mit der Erklärung, die territoriale Unversehrtheit J.s zu garantieren und an J. nicht die Forderung nach einem Durchmarsch von Truppen zu richten. — Am 27. 3. 1941 fand in Belgrad ein militärischer Staatsstreich statt. Der minderjährige König Peter übernahm die königlichen Machtbefugnisse und eine neue Regierung wurde von den Putschisten gebildet. Mitglieder der Regierung Zvetkowsch wurden verhaftet, Prinzregent Paul verließ das Land. Die Sokol- und Tschetnik-Verbände wurden mobilisiert. Gleichzeitig begannen Demonstrationen gegen Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien, die alsbald in Gewaltakte und Verfolgungen,

insbesondere der Deutschen und Italiener, übergingen. In den folgenden Tagen breiteten sich die Unruhen über das ganze Land aus, lediglich in Kroatien blieb die Lage ruhiger. Die Angehörigen der Dreimächtepakt-Staaten verließen zum größten Teil J. Die Verfolgungen der deutschen Volksgruppe nahmen Formen wie in Polen vor Ausbruch des Krieges an. Die volksdeutschen Führer wurden in Konzentrationslager gebracht. — Am 29. 3. versprachen die USA. in einer Note an J. alle erdenkliche Hilfe. Großbritannien, Griechenland und die USA. gratulierten der neuen Regierung, der brit. König beglückwünschte den jungen König Peter. Der Kroatienführer Matschek weilte in seiner kroatischen Heimat und führte intensive politische Verhandlungen, insbesondere mit den kroat. Nationalisten (Frankianer), die den Ausgleich zwischen den Kroaten und Belgrad ablehnten. Matschek trat jedoch in die neue Belgrader Regierung ein. — Am 30. 3. wurden die Erdöllieferungen von Rumänien nach J. gesperrt. — In den ersten Apriltagen steigerte sich der Terror gegen die Volksdeutschen ins Ungemessene. Tausende mußten über die Grenze flüchten. Viele von den Zurückgebliebenen wurden gefoltert, vertrieben und zu Arbeitsbataillonen gepreßt, deutsche Dörfer wurden niedergebrannt usw. Die Terroraktionen gingen meist unter der Führung von Juden und chauvinistischen Elementen vor sich. Inzwischen wurde Anfang April die geheime Generalmobilmachung durchgeführt und die Regierung erbat in London und Washington militärische Hilfe. Die weiteren Ereignisse siehe unter Deutsches Reich.

NIEDERLÄNDISCH-INDIEN. — Die niederl. ind. Schifffahrt wurde unter Kriegsgesetz gestellt. **PALÄSTINA.** — Die im Januar 1941 durchgeführte Volkszählung ergab: Gesamtbevölkerung 1 590 052, darunter 987 197 Mohammedaner, 501 452 Juden, 101 473 Christen; Zunahme seit 1931 mehr als 500 000.

PANAMA-KANAL. — 1940 wurden 819 Schiffe weniger abgefertigt als 1939. Die Einnahmen sanken um 3 763 288 (16%). Im Januar 1941 befuhren 8 Schiffe weniger als im Dezember 1940 und 62 Schiffe weniger als im Januar 1939 den Kanal.

PHILIPPINEN. — Sämtliche Reservisten wurden trotz Abschaffung der Übungspflicht einberufen (13 Divisionen). Ein vierter USA.-Kreuzer trat zu „Besuch“ in Manila ein.

RUMÄNIEN. — Das endgültige Ergebnis der Volksabstimmung über die Regierung Antonescu lautet: 2 632 294 Teilnehmer, 2 960 298 Ja, 2996 Nein (99,9% Ja). — Für die deutsche Volksgruppe wird ein Nationalkataster aufgestellt. — Judentaufen wurden verboten. — Ein neues umfassendes Judengesetz sprach die Enteignung des städtischen Judenbesitzes aus. **SAUDIEN.** — Im Golf von Akaba sind

10 000 Mann saudiarab. Truppen zusammengezogen worden. — S. hat gegen die Besetzung der Farsan-Inseln scharfen Protest erhoben.

SLOWAKEI. — Im slow. Innenministerium wurde eine deutsche Sektion für die deutsche Volksgruppe errichtet. — Die Volkszählung am 15. 12. 1940 ergab eine Gesamtbevölkerungszahl 2 653 564 (88 951 Juden), Preßburg zählt 138 000 Einw.

SYRIEN. — In S. kam es infolge britischer Wühlarbeit zu Unruhen und einem Generalstreik. — Brit. Flottenstreitkräfte sollen die syr. Küsten vermint haben.

SPANIEN. — Der rumän. Exkönig Carol floh aus Spanien nach Portugal. — Die sterblichen Überreste Alfons XIII. wurden von Rom nach Spanien überführt.

THAILAND. — Siehe Japan. — Mit der Sowjetunion wurden die diplomatischen Beziehungen aufgenommen.

TÜRKEI. — Zwischen dem Führer des Deutschen Reiches und dem türk. Staatspräsidenten wurden Botschaften gewechselt. — Auf Cypern fand auf brit. Wunsch eine neuerliche Begegnung zwischen dem brit. Außenminister Eden und dem türk. Außenminister Saracoglu statt. — Die türk. und die sowjetruss. Regierung veröffentlichten ein gleichlautendes Kommuniqué, in dem die Sowjetunion erklärt, daß sie die Türkei nicht anzugreifen beabsichtige, wenn diese zur Verteidigung ihres Landes gezwungen ist. Die T. gab eine entsprechende Versicherung ab. — Zwischen der T. und Syrien wurden Vereinbarungen über Warenaustausch und Transit getroffen.

UNGARN. — Die Sowjetregierung gab 56, im Jahre 1849 von den Russen erbeutete ungarische Fahnen an U. zurück. — Durch Verordnung wurden in der staatlichen Levente-Jugend besondere deutsche Abteilungen errichtet. — Ferner kann sich die deutsche Jugend in einer besonderen volksdeutschen Jugendorganisation zusammenfinden. — Am 3. 4. starb der ung. Ministerpräsident Teleki. Zu seinem Nachfolger wurde Außenminister v. Bardossy ernannt.

VER. STAATEN VON NORDAMERIKA. — Die Regierung der USA. hat die Guthaben Ungarns, Bulgariens, Thailands und Indochinas gesperrt. — Am 8. 3. besuchte der Vertreter Roosevelts, Oberst Donovan, den irischen Staatspräsidenten de Valera in Dublin. — Am 9. 3. 1941 nahmen der Senat mit 60 gegen 31 Stimmen, am 11. 3. das Repräsentantenhaus mit 317 gegen 71 Stimmen das Englandhilfsgesetz an. Ferner wurde in der Folge das Gesetz zur Finanzierung der Englandhilfe angenommen. — Mit der Annahme des Gesetzes brachen größere Streiks in der USA.-Rüstungsindustrie aus. — Ein Hafen an der amerik. Atlantikküste wird nach Mitteilung der usamerik. Admiralität für die Aufnahme eines großen See-Expeditionskorps ausgebaut. — Am 24. 3. wurde ein Abkommen zwischen den USA. und Venezuela bekanntgegeben, nach dem die USA. eine Marinemission zur Beratung der venezuelanischen Marine entsenden. — Panama erklärte sich bereit, an die USA. Flugzeugstützpunkte abzutreten.

(Abgeschlossen 6. 4. 41.)

SPÄNE

Empire — ein „Lebensraum“

Die Wochenschrift „New Statesman and Nation“ nimmt sich inmitten der Trümmer ihres Erscheinungsortes London der an Amerika gerichteten, jetzt gesammelt erschienenen Rundfunkansprachen Robert Vansittards an: „Selten ist ein abgründigerer Haß in besserem Englisch gepredigt worden. Sir Robert macht für alles, was es seit einigen Generationen in Europa an Schlimmem gibt, die angeborene Barbarei der Deutschen verantwortlich. Er ist dabei naiv genug, seinen Widerwillen gegen sie auf seine Erlebnisse auf einer preußischen Schule gegen Ende des letzten Jahrhunderts zurückzuführen. Seine Kindheitseindrücke haben ihn zu dem Schluß kommen lassen, daß die Nationalsozialisten nur würdige Erben alter deutscher Überlieferung sind: ‚Nazismus ist keine Verirrung, sondern ein deutsches Naturprodukt‘. Nach seiner Ansicht sind die Deutschen seit jeher Wilde, die voller ‚Neid, Grausamkeit und Selbstmitleid‘ den Krieg um seiner selbst willen

führen und führen werden, bis ein magischer Vorgang ihre Rasse verwandelt. Der Menschheit als Ganzem haben die Deutschen nichts als schlimmstes Elend gebracht. Bach, Beethoven, Kant und Goethe haben für Sir Robert offenbar umsonst gelebt. ‚Geschichte ist‘, fährt die an dem europäischen Gleichgewicht noch festhaltende englische Zeitschrift fort, ‚eine Quelle, aus der jeder Amateur nach Belieben Anklagen gegen ein großes Volk schöpfen kann. Mit besserem Rüstzeug als Sir Robert haben deutsche Historiker das oft genug auf unsere Kosten getan. Lebensraum ist zwar ein deutsches Wort: Kann aber‘, so fügt die Zeitschrift nachdenklich hinzu, ‚der Besitzer eines Viertels der Erde die Leidenschaft für Expansion als ein ausschließlich deutsches Laster bezeichnen?‘“

Wer hat wohl angefangen?

Ein Biedermann der Labour Party erkundigte sich im Unterhaus, „wann und auf welche englische bzw. deutsche Großstadt das erste

Luftbombardement erfolgt sei.“ Von den Luftfahrtlügenlords erhielt er darauf die Antwort, daß „nach dem französischen Waffenstillstandsbegehren in der Nacht zum 19. Juni deutsche Bomben auf Cambridge, Bury St. Edmunds und Southend gefallen seien und in derselben Nacht die britische Luftwaffe militärische Ziele in Hamburg, Bremen und andere westdeutsche Städte angegriffen habe; London sei erstmals in der Nacht zum 16. August, militärische Ziele in Berlin zum erstenmal am 25. August angegriffen worden.“

Zu behaupten, daß die Deutschen mit dem Bombenabwurf auf Großstädte begonnen hätten, wäre ein Verstoß gegen die Feinheit aristokratischer Lügenkunst gewesen. So führt man den braven Labourmann, der an der Weisheit der regierenden Herren irre zu werden scheint, an der Nase herum, indem man ein Zwischendatum einschleibt, das mit der Sache nichts zu tun hat, und ihm auf diese Art zu verstehen gibt, daß beide Luftwaffen in der gleichen Nacht begonnen, die Deutschen aber eigentlich die Schlimmeren seien, da sie London früher angegriffen als wir Berlin.

Wenn es freilich nicht darum geht, sich vor der Arbeiterschaft rechtfertigen zu müssen, sondern wo man unter sich ist, da sagt man offenherzig, daß man auf die Initiative im Luftkrieg gegen Großstädte stolz ist. So heißt es in der Vierteljahrsübersicht über die strategische Lage in dem vornehmsten, jahrelang von Lord Lothian herausgegebenen publizistischen Organ des Empire-Gedankens, „The Round Table“ (Dezemberheft, Seite 44): „Neben der erfolgreichen Abwehr der deutschen Angriffe auf England haben RAF und Marineflieger eine ebenso bedeutende Offensive gegen lebenswichtige Ziele in Deutschland ergriffen. Im Gegensatz zu der deutschen Luftwaffe hat die RAF viele Jahre hindurch den konzentrierten nächtlichen Bombenzielwurf auf sorgfältig ausgesuchte und beschriebene kriegswichtige Ziele vorbereitet und geübt. Seit dem 10. Mai haben unsere Bomberflugzeuge in zunehmender Anzahl Nacht für Nacht fast ununterbrochen und fast ohne Gegenwirkung durch den Feind, unter völliger Mißachtung des Flakfeuers und mit sehr geringen Verlusten, jeden Teil Deutschlands und auch Italiens überflogen, und ihre Bomben auf die systematisch ausgesuchten Ziele abgeworfen, die aufzufinden und zu zerstören sie den Befehl hatten.“

Es wird in dem Aufsatz nicht nur nicht behauptet, daß die britischen Luftangriffe auf deutsche Großstädte als Repressalien erfolgt seien; es wird nicht nur zu verstehen gegeben, daß die RAF die klägliche Luftoffensive — mit dem Kindermord von Freiburg! — am 10. Mai 1940 als Antwort auf die gewaltige deutsche Erdoffensive, die am Morgen des glei-

chen Tages gegen Holland, Belgien und Frankreich losgebrochen war, begann, sondern es wird darüber hinaus offen gerühmt, daß man den nächtlichen Bombenzielwurf seit Jahren planmäßig geübt habe — im Gegensatz offenbar zu den humanitären Kümmerlingen der deutschen Luftwaffe, die anscheinend Hemmungen hatte. Das ist ein schönes Beispiel für den hochgemuten britischen Imperialismus, der die Großstädte des Kontinents mit der gleichen Gelassenheit wie die Eingeborenendörfer von Warizistan an der indischen Nordwestgrenze betrachtet: als Pazifizierungsobjekte der britischen Luftwaffe. So erklärt es sich zwanglos, warum man in Genf und danach jahrelang stur die Abschaffung der Luftbombenwaffe zu verhindern gewußt hat. Nachdem englischen Großstädten freilich das Schicksal widerfahren ist, das den deutschen zgedacht war, wird der „Round Table“ in künftigen Ausgaben auf den Sachverhalt wohl kaum wieder zurückkommen.

Südeuropäische Raumgedanken

Die Veränderungen der europäischen Raumstruktur sind zwar formell noch nicht endgültig; vom Frieden wird erst nach dem Siege gesprochen. Dennoch läßt die zielstrebige Beharrlichkeit, mit der der Nationalsozialismus die Neuordnung Europas schon im Kriege vortreibt, geschichtsgebildete Zeitgenossen auf den Gedanken kommen, die Gegenwart durch den Rückblick auf das vorneuzeitliche Europa sich begreiflich zu machen. So schreibt Professor San Giorgi, der bedeutende Germanist der Bukarester Universität, in seiner Zeitschrift „Chemarea Vremii“ („Ruf der Zeit“), die die rumänische Bildungsschicht dem Reich nähern soll:

„Ein neues Europa kommt nicht allein dadurch zustande, daß ein Heer alle Länder in die Knie zwingt. Eine bloß gewaltsame Eroberung würde nur zu neuen Kriegen führen. Europa muß sich deshalb mit seiner neuen Lebensform vertraut machen und dann von denen regiert werden, die es aus den Ketten der Plutokratie erlöst haben. Die Befreier von heute sind die Beschützer von morgen. Der heutige Krieg ist kein alltäglicher Krieg um Vormachtstellung oder Provinzen. Er ist ein revolutionärer Krieg: Die Heere der nationalsozialistischen Revolution haben mit der französischen Revolution und ihren Ausläufern, der Demokratie und der Freimauerei, aufgeräumt. Die Ausschaltung des jüdischen Einflusses erfordert, daß der Sieger den leergewordenen Platz einnimmt. Ein national und totalitär gewordenes Europa wird die geistige Führung und die organisatorische Überlegenheit Deutschlands anerkennen. Seine Führeraufgabe in Europa wird nicht in politischer Beherrschung bestehen, sondern in der Ausrichtung der Geister und der Gestaltung der

Wirtschaft. Das revolutionäre Europa wird ein deutsches Europa sein. Wie das römische Imperium ein Europa hervorgebracht hatte, in dem der Geist des römischen Rechts vorherrschte, wie die französische Revolution das demokratische Europa heraufführte, so wird die deutsche Revolution, die nicht nur mit den Waffen, sondern auch mit dem Geiste siegt, ein neues, unabhängiges, nationalsozialistisches Europa schaffen."

Ließ sich so die Stimme aus dem osteuropäischen Süden vernehmen, so kam fast gleichzeitig im westeuropäischen eine ähnliche Anschauungsweise zu Wort. Die „Vanguardia“, die in Barcelona erscheint, schrieb:

„Der Operationsbereich der deutschen Wehrmacht stellt ein riesenhaftes Koordinatenkreuz von 3000 und 5000 Kilometer Länge dar. Die hervorragend ausgerüsteten, im gemeinsamen Glauben geeinten, in strenger Disziplin zusammengefaßten, deutschen Soldaten marschieren am Eismeer, im heißen Wüstensand, an den Kantabrischen Küsten und am Gestade des Schwarzen Meeres. Schon zehn oder elf europäische Hauptstädte haben den festen Schritt dieser geborenen Soldaten kennengelernt. Die politische Macht einer solchen militärischen Organisation, die sich den gewaltigen Kraftaufwand der Besetzung des größten Teiles Europa leisten kann, hat auch auf die benachbarten, nicht unmittelbar einbezogenen Gebiete tiefen Einfluß. Schon heute kann man nicht mehr von einem Europa im bisherigen Sinne sprechen. Offensichtlich wird das „Heilige Römische Reich“ des Mittelalters als „Europäisches Reich“ erneuert.“

Der Marschall und sein Admiral

„Staatschef Philipp Pétain“, so ließ sich „Stockholms Tidningen“ aus Vichy berichten, „vollendet am 24. April sein 85. Lebensjahr, sein Ministerpräsident wird am 7. August 60 Jahre alt. Pétain begann den Weltkrieg als 58jähriger Oberst und beschloß ihn als Marschall von Frankreich. Darlan begann den Krieg als Leutnant zur See; 1918 hatte er es zum Korvettenkapitän gebracht; er hatte meist Landdienst als Chef einer Marinebatterie an der Westfront (Verdun) und in Saloniki getan. Nach dem Weltkrieg wurde Pétain Generalinspekteur der Armee; mit Maginot und Painlevé setzte er sich für den Ausbau

der Ostbefestigungen ein. Er kämpfte gegen die Rifkabylen, wurde Mitglied der französischen Akademie, 1934 für kurze Zeit Kriegsminister, 1939 Botschafter bei Franco und im Mai 1940 von Reynaud als Vize-Ministerpräsident zu Hilfe gerufen, als die deutsche Invasion im Gange war.

Mit vielen Kriegsauszeichnungen geschmückt, tat Darlan nach dem Kriege als Fregattenkapitän zunächst in Ostasien Dienst, wo seine Laufbahn begonnen hatte. 1926 wurde er Kabinettschef des Marineministers, zwei Jahre später fuhr er als Schulschiffskapitän auf allen Weltmeeren. 1929 wurde er Konteradmiral und wieder ins Marineministerium berufen; seine Auslandsfahrt machte ihn zum wertvollen Mitarbeiter auch des Außenministers. Auf der Flottenkonferenz von 1930 spielte er eine führende Rolle. Die Mittelmeermanöver im gleichen Jahre lenkten die Aufmerksamkeit auf ihn; 1932 erhielt er den „dritten Stern“ des Vizeadmirals. Zwei Jahre später wurde er Chef der Atlantikflotte, 1936 Chef des Marinestabes. 1939 wurde er zum Oberbefehlshaber der Marine ernannt und erhielt den Titel „Admiral de la flotte“, der seit 1873 nicht mehr verliehen war. Bei Kriegsausbruch 1939 konnte Darlan sagen: Die Flotte ist bereit! Sie war eine der stärksten der Welt geworden. Bereits in der ersten Regierung Pétains war Darlan Marineminister. Er gehörte zu seinen engsten Mitarbeitern, nicht nur, weil die französische Flotte auch heute noch der Hauptstreitpunkt zwischen England und Frankreich ist, sondern auch, weil er als intelligenter Seemann mit umfassenden Kenntnissen als Ratgeber in politischen und diplomatischen Fragen vom Marschall sehr geschätzt wird. Nach Ablauf des mit dem Sturze Lavals am 13. Dezember beginnenden Interregnums wurde er, unter Beibehaltung seiner Ämter als Marine- und Innenminister, am 9. Februar Vizeministerpräsident und Außenminister und erhielt am folgenden Tage seine Ernennung zum Stellvertretenden Staatschef. Darlan ist Gascogner, geschmeidig und kühl. Seine Vorfahren waren meist Seeoffiziere, sein Vater jedoch Abgeordneter, Bürgermeister und Justizminister. Ob ihn diese militärisch-zivilistische Herkunftsmischung dazu befähigt, das französische Staatsschiff an den politischen Untiefen der Gegenwart vorbeizusteuern?“

Aus raumpolitischem Denken heraus, das in Japan den natürlichen Bundesgenossen der aufstrebenden jungen Völker des Abendlandes sieht, ist Generalmajor a. D. Professor Dr. Karl Haushofer von jeher ein Vorkämpfer der Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Reich der aufgehenden Sonne gewesen. Wie in allen seinen Werken fühlt er sich auch in seinem neuen Buche Japan haut sein Reich der politischen Gegenwart verpflichtet: es ist sein Ziel, den Deutschen einen Weg zum Verständnis des japanischen Volkstums zu bahnen und damit auf der Grundlage gegenseitiger Achtung die politischen und kulturellen Beziehungen zu vertiefen und fruchtbar zu machen.

Ausgehend von der uralten Staatslegende, von der Reichsgründung um den Kern der Inlandsee, führt das Buch über eine wechselvolle Geschichte durch sechsundzwanzig Jahrhunderte mitten in die weltpolitischen Spannungen der Gegenwart hinein. Dabei wird immer wieder auf Gleichläufigkeiten zwischen der japanischen und der deutschen, auch der italienischen Reichswerdung hingewiesen. Wie Deutschland gehört Japan zu den zu kurz gekommenen Völkern mit starkem Volksdruck und Raumnot. Wie Deutschland wurde es von inneren Kämpfen geschüttelt und von Fremdkulturen überflutet. Aber kein fremder Fuß betrat je siegreich den Volksboden, und in ganz anderem Maße verbanden sich hier Lagen, gunst, Glück und Geschick, um das Kleinod der Reichsidee, von großen Führerpersönlichkeiten hochgehalten, unversehrt durch die Jahrtausende zu bewahren. Die Entwicklungsgeschichte Japans, in wechselnden Bewegungsantrieben bald dem Ozean, bald dem Festland zugekehrt, bietet so das Beispiel eines Reichsaufwuchses von einzigartiger Gesetzmäßigkeit.

Die persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen, die dem Verfasser sein Aufenthalt im Fernen Osten ermöglichte, die liebevolle Einfühlung in eine fremde Volksseele und die unermüdliche Forschertätigkeit mehrerer Jahrzehnte sind die Voraussetzungen, mit denen er an sein schwieriges Thema herangetreten ist; sie geben seiner Darstellung Gewicht und Farbigkeit, der sprachlichen Formung eine seltene Fülle, Wärme und Bildhaftigkeit. Das Werk ist die Krönung einer Lebensarbeit, die in dem Vertragsabschluß zwischen Deutschland, Italien und Japan ihre Rechtfertigung und ihren schönsten Lohn gefunden hat.

Generalmajor a. D. Professor Dr. Karl Haushofer

JAPAN BAUT SEIN REICH

427 Seiten mit 132 Abbildungen auf Tiefdrucktafeln. Leinen 8.50 RM

In jeder Buchhandlung vorrätig

ZEITGESCHICHTE-VERLAG · BERLIN W 35

Wehrpolitik

Eine Einführung und Begriffsbestimmung

von

Dr. Oskar Ritter von Niedermayer

Oberst und o. Professor, Direktor des Wehrpolitischen Instituts der Universität Berlin

VI, 206 Seiten mit 10 teils farbigen Karten, davon 9 auf Ausschlagtafeln. 1939. 8°
RM 9.—; gebunden RM 10.50

(Wehr und Wissenschaft, Band 4)

Der bekannte Verfasser macht den vortrefflich gelungenen Versuch, die Erfahrungen der Vergangenheit auf dem früher so stark vernachlässigten Gebiet der Wehrpolitik für die Zukunft nutzbar zu machen und in die Heranbildung der deutschen Jugend hineinzutragen. Der außerordentlich reichhaltige, auf sorgfältigster Forschung beruhende Inhalt gibt in klarer, durchgearbeiteter Form eine zuverlässige Grundlage für die künftige Gestaltung der Wehrmachtpolitik.

Besonderes Interesse verdient der völlig neuartige Versuch, die wehrgeographischen Vorbedingungen für kriegerische Operationen in Mitteleuropa in einprägsamen Skizzen festzulegen und dann zu zeigen, welchen Einfluß diese auf die Kriegszüge seit dem 17. Jahrhundert ausgeübt haben. Das Buch, das weit mehr gibt, als sein Titel erwarten läßt, sollte an keiner Stelle fehlen, die für die Wehrerziehung des Volkes, insbesondere seiner Jugend, verantwortlich ist.

Wehrtechn. Monatshefte

Johann Ambrosius Barth / Verlag / Leipzig

Johannes F. Gellert

Die politisch-geographische Entwicklung und
Struktur von

BULGARIEN

45 Seiten. Preis kart. RM 2.60 mit Skizzen

Eine Schrift von besonders aktueller Bedeutung. Sie gibt in eindringlicher und klarer Form Einblick in die Entstehung des Volkstums und in die Geschichte Bulgariens unter besonderer Berücksichtigung der geopolitischen Faktoren.

KURT VOWINCKEL VERLAG

Heidelberg - Berlin - Magdeburg

Handwritten text at the bottom of the page, likely a library stamp or signature, partially legible as "Humboldt-Universität zu Berlin".